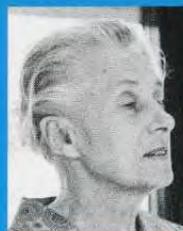


Barbara Guttman



"Zwischen Trümmern und Träumen"

Karlsruherinnen
in Politik
und
Gesell-
schaft
der
Nach-
kriegs-
zeit



„Zwischen Trümmern und Träumen“
– Karlsruherinnen in Politik und
Gesellschaft
der Nachkriegszeit

Die Deutsche Bibliothek CIP-Einheitsaufnahme

Guttman, Barbara:

„Zwischen Trümmern und Träumen“:

Karlsruherinnen in Politik und Gesellschaft

der Nachkriegszeit; Portraits/Barbara Guttman.

[Hrsg.: Stadt Karlsruhe]. – Karlsruhe: Stadt Karlsruhe,

Frauenbeauftragte und Stadtarchiv, 1997

ISBN 3-923344-39-2

Herausgeberin: Stadt Karlsruhe
Bearbeitung: Frauenbeauftragte und Stadtarchiv
Text: Dr. Barbara Guttman
Fotos: Kunigunde Fischer, Stadtarchiv Karlsruhe (StAK) 8/Alben 12 · Ruth Grimm, Privatbesitz · Elisabeth Großwendt, StAK 8/PBS oIII 1693 · Gertrud Hammann, Privatbesitz · Kathinka Himmelheber, StAK 8/PBS oIII 1727 · Hanne Landgraf, Privatbesitz · Hertha Nachmann, StAK 8/Bildarchiv Schlesiger A30/39/2/30A · Luise Naumann, StAK 8/ZGS · Toni Menzinger, Privatbesitz · Luise Riegger, StAK 8/Bildarchiv Schlesiger A29/13/6/42 · Dr. Erna Scheffler, BNN · Anna Walch, StAK 8/Bildarchiv Schlesiger A4/104/2/32 · Gisela Walter, Privatbesitz

Umschlaggestaltung: Herbert Kaes

ISBN 3-923344-39-2

Gesamtherstellung:

Engelhardt & Bauer, Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Karlsruhe

Schutzgebühr: 5,- DM

Barbara Guttman
„Zwischen Trümmern und Träumen“
– Karlsruherinnen in Politik und
Gesellschaft
der Nachkriegszeit

Portraits

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort des Oberbürgermeisters	6
Vorwort	8
Einleitung Barbara Guttman	11
Kunigunde Fischer	16
<i>Wir Frauen geben den Ausschlag, wie sich das Rad der Geschichte für die Zukunft drehen wird</i>	
Ruth Grimm	22
<i>Mein Herz hat immer links geschlagen...</i>	
Elisabeth Großwendt	32
<i>Eine große Macht ist den Frauen in die Hand gegeben</i>	
Gertrud Hammann	44
<i>Im Grunde sind es doch die Verbindungen mit den Menschen, die man als 'Höhepunkte des Lebens' bezeichnen kann</i>	
Kathinka Himmelheber	57
<i>Vorwärtsgehen in die schwere Zukunft</i>	
Hanne Landgraf	64
<i>Man ist einfach gebraucht worden...</i>	
Toni Menzinger	74
<i>Mut und Hilfe für einen neuen Anfang geben</i>	
Hertha Nachmann	82
<i>Für sie war es selbstverständlich, wieder zurückzukommen</i>	
Luise Naumann	89
<i>Ihre besondere Neigung gehörte dem Krankenhaus- und Schulwesen</i>	
Luise Riegger	93
<i>Wir Frauen müssen Politik machen, sonst wird mit uns Politik gemacht</i>	
Erna Scheffler	105
<i>... unsere Erfolge sind durchaus geeignet, uns mit uns selbst zu imponieren</i>	
Anna Walch	112
<i>... geradezu in die CDU hineingeboren</i>	
Gisela Walter	116
<i>Mit Freude und großem Wir-Gefühl den Wiederaufbau der katholischen Jugendarbeit gestaltet</i>	

Geleitwort

„Frauen konnten in der Gesellschaft immer nur den Raum einnehmen, den ihnen die Männer einräumten“. So heißt es zuweilen – und auch bei dem am 17. November 1946 vom Radio Stuttgart veranstalteten und dem damaligen Oberbürgermeister Hermann Veit geleiteten Forum zur Rolle der Frau im öffentlichen Leben schien sich dieser Eindruck zu bestätigen. Die Frau sei, so meinten die beiden männlichen Diskussions Teilnehmer im Karlsruher Konzerthaus, „in den ihr spezifischen Gebieten, etwa sozialen Angelegenheiten, einzureihen“. Dem hielten die Frauen postwendend die Forderung entgegen, daß ihre Geschlechtsgenossinnen „Verwendung in der Politik“ finden sollten.

Wie aktiv Frauen damals waren, hat die Historikerin Dr. Barbara Guttmann mit ihrem Forschungsprojekt „Städtisches Leben von Frauen in der Nachkriegszeit (1945 bis 1955) am Beispiel Karlsruhes“ aufgespürt. Sie hat über 150 Frauen ermittelt, die sich öffentlich oder im stillen engagierten. Wie sah die Partizipation von Frauen nach Kriegsende aus? Wo lagen deren Prioritäten oder welche gemeinsamen biographischen Voraussetzungen hatten die Frauen, die sich engagierten? Fragen, die ihr Buch beantworten möchte. Voraussichtlich erst 1999 wird es erscheinen. Solange hat die Stadt nicht warten wollen und sich entschlossen, die Portraits einiger Karlsruherinnen vorab zu veröffentlichen. Die Broschüre halten Sie nun in den Händen.

Es ging darum, Frauen aus unterschiedlichen Funktionen exemplarisch vor- und darzustellen: Stadträtinnen und Parteipolitike-

rinnen, Frauen in caritativen Organisationen und konfessionellen Frauengruppen bis hin zu Vertreterinnen unterschiedlicher Fachverbände. Vielen von ihnen ist gemeinsam, daß die Schwerpunkte ihrer Arbeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Wiederaufbau und in der Bewältigung des Alltags lagen, was angesichts zerstörter Städte, der schlechten Versorgungslage sowie Wohnraumproblemen nicht verwundert. Was trieb sie um, wie definierten sie sich und ihre Arbeit? All dies können Sie in dem Bändchen nachlesen.

Eine spannende Lektüre, wie ich meine.

Professor Dr. Gerhard Seiler
Oberbürgermeister

Vorwort

Das Jahr 1945 bedeutete für Frauen wie Männer das Ende des Krieges, den Zusammenbruch des Nationalsozialismus und die Befreiung von der Gewaltherrschaft. Es folgten Aufbaujahre und Aufbruchszeiten, vieles schien möglich, das Neue war greifbar.

Und doch war diese sogenannte „Erste Stunde“ nicht der völlige Neubeginn, es war auch die Rückbesinnung auf die Werte und Normen, welche die Nationalsozialisten außer Kraft gesetzt hatten. Neben den ganz Jungen meldeten sich die wieder, die schon vor 1933 für Demokratie und soziale Gerechtigkeit gestanden hatten, unter ihnen viele Frauen – die „Mütter des Grundgesetzes“, die Vertreterinnen der Frauenbewegung, welche der NS aufgelöst hatte, die Anhängerinnen der 1933 aufgelösten demokratischen Parteien, die Mitstreiterinnen der Sozialarbeit und der religiösen Frauenbewegung.

Auch in Karlsruhe, das eine lange Tradition weiblicher Mitwirkung im politischen und gesellschaftlichen Leben kannte, wirkten Frauen aller demokratischen politischen Richtungen maßgeblich am Aufbau einer humanen Stadtgesellschaft mit. Einige der „Karlsruherinnen der ersten Stunde“ werden hier porträtiert, stellvertretend für ihre ganze Generation, deren Leistungen in einer 1999 erscheinenden, ebenfalls von Barbara Guttmann verfaßten Publikation des Karlsruher Stadtarchivs vorgestellt werden.

Geschichte prägt die gegenwärtige Identität. Historische Bildungsarbeit ist ein Grundstein für die Schaffung des politischen Bewußtseins und des kulturellen Selbstverständnisses. Die traditionelle Geschichtsschreibung vergaß sehr lange Zeit die Leistungen der Frauen und verweigerte ihnen damit die Herausbildung einer im Wissen über die eigene Geschichte gewachsenen Identität.

Die Geschichte der Frauen zu erforschen und zu schreiben, ist daher bis heute zugleich ein Beitrag zu ihrer sozialen und politischen Gleichberechtigung. Die in Karlsruhe seit Jahren erfolgreiche Zusammenarbeit der Frauenbeauftragten und des Stadtarchivs, die mit dem vorliegenden Band fortgesetzt wird, gebietet sich darum gleichsam von selbst. Dabei profitieren beide Einrichtungen in jeweils unterschiedlicher Weise:

Durch die Unterstützung von Karlsruher Frauenorganisationen und von einzelnen Vertreterinnen aus Politik, Recht, Kirchen und Gesellschaft, die Barbara Guttman erfahren hat, erreichen das Stadtarchiv als Gedächtnis der Stadt Materialien wie Lebenserinnerungen, Fotos, Briefe u. ä.. Diese machen es möglich, eine lebendige Erinnerung an die historischen Frauen in Karlsruhe zu schaffen.

Das Wissen darüber, daß die Frauen der Nachkriegszeit wie ihre Großmütter und Mütter über die Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg zusammengearbeitet haben, kann auch als Entwurf für heutiges frauenpolitisches Engagement gelten, lassen sich doch so Handlungsspielräume erweitern und im Interesse von Frauen nutzen.

Wir wünschen uns, daß die Erinnerung und Rückbesinnung auf das Engagement Karlsruher Frauen Anregung und Ansporn für eine aktive Gestaltung des Zusammenlebens in unserer Stadt ermöglichen.

Annette Niesyto
Frauenbeauftragte

Dr. Susanne Asche
Stadthistorikerin

Einleitung

Wenn wir an die Situation von Frauen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 denken, taucht sofort der Begriff *Trümmerfrauen* auf. Wer kennt nicht die Fotos von Berlinerinnen in Kopftuch und Schürze, die in langen Ketten Eimer und Steine von Hand zu Hand weiterreichten oder Steine klopfen. Unbestritten sind die Leistungen dieser Frauen bei der Entrümmerung ihrer Stadt. Die Bezeichnung *Trümmerfrau* jedoch undifferenziert auf eine ganze Generation von Frauen zu übertragen, reduziert die Leistungen von Frauen beim Wiederaufbau: Die Hausfrauen räumen auf, was Männer in Unordnung gebracht haben – die Männer bauen den Staat auf, stellen die Weichen der Politik. Eine solche Betrachtungsweise gerät in Gefahr, die Beteiligung von Frauen beim Wiederaufbau des Gemeinwesens, der Verwaltung, der politischen Parteien und Gremien, der Verbände und Interessenorganisationen zu übersehen.

In Karlsruhe gab es *die Trümmerfrau* nicht. Sicher halfen Frauen unmittelbar nach Kriegsende hier und da bei Aufräumungsarbeiten am eigenen Haus oder bei Nachbarn mit, die organisierte Trümmerbeseitigung wurde jedoch ausschließlich mit männlichen Arbeitskräften durchgeführt.¹ Das heißt aber keineswegs, daß Frauen nicht einen immensen Anteil am Wiederaufbau der Stadt geleistet hätten. Die Versorgung der Familien wäre ohne sie zusammengebrochen. Zahlreiche Karlsruherinnen waren zur Stelle, errichteten Wärme- und Nähstuben oder organisierten Suppenküchen. Die Beschaffung von Wohnraum, Nahrungsmitteln und sämtlichen Dingen des täglichen Bedarfs, die Sicherung des Überlebens waren die vor-

rangigen Aufgaben der Kommunalpolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit. Hier fielen Alltagsbewältigung und Politik zusammen, hier trugen Frauen ihren Anteil zur Errichtung des städtischen Gemeinwesens bei. Den Schritt in die wiederaufzubauenden politischen Entscheidungsgremien vollzogen jedoch nur die wenigsten der eher im Hintergrund Wirkenden.

Der vorliegende Band will einige der Frauen vorstellen, die nach 1945 politisch aktiv wurden und einen beachtlichen Beitrag zum Neuaufbau eines demokratischen Gemeinwesens leisteten. Als politisches Handeln werden dabei nicht alleine Parteimitgliedschaften, Wahlbeteiligung, Teilnahme an politischen Versammlungen oder die Wahrnehmung partei- und kommunalpolitischer Ämter, sondern vielmehr ein umfassendes Engagement der Bürgerinnen an sozialen Prozessen verstanden.² D. h., die Arbeit in Verbänden, Wohlfahrtsorganisationen und Frauengruppen ist ebenso wie die in Parteien, im Gemeinderat oder in städtischen Ausschüssen hinsichtlich ihrer Bedeutsamkeit für den demokratischen Neuaufbau zu betrachten. Die Lebensverhältnisse bei Kriegsende waren geprägt durch Wohnungsnot und Nahrungsmangel. Frauen hatten unvorstellbare Mehrfachbelastungen zu tragen, vor allem dann, wenn sie alleine für sich und ihre Kinder zu sorgen hatten, weil der Mann gefallen, noch in Kriegsgefangenschaft oder als Invalide zurückgekehrt war. Ein darüber hinausgehendes gesellschaftliches Engagement erschien vielen Frauen unmöglich. Hinzu kam, daß das Wirken in der Öffentlichkeit traditionell den Männern zugeschrieben wurde. So war es sicher nicht die Mehrheit der weiblichen Bevölkerung Karlsruhes, die nach Kriegsende in politischen oder karitativen Organisationen und Gremien tätig wurde. Dennoch ist der Eindruck, den bislang die

Geschichtsschreibung über jene Zeit vermittelt und der die Rede von den „Männern der ersten Stunde“ geprägt hat, so nicht richtig. Für die ersten zehn Jahre nach Kriegsende konnten in Karlsruhe über 150 Frauen namentlich erfaßt werden, die durch ihre (gesellschafts)politischen Aktivitäten – sei es daß sie für eine Partei kandidierten, einen Vortrag hielten, im Vorstand einer Organisation, in einem städtischen Ausschuß oder im Gemeinderat saßen – in der Presse oder in städtischen Akten Erwähnung fanden. Dabei handelt es sich nur um die „Spitze eines Eisberges“, die Zahl derer, die an der Basis aktiv waren, dürfte ein Vielfaches betragen haben. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, ihr Wirken umfassend zu beschreiben.³ Stellvertretend für sie alle werden hier 13 Frauen porträtiert, die in unterschiedlichen Bereichen tätig waren: die ersten Stadträtinnen der Jahre 1946 bis 1956 sowie Parteipolitikerinnen von CDU, F. D. P., KPD und SPD; desweiteren Gründungsmitglieder der überparteilichen *Karlsruher Frauengruppe*, einer Organisation, die, anknüpfend an die Traditionen der alten Frauenbewegung, versuchte, neue Wege zu gehen. Darüber hinaus werden Frauen vorgestellt, die im Bereich konfessioneller Organisationen, sei es die katholische Jugend, die evangelische Frauenarbeit oder die Jüdische Gemeinde, aktiv waren. Schließlich wirkte mit der ersten Bundesverfassungsrichterin in Karlsruhe eine Frau an maßgeblicher Stelle für die Durchsetzung der Gleichberechtigung.

Es wird deutlich, daß die meisten dieser Frauen in mehreren politischen und karitativen Organisationen tätig waren, und interessanterweise lassen sich zwischen fast allen Querverbindungen nachweisen. So deuten sich – bei allen Grenzen, die eine solch biographische Darstellung setzt – die Netze an,

die Karlsruher Frauen nach dem Ende des Nationalsozialismus knüpften und die teilweise bis heute weiterbestehen. Diese Netze mußten 1945 nicht ganz neu erstellt werden, vielmehr konnte an die Zeit vor 1933 angeknüpft werden. Viele der nach Kriegsende gesellschaftlich engagierten Frauen waren bereits im Kaiserreich und der Weimarer Republik aktiv gewesen. Das Dritte Reich hatten sie meist in mehr oder weniger offener Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Regime, im aktiven oder passiven Widerstand überlebt. Einige mußten ins Ausland emigrieren, einige gingen in die „innere Emigration“, andere hatten unter Bespitzelung und Verfolgung zu leiden. Das Kriegsende war für diese Frauen keine „Stunde Null“. Sie hatten reiche (politische) Erfahrungen, aus denen sich der Wille ableitete, im neu aufzubauenden Gemeinwesen aktiv zu werden und ihre Ideale und Vorstellungen einzubringen. Um dies zu verdeutlichen, konzentriert sich die Darstellung des Wirkens dieser Frauen nicht alleine auf die Nachkriegszeit. In einem biographischen Abriß soll ihr Lebensweg verdeutlicht und somit die Frage nach einem Zusammenhang zwischen Lebensgeschichte und politischem Engagement aufgeworfen werden.⁴

Die einzelnen, in alphabetischer Reihenfolge präsentierten Porträts sind sowohl in Umfang als auch Gehalt sehr unterschiedlich, ein Anspruch auf Vollständigkeit kann nicht erhoben werden. Dies liegt daran, daß die Informationen, die mir zu den einzelnen Persönlichkeiten vorlagen, sehr unterschiedlich waren. Offensichtlich wurde das Leben und Wirken dieser Frauen nicht unbedingt für dokumentierungswürdig befunden. Dies hat sich in den letzten Jahren glücklicherweise verändert. Für zwei der frühen Stadträtinnen z. B. waren jedoch nur sehr wenige Daten und Informationen über ihre Person und ihren

Lebensweg zu ermitteln. Die aus den einschlägigen Quellen des Stadtarchivs Karlsruhe sowie des badischen Generallandesarchivs gewonnenen Erkenntnisse fanden eine unverzichtbare Ergänzung durch eine Vielzahl von Materialien, die die Verbände, denen die Frauen angehörten oder deren Nachkommen zur Verfügung stellten. In einigen Fällen konnten mit den Porträtierten selbst Gespräche geführt werden. Ihnen allen, die im Folgenden an betreffender Stelle einzeln Erwähnung finden, sei hiermit nochmals ganz herzlich gedankt. Danken möchte ich des Weiteren der Frauenbeauftragten Annette Niesyto sowie den Kolleginnen und Kollegen des Stadtarchivs Karlsruhe – insbesondere Susanne Asche, die die Endredaktion besorgte –, ohne deren Unterstützung das vorliegende Bändchen nicht hätte entstehen können.

Barbara Guttmann

¹ Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe (im Folgenden StAK) 1 /H.-Reg./852, 1 /H.Reg./2932, 1/Bez.Verw.Amt/94 und Josef Werner: Karlsruhe 1945. Unter Hakenkreuz, Trikolore und Sternenbanner. Hrsg. v. d. Stadt Karlsruhe, Stadtarchiv. 2. Aufl. 1986, S. 217-225.

² Vgl. Barbara Guttmann: Frauen in der Kommunalpolitik der Nachkriegszeit (1945 bis 1955). Das Beispiel Karlsruhe, in: Geschlecht. Macht. Arbeit. Kategorien in der historischen Frauenforschung. Hrsg. v. Frauen & Geschichte Baden-Württemberg. Tübingen 1995 (= Frauenstudien Baden-Württemberg. Bd. 8), S. 77-88, hier bes. S. 81.

³ Die Ergebnisse eines am Stadtarchiv Karlsruhe angesiedelten, durch das Förderprogramm Frauenforschung des Landes Baden-Württemberg unterstützten Forschungsprojektes zur (kommunal)politischen Partizipation von Frauen in Karlsruhe 1945-1955 werden voraussichtlich 1999 in der Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe veröffentlicht werden.

⁴ Für eine umfassende Auswertung ist an dieser Stelle kein Platz. Sie wird im Rahmen der in Bearbeitung befindlichen Studie (s. Anm. 3) erfolgen.



Kunigunde Fischer

Wir Frauen geben den Ausschlag, wie sich das Rad der Geschichte für die Zukunft drehen wird.

Als Kunigunde Fischer im Mai 1946 als einzige Frau in den nach 12 Jahren nationalsozialistischer Herrschaft erstmals wieder demokratisch gewählten Karlsruher Stadtrat einzog, konnte sie auf mindestens ebenso reiche politische Erfahrungen zurückblicken wie ihre 23 männlichen Kollegen. Sie war bereits 1919 als eine der drei ersten Frauen in das Karlsruher Stadtparlament gewählt worden. Die Anfänge ihres politischen Engagements reichen bis in die Zeit um die Jahrhundertwende zurück.

Kunigunde Bachmeyer wurde am 10. November 1882 als Tochter eines Mühlenbesitzers und Landwirtes und dessen Ehefrau im mittelfränkischen Speikern geboren. 1904 heiratete sie den Schriftsetzer Kaspar Fischer, der bei der sozialdemokratischen Zeitung *Der Volksfreund* tätig war. Das junge Paar bezog eine Wohnung in der Karlsruher Südstadt, unweit vom sogenannten *Volksfreundhaus* in der Schützenstraße. Kunigunde Fischer wurde SPD-Mitglied und unter ihrer Leitung konstituierte sich im Frühsommer 1909 die Frauensektion der sozialdemokratischen Partei in Karlsruhe.¹

Kunigunde Fischers politisches Engagement war in erster Linie sozial begründet und so wurde die Kinder- und Jugendfürsorge bald zu einem ihrer vorrangigen Betätigungsfeldern. Ab 1912 saß sie im Armen- und Waisenrat der Stadt und hatte somit

Mitwirkungsmöglichkeiten bei kommunalpolitischen Entscheidungen, obwohl Frauen im Kaiserreich kein Wahlrecht hatten. Diese Mitarbeit von Frauen war durch die Neuregelung des Armenwesens in Karlsruhe 1906 möglich geworden. Die badische Gemeindeordnung von 1910 legte dann eine Teilnahme von Frauen mit Sitz und Stimme in den städtischen Sozialkommissionen verbindlich fest.² Als im Zuge der Novemberrevolution 1918 endlich die Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts erfolgte, war es nur folgerichtig, daß die bereits kommunalpolitisch erfahrene Kunigunde Fischer zu den Gemeinderatswahlen im Mai 1919 für die SPD kandidierte und auch gewählt wurde. Stadträtin war sie bis 1922. Sie widmete sich nun auch der Landespolitik. Im Januar 1919 wurde sie eine der insgesamt neun weiblichen Abgeordneten der badischen verfassungsgebenden Nationalversammlung. Bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten übte sie ihr Mandat als Landtagsabgeordnete aus. Am 18. März 1933 wurde Kunigunde Fischer, wie alle SPD- und KPD-Abgeordneten des badischen Landtags, verhaftet und bis zum 31. März 1933 in der Riefstahlstraße eingesperrt. Eine erneute Inhaftierung erfolgte nach dem mißglückten Hitler-Attentat 1944.

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft gehörte Kunigunde Fischer zu den „Frauen der ersten Stunde“. Es war der Sozialpolitikerin vor allem ein Bedürfnis, die Not der ersten Nachkriegsmonate zu lindern. So wurde sie, die bereits nach dem Ersten Weltkrieg maßgeblich an der Gründung der Arbeiterwohlfahrt in Karlsruhe beteiligt gewesen war, nun aktiv, um diese sozialdemokratische Wohlfahrtsorganisation wieder zu beleben. Anfang Dezember 1945 fand zu diesem Zweck ein Zusammentreffen von vor 1933 in der Arbeiterwohlfahrt

Aktiven statt. Neben Kunigunde Fischer nahmen Marta Weiler, Marie Konz, Emma Trinks, Lina Coblenz und als einziger Mann Otto Riesterer daran teil.³ Die offizielle Gründung erfolgte im Februar 1946, zunächst, entsprechend dem Verlangen der Militärregierung, unter dem Namen *Sozialistische Volkswohlfahrt*. Den Vorsitz übernahm Karl Siebert, Fischer wurde zweite Vorsitzende. Die soziale Arbeit nahm sie offensichtlich so in Anspruch, daß sie eine Mitarbeit im Ausschuß der politischen Parteien zur Entnazifizierung ablehnte.⁴ Eine Haltung, die sich bei den meisten der insgesamt wenigen politisch aktiven Frauen jener Jahre feststellen läßt. Die Überlebensarbeit hatte Vorrang vor der Vergangenheitsbewältigung.

Kunigunde Fischer war sich der Chance bewußt, die die Nachkriegssituation für eine politische Beteiligung der Frauen bot. *„Wir Frauen sind gegenwärtig bevölkerungsmäßig in der Mehrzahl und geben durch unser Wahlrecht im Wahljahr 1946 den Ausschlag, wie sich das Rad der Geschichte für die Zukunft drehen wird.“*, sagte sie bei der ersten Frauenversammlung der Sozialdemokratischen Partei nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Karlsruhe am 3. März 1946. Sie rief die Frauen auf, *„als Frau und Mutter“, „ als Erzieherin der Jugend“* in der jungen Demokratie mitzuarbeiten.⁵ Ihr Engagement für eine Mitwirkung der Frauen in Politik und Gesellschaft basierte allerdings auf einem bereits in der Kaiserzeit entwickelten Geschlechtermodell. Dies verdeutlichte sie in ihrem Vortrag über Frauen und Politik bei der ersten Versammlung der SPD-Frauen: *„Die Frau und Mutter als Hüterin der Familie muß als Sozialistin in der Familie walten und das 'Nie wieder Krieg' in ihr Morgen- und Abendgebet einschließen.“*⁶ Zwar wollte sie die Frau keineswegs auf die Familie beschränkt

sehen, ihr politisches Betätigungsfeld sah sie jedoch, getreu ihres eigenen Handelns, nach wie vor im Bereich des Sozialen. So erlangte sie bereits vor ihrer erneuten Wahl zur Stadträtin wieder ein Mandat im städtischen Fürsorgeausschuß.⁷ Mit ihrer Mitarbeit in den städtischen Sozialausschüssen – Fürsorge-, Wohnungs und Krankenhausausschuß – blieb sie bis zum Ende ihrer Stadtratstätigkeit 1959 auf „klassisch weiblichem“ Politik-Terrain. Lediglich ihre Zugehörigkeit zum Finanzausschuß führte sie 1958 auf bis dahin weitgehend männlich besetztes Gebiet.⁸

Kunigunde Fischer war sich im klaren darüber, daß die Frauen trotz der Festlegung gleicher Rechte in der Verfassung weiter um die Gleichberechtigung kämpfen müßten. Von einer eigenständigen, überparteilichen Organisierung der Frauen zu diesem Zweck hielt sie jedoch nichts. So machte sie den Mitgliedern der überparteilichen *Karlsruher Frauengruppe* deutlich, daß sich ihrer Auffassung nach die Frauen *innerhalb* der Parteien engagieren sollten.⁹ Damit verfolgte sie eine sozialdemokratische Frauenpolitik, die den Platz der Frauen stets an der Seite der Männer ihrer Klasse und nicht an der der Frauen anderer Klassen gesehen hatte.

Die alten erfahrenen Politikerinnen wie Fischer hatten es in der Nachkriegszeit schwer, Gehör bei der Masse der jungen Frauen zu finden und diese für ihre Ideen zu gewinnen. Doch es gelang ihnen, für einzelne Frauen der jüngeren Generation zum Vorbild zu werden und sie zu politischem Engagement zu ermutigen, wie z. B. im Fall der rund 20 Jahre jüngeren Hanne Landgraf (s. S. 64), die 1953 ebenfalls in den Stadtrat gewählt wurde und ab 1966 im Landtag saß.

Für ihre vielfältigen Verdienste wurde Kunigunde Fischer an ihrem 75. Geburtstag 1957 das Bundesverdienstkreuz verliehen. Und 1965 sollte sie innerhalb der Kommunalpolitik noch einmal die erste Frau sein: die erste, der die Ehrenbürgerwürde verliehen wurde. Am 21. Februar 1967 verstarb mit ihr eine der herausragenden Persönlichkeiten der Stadtgeschichte. Um die Erinnerung an sie aufrechtzuerhalten, wurden zwei Altenwohnheime der Karl-Friedrich-Leopold- und Sophienstiftung, in deren Verwaltungsrat Kunigunde Fischer Mitglied gewesen war, nach ihr benannt.

¹ Zur Geschichte der sozialdemokratischen Frauenbewegung Karlsruhes im Kaiserreich vgl. Susanne Asche, Barbara Guttman, Olivia Hochstrasser, Sigrid Schambach, Lisa Sterr: Karlsruher Frauen 1715-1945. Eine Stadtgeschichte. Karlsruhe 1992 (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bad.15), S. 245-249.

² Zur Tätigkeit von Frauen in der Kommunalverwaltung während des Kaiserreichs vgl. ebenda, S. 249-256.

³ Vgl. auch im Folgenden maschineschriftliches Manuskript zur Geschichte der Arbeiterwohlfahrt von Hanne Landgraf (veröff. in Mitteilungsblatt der AWO, H. 60, Januar 1986), S. 2.

⁴ Vgl. StAK 1 /POA2/1646.

⁵ BNN 15. 3.1946.

⁶ BNN 5.3.1946.

⁷ Vgl. StAK 1./H.-Reg./ 2878.

⁸ Vgl. StAK 1/H.-Reg./3138.

⁹ Vgl. BNN 23.10.1947.



Ruth Hella Grimm

Mein Herz hat immer links geschlagen...

Ruth Hella Grimm war nach dem Zweiten Weltkrieg im *Demokratischen Frauenbund Deutschlands* (DFD) aktiv.¹ Anfang der fünfziger Jahre wurde sie Vorsitzende des DFD Karlsruhe und des Bezirks Nordbaden. Über das Wirken dieser Frauenorganisation ist uns nur wenig überliefert, denn im Zeichen des Kalten Krieges wurde sie verboten und ihre Mitglieder diskreditiert. Es waren ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und die Überzeugung, daß sich so etwas nicht wiederholen dürfe, die Ruth Grimm in den DFD und in die KPD geführt hatten.

Wie viele ihrer politisch aktiven Zeitgenossinnen wurde auch Ruth Grimm durch das Elternhaus politisch geprägt. 1910 im Rheinland geboren, verbrachte sie Kindheit und frühe Jugend in Berlin. Sie wuchs in einer Künstlerfamilie auf und bewegte sich im linksintellektuellen Milieu des Berlins der Weimarer Republik. „*Künstler sind immer links*“, dieser Eindruck hat sich ihr eingeprägt. Ende der zwanziger Jahre beobachtete man in diesen Kreisen die politische Entwicklung Deutschlands mit wachsender Sorge. Um der zunehmenden Gefahr von rechts etwas entgegenzusetzen, wählten ihre Eltern im Mai 1928 die KPD, der ältere Bruder die sozialistische Partei. Ähnlich votierten viele Deutsche. Auf SPD und KPD entfielen zusammen 42 % aller Mandate, eine Zusammenarbeit der beiden Parteien der Arbeiterbewegung war jedoch undenkbar. Unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller bildete sich eine große Koalition.

Im Winter 1928/29 zeichnete sich eine erneute Wirtschaftskrise ab, die mit einem Aufschwung der Nationalsozialisten einherging. Angesichts dieser Entwicklung, entschlossen sich jüdische Freunde der Familie Ruth Grimms, Deutschland zu verlassen und nach Holland zu gehen. Ruth Grimms Familie schloß sich an und übersiedelte nach Den Haag, wo man Verwandtschaft hatte. Zunächst wurde eine Ausreisegenehmigung für drei Jahre beantragt, um zu sehen, wie sich die politische Situation in Deutschland bis dahin entwickelte. Diese wendete sich nicht zum besseren, nach den Reichstagswahlen vom Juli 1932 stellte die NSDAP die stärkste Fraktion. Die Familie Ruth Grimms hatte sich zwischenzeitlich entschlossen, nach Paris zu gehen, auch um einen alten Traum des Vaters zu verwirklichen, der Maler war. Ruth Grimm studierte in Paris Kunstgeschichte.

Bei Beginn des Zweiten Weltkrieges hielt sich Ruth Grimm in der Normandie auf, die nun von Ausländern geräumt werden mußte. Sie wollte zu Freunden nach Orleans, doch auch dies war nicht möglich, weil sich dort der französische Generalstab befand und Ausländer ebenfalls kein Aufenthaltsrecht erhielten. In einem Troß mit zahlreichen anderen deutschen Emigranten, meist Juden, befand sich Ruth Grimm auf der Suche nach einem Aufenthaltsort. Da sie sehr gut Französisch sprach, übernahm sie die Verhandlungen mit den Behörden. Schließlich fand man in Nevers freundliche Aufnahme. Mit Beginn der deutschen Offensive im Westen kamen viele Flüchtlinge aus Belgien und Luxemburg nach Nevers. Ruth Grimm arbeitete bei deren Betreuung mit. Im Mai 1940, bei Beginn des Frankreichfeldzuges, wurden die in Frankreich lebenden Deutschen, darunter viele Juden, als *feindliche Ausländer* interniert (s. S. 44). Auch Ruth Grimm wurde in das berüchtigte Lager von Gurs

gebracht. Nach viereinhalb Monaten kam sie jedoch frei, da der Ehemann ihrer Schwester Franzose war und eine Bürgschaft für sie übernahm. Sie begab sich zunächst zu Schwester und Schwager nach Nizza, kehrte jedoch in das inzwischen von den Deutschen besetzte Nevers zurück, da sie dort ihre Wohnung mit Hab und Gut zurückgelassen hatte. Um an die lebensnotwendigen Lebensmittelkarten zu kommen, mußte sie sich auf der Kommandantur, der *Höhle des Löwen*, melden. Dort bat man sie, angesichts ihrer sehr guten Französisch-Kenntnisse, als Dolmetscherin zu arbeiten. Diese Tätigkeit nutzte sie zugunsten der französischen Bevölkerung und widerständiger Kreise. So konnte sie z. B. einmal vor einer drohenden Verhaftung warnen. Mit Beginn der alliierten Invasion begannen fürchterliche Bombardements. Nach Nizza zurückzukehren, war angesichts der zerstörten Brücken und Verbindungen nicht möglich. So schloß sie sich Bekannten an, die nach Deutschland gehen wollten. Bei Neuenburg wurde der Zug bombardiert. Man flüchtete hinter den Bahndamm. Doch nun kamen Tiefflieger, so tief, daß Ruth Grimm den Piloten sehen konnte. Ihre Freundin wurde tödlich getroffen. Sie selbst, zunächst auch für tot gehalten, wurde mit sehr schweren Verletzungen in die Universitätsklinik von Freiburg transportiert. Es sollte eineinhalb Jahre dauern, bis ihre Gesundheit wieder einigermaßen hergestellt war, u. a. mußten Hauttransplantationen vorgenommen werden. Sie hatte zahlreiche Durchschüsse, weshalb man sie in der Klinik „*das Sieb*“ nannte.

Die Zerstörung Freiburgs im Dezember 1944 betraf auch große Teile der Klinik. Daraufhin begab sich Ruth Grimm in ein Lazarett in die Oberpfalz, weil dort ein sehr guter Chirurg tätig war. Hier erlebte sie das Kriegsende und erst im Herbst 1945

konnte sie das Lazarett verlassen. Sie wußte nicht, wohin sie nun gehen sollte. Ein Verwundeter bat sie, seiner Mutter in Lindau die Nachricht zu überbringen, daß er noch lebe. Da Lindau in der französischen Besatzungszone lag, und sie hoffte, von dort aus wieder nach Frankreich gehen zu können, willigte sie ein. Die französische Kommandantur in Lindau war jedoch nicht gewillt, ihr eine Reiseerlaubnis auszustellen. Vielmehr verdächtigte man sie aufgrund der Tatsache, daß sie zu diesem Zeitpunkt besser Französisch als Deutsch sprach, Mitglied der *Fünften Kolonne*, eine Kollaborateurin, gewesen zu sein. Sie wurde zusammen mit den ortsansässigen Nazis interniert, kam jedoch wieder frei und mußte sich wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes erneut nach Freiburg in die Klinik begeben. Von dort beorderten die Franzosen sie wieder nach Lindau zurück, da der Verdacht der Kollaboration nicht ausgeräumt sei. Sie wurde im Lindauer Gefängnis inhaftiert. Es dauerte lange und war schwierig, angesichts der desolaten Post- und Verkehrsverhältnisse, Entlastungszeugen aus Nevers aufzutreiben. Nach Wochen erreichte ihre Nachricht den Schwager in Nizza, der die von ihr benannten Zeugen in Nevers kontaktierte und auch in Lindau einen Anwalt mit ihrer Sache betraute. Schließlich schenkte die Kommandantur in Lindau den Zeugen aus Nevers, die aussagten, daß da die völlig Falsche einsaß, Glauben und entließ sie nach fast vier Monaten aus der Haft. Ruth Grimm verlor trotz dieser ungeheuerlichen Anschuldigung, trotz Haft und schlechtem Gesundheitszustand nicht den Mut: *„Ich habe mir immer gesagt, wo eine Tür hineinführt, führt sie auch wieder hinaus.“* ²

1948 kam Ruth Grimm nach Karlsruhe, wo sie heiratete. Ihr erster Ehemann war zunächst von den Nationalsozialisten aus

Karlsruhe ins Saarland geflüchtet und hatte sich nach dessen Anschluß ans Reich 1936 entschlossen, mit den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg gegen Franco zu kämpfen. Nach dem mit Hilfe Deutschlands und Italiens erfolgten Sieg der putschenden Militärs gegen die Volksfrontregierung wurde er an Deutschland ausgeliefert, wo er zunächst zwei Jahre im Zuchthaus Bruchsal inhaftiert war. Die anschließende Haft im Konzentrationslager Dachau wurde erst durch die Befreiung der Amerikaner 1945 beendet.

Angesichts des Lebensweges von Ruth Grimm erscheint es nur folgerichtig, daß ihr vor allem der Kampf um die Sicherung des Friedens, gegen die Wiederbewaffnung und atomare Rüstung ein Anliegen war. So wurde sie, inzwischen Mutter zweier Kinder, im *Demokratischen Frauenbund* (DFD) aktiv. Der DFD war Anfang März 1947 im Rahmen eines *Deutschen Frauenkongresses für den Frieden* in Berlin gegründet worden. Obwohl an diesem Kongreß auch Frauen aus den westlichen Besatzungszonen teilgenommen hatten, wurde der DFD zunächst nur in der sowjetischen Besatzungszone zugelassen. 1948 erfolgte die Zulassung in West-Berlin. Vorbereitungen zur Gründung in den Westzonen wurden von den Besatzungsmächten verboten, die Gründung des DFD in der Bundesrepublik konnte erst im September 1950 erfolgen. Teilweise waren dem schon lokale Gründungen vorausgegangen. Ruth Grimm fand am DFD, der sich 1948 der *Internationalen Demokratischen Frauen-Föderation* (IDFF) angeschlossen hatte, den Aspekt der internationalen Zusammenarbeit mit Frauen anderer Länder interessant. Sie schloß sich 1950 dem Karlsruher DFD an, dessen Vorsitz damals Friedl Reger“ innehatte. Als diese 1952 aus gesundheitlichen Gründen

zurücktrat, wurde Ruth Grimm ihre Nachfolgerin. Der DFD Karlsruhe zählte ca. 20 Mitglieder, meist Ehefrauen von KPD-Mitgliedern. Daneben gab es einen kleinen Kreis bürgerlich-intellektueller Frauen, dem Ruth Grimm angehörte, die sich auch außerhalb der offiziellen Veranstaltungen trafen und die Arbeit des DFD wesentlich gestalteten. Einige Aktionen sind Ruth Grimm besonders in Erinnerung geblieben. So etwa eine vom DFD organisierte Demonstration in Stuttgart gegen die Hinrichtung des Ehepaars Rosenberg in den USA, zu der aus Karlsruhe mehrere Busse hinfuhren. Des weiteren wurden die Frauen gegen die Errichtung des Militärflughafens in Söllingen aktiv. 1954, zum 9. Jahrestag des Atombombenabwurfes auf Hiroshima, verteilte Ruth Grimm gemeinsam mit Edith Dietz⁵, die ebenfalls dem DFD angehörte, Flugblätter beim Karlsruher Ärztekongreß und diskutierte mit den Medizinern über die Gefahren der atomaren Rüstung.

Unmittelbar nach Kriegsende war es noch selbstverständlich gewesen, daß alle (wieder)gegründeten Parteien gemeinsam am demokratischen Neuaufbau arbeiteten. Nicht wenige Menschen wählten wie Ruth Grimm den Weg in die KPD, als einer konsequent antinationalsozialistischen Partei. Sie stellte 1947 vier Stadträte und mit Berthold Riedinger einen Bürgermeister. Doch die zunehmende Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den West-Alliierten fand bald ihren Niederschlag bis in die lokale Politik. Als im August 1956 die KPD verboten wurde, fanden sich Menschen, die im Widerstand gegen Hitler gewesen und dann teilweise an maßgeblicher Stelle beim Wiederaufbau mitgewirkt hatten, als „Staatsfeinde“ wieder. Im antikommunistischen Klima des Kalten Krieges war jedes Engagement für die Sicherung des Friedens und gegen eine

Remilitarisierung der Bundesrepublik verdächtig, von Moskau – oder doch zumindest von Ost-Berlin – gesteuert zu sein. Auch der DFD, dem zwar KPD-Mitglieder, aber auch parteilose Frauen angehörten, geriet zunehmend unter Druck. Als Ruth Grimm 1957 beim DFD Karlsruhe einen Vortrag über Käthe Kollwitz hielt und deren Werk anhand von Dias erklärte, erfolgte im Anschluß eine Haussuchung. Diaprojektor und Dias wurden beschlagnahmt, sie selbst von Polizei und Staatsanwaltschaft vernommen. Im April 1957 wurde der DFD schließlich mit der Begründung, daß er enge Beziehungen zum Schwesterverband in der DDR halte, in der Bundesrepublik verboten.

Ruth Grimm sagt rückblickend: „*Mein Herz hat immer links geschlagen.*“⁶ Dies bedeutete für sie jedoch nicht, der Doktrin einer Partei blind zu folgen. Zur KPD und insbesondere der stalinistischen Politik hatte sie ein durchaus kritisches Verhältnis, wenn auch deren ganzes Ausmaß in jener Zeit nicht zu überblicken war. Wie bereits in ihrer Jugend, bewegte sie sich in linken Künstler- und Intellektuellenkreisen. Mit den Scheuklappen mancher Parteifunktionäre und auch -mitglieder tat sie sich schwer. Nach dem Verbot von KPD und DFD war es für sie keine Frage, sich weiterhin für die Sicherung des Friedens zu engagieren. Gemeinsam mit Freunden unterschiedlichster politischer Richtungen und Weltanschauungen wurde sie in der *Deutschen Friedens-Union* (DFU) aktiv und beteiligte sich an den Ostermärschen gegen Wiederbewaffnung und atomare Rüstung.

Neben diesem Engagement für den Frieden war Ruth Grimm seit 1952 auch im *Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner* (VdK) tätig. Zunächst

Mitglied der Ruppurrer Gruppe, wurde sie bald deren stellvertretende Vorsitzende. Bei ihrem Umzug nach Oberreut gründete sie 1965 dort eine Ortsgruppe und übernahm deren Leitung. 1969/70 übernahm sie das Amt der KreiskassiererIn. Zunächst war sie jedoch als Vertreterin der kriegsbeschädigten Frauen Mitglied im Kreisvorstand des VdK geworden. Es war ihr ein Anliegen, für die Interessen der an den Folgen von Kriegsverletzungen leidenden Frauen sowie der Kriegerwitwen einzutreten. Ende der 50er Jahre stieß sie im VdK eine Gesetzesinitiative gegen die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern bei der Entschädigung der Kriegsversehrten an. Hier erhielten Frauen eine geringere Entschädigung als Männer, u. a. auch keine Ehegattenzulage. Die von Ruth Grimm initiierte und vom VdK eingebrachte Gesetzesänderung hatte in erster Lesung im Bundestag Erfolg. So kann die jüngst für langjährige Mitgliedschaft im VdK Geehrte heute mit Stolz auf die Tatsache blicken, einen Beitrag zur rechtlichen Realisierung der im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung der Frauen geleistet zu haben.

¹ Die folgenden Ausführungen stützen sich auf zwei Gespräche, die die Verf. am 30. Mai 1995 sowie am 24. Juli 1997 mit Ruth Grimm führte. Schriftliche Materialien zum Lebensweg Ruth Grimms sowie zur Geschichte des DFD Karlsruhe liegen nicht vor. Auch Recherchen im *Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR*, in dem teilweise Unterlagen des DFD in Westdeutschland überliefert sind, ergaben leider keine Anhaltspunkte zur DFD-Gruppe in Karlsruhe, bzw. Nordbaden.

² Mündliche Auskunft Ruth Grimm, 24. Juli 1997.

³ Die Geschichte des DFD, insbesondere in den westlichen Besatzungszonen, bedarf noch einer umfassenden Aufarbeitung. Bislang liegt für Berlin vor: Rita Pawlowski: *Der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD)*, in: Renate Genth, Reingard Jäckel, Rita Pawlowski, Ingrid Schmidt-Harzbach, Irene Stoehr: *Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945 bis 1949*. Hrsg. v. d. Senatorin f. Arbeit, berufliche Bildung und Frauen, Berlin, Berlin 1996, S. 75-104. Des weiteren relativ oberflächlich und etwas tendenziös: Florence Hervé (Hrsg.): *Aus der Vergangenheit gelernt? 1945 bis 1949*, in: Florence Hervé (Hrsg.): *Geschichte der deutschen Frauenbewegung*. 3., überarb. u. erw. Aufl. Köln 1987,

S.187-205, hier S. 195ff. Wichtige Hinweise lieferte mir Hilde Zachmann, die Landessekretärin des DFD Baden-Württemberg war, in einem Gespräch am 13. Juli 1995. Dies wird eine ausführlichere Darstellung im für 1999 in der Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe zur Veröffentlichung geplanten Band d. Verf. zur politischen Partizipation von Frauen in Karlsruhe 1945-1955 finden.

⁴ Friedl Reger, geb. 1903, war bereits vor 1933 in der KPD aktiv gewesen und wurde während des Nationalsozialismus wiederholt inhaftiert. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft kandidierte sie 1947 für die KPD in Karlsruhe zum Stadtrat und trat als Referentin bei Frauenversammlungen auf.

⁵ Edith Dietz war als Jüdin unter dem nationalsozialistischen Regime verfolgt. Sie konnte in die Schweiz fliehen, wo sie ihren späteren Ehemann, den Journalisten und Karlsruher Kommunisten Friedrich K. H. Dietz kennenlernte. Ihm folgte sie 1947 nach Karlsruhe. Dietz wurde für die KPD in den Stadtrat gewählt. Edith Dietz trat nicht der KPD bei. Sie gehörte jedoch dem DFD und auch der überparteilichen *Karlsruher Frauengruppe* an. Gespräche, die d. Verf. mit Edith Dietz in den Jahren 1995-1997 führte, werden eine Darstellung im Band zur politischen Partizipation von Frauen in Karlsruhe 1945-1955 finden.

⁶ Mündliche Auskunft Ruth Grimm, 24. Juli 1997.



Elisabeth Großwendt

Eine große Macht ist den Frauen in die Hand gegeben

*„Wie stark geht das alles die Frauen, die Hausfrauen und Mütter an! Gibt es doch kaum ein städtisches Amt, mit dem sie nicht irgendwo und irgendwann in Beziehung treten muß.“*¹, schrieb Elisabeth Großwendt anlässlich der ersten demokratischen Stadtratswahlen nach zwölf Jahren Nationalsozialismus im Mai 1946 in den Badischen Neuesten Nachrichten (BNN). Sie appellierte nachdrücklich an Karlsruhes Frauen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, schließlich sei das Ergebnis der Wahl von ihnen stark abhängig, bildeten sie doch die Mehrheit der Wählerschaft. Doch bei den folgenden Wahlen sah Großwendt ihre Hoffnung enttäuscht, die Frauen würden ihre zahlenmäßige Überlegenheit nutzen, um mehr politisches Gewicht zu erlangen. Im Dezember 1947 mußte sie resümieren, daß *„viele Frauen mit ihrer täglichen Sicht auf zerrissene Strümpfe und schrumpfende Kartoffelvorräte...“* zu den Nichtwählern gehörten. Sie beklagte, daß viele verheiratete Frauen das Gebiet der Politik ihren Ehemännern überließen. Da diese dann auch federführend beim Ausfüllen der Stimmzettel seien, hätten Frauen nur geringe Chancen, gewählt zu werden. In der Tat, sie selbst von der DVP auf Listenplatz 4 aufgestellt, wurde nicht gewählt.³ Dabei war sie in Karlsruhe durchaus keine Unbekannte. Die zu diesem Zeitpunkt als Redakteurin der BNN tätige Politikerin ist vielen als originelle, ungewöhnliche Frauengestalt, meist Zigarren rauchend, in Erinnerung. Sie war von großer, kräftiger Gestalt und energischem, aber heiterem Wesen. Vielleicht waren ihre unkonventionelle, die Grenzen damaliger Vorstellungen von Weiblichkeit sprengende Art und

ihre Ansichten von weiblicher Emanzipation für die Wählerinnen- und Wählerschaft der liberalen Partei zu viel. So konnte sie an ihre von den Nationalsozialisten abgebrochene kommunalpolitische Karriere nach 1945 nicht mehr im erhofften Maße anknüpfen. Dennoch spielte sie in den ersten Nachkriegsjahren eine wichtige Rolle in der städtischen Öffentlichkeit, insbesondere in ihren Bemühungen, den Frauen größeren politischen Einfluß zu sichern.

Elisabeth Großwendt gehörte jener Generation von Frauen an, die bereits vor 1933 in der bürgerlichen Frauenbewegung aktiv gewesen waren und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft an deren Traditionen anzuknüpfen suchten. Geboren wurde sie am 26. Mai 1881 in Metz. Nach dem Besuch einer höheren Mädchenschule studierte sie an der Universität Straßburg mehrere Semester Nationalökonomie, um danach sechs Monate in verschiedene Fabriken Badens, Bayerns und des damals zu Deutschland gehörenden Elsaß das Leben der Fabrikarbeiterinnen aus eigener Anschauung kennenzulernen.⁴ In dieser Zeit verfaßte sie zwei Studien über *Die Lage der Fabrikarbeiterin und die Arbeit in der Tabakindustrie*. Großwendt wollte ihre Kenntnisse nutzen, um zur Verbesserung der Situation von Arbeiterinnen beizutragen. Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatten Arbeiterinnenvereine und auch die bürgerliche Frauenbewegung zu diesem Zweck die Einsetzung weiblicher Beamte bei der staatlichen Gewerbeaufsicht gefordert. Baden kam als erster deutscher Staat dieser Forderung nach und stellte 1900 Else von Richtofen als erste Fabrikinspektorin ein. Elisabeth Großwendt wurde 1906 die erste Gewerbeaufsichtsbeamtin Elsaß-Lothringens. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 übertrug man ihr die

Leitung der Zentrale für Kriegsfürsorge der Stadt Colmar. 1916 wurde sie als Referentin für Arbeiterinnenfragen an die Kriegsamtstelle Straßburg berufen. Nach Kriegsende wies man sie aus dem nun französischen Elsaß-Lothringen aus. Sie ging nach Stuttgart, um dort die Tätigkeit einer Referentin beim württembergischen Landesamt für Arbeitsvermittlung auszuüben. Im Juli 1919 wurde sie schließlich Geschäftsführerin des städtischen Jugendamtes Halle/Saale. *„Ich habe hier eine vielseitige verantwortungsvolle Tätigkeit, als deren wichtigsten Teil ich u. a. die Anleitung von 14 Waisen- und Jugendpflegerinnen auffasse [...] – eine Fülle von Aufgaben, in die zu vertiefen es sich lohnt“*, schrieb sie im November 1919. Doch *„... krankt der Süddeutsche in dieser Landschaft und dieser Stadt an dem bekannten Heimweh [...], weil das Verlorene, Heimatliche hier nirgends, auch in keinem leisen Anklang zu finden ist.“*⁵ So beschloß Großwendt bereits wenige Monate nach Aufnahme ihrer Tätigkeit in Halle, sich für die Leitung des Jugendamtes in Karlsruhe zu bewerben. Möglich geworden war dies durch eine Reform des kommunalen Fürsorgewesens, die im Frühjahr 1920 zur Errichtung eines städtischen Fürsorgeamtes mit der Abteilung Jugendamt führte. Am 16. April 1920 nahm Elisabeth Großwendt als erste Frau in der Stadtverwaltung Karlsruhe eine Tätigkeit als Amtsleiterin auf.⁶

Die Bewerbung Großwendts in Karlsruhe war auf Empfehlung Marie Baums erfolgt. Baum selbst war zu diesem Zeitpunkt als Regierungsrätin beim badischen Arbeitsministerium, später Innenministerium tätig. Bereits von 1901 bis 1907 hatte sie schon einmal bei einer Karlsruher Landesbehörde gearbeitet, als Fabrikinspektorin beim Gewerbeaufsichtsamt. Es ist wahrscheinlich, daß sie mit Großwendt, die damals die elsässische

Gewerbeaufsichtsbeamtin war, schon in jener Zeit Bekanntschaft geschlossen hatte. Des weiteren konnte sich Elisabeth Großwendt bei ihrer Bewerbung in Karlsruhe auf Referenzen Elly Heuss-Knapps und Dr. Marie-Elisabeth Lüders berufen. Heuss-Knapp und Lüders waren, wie auch Großwendt, Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Die Verbindung zu diesen Frauen war für Großwendt jedoch in erster Linie frauenpolitisch und weniger parteipolitisch begründet. Nicht die „männlichen 'Führer'“, sondern die dort „eingereichten Führerinnen der Frauenbewegung“ hätten sie in die DDP geführt, bemerkte sie später selbst.⁷ Mit Elisabeth Großwendt kam also eine jener Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung nach Karlsruhe, die das traditionell den Frauen zugeschriebene Feld der Fürsorge professionalisiert hatten. Über ihre Tätigkeit in der Karlsruher Frauenbewegung der zwanziger und dreißiger Jahre ist uns leider nur wenig überliefert. Fest steht, daß sie aktives Mitglied des örtlichen *Verbandes für Frauenbestrebungen* war, einer dem *Bund Deutscher Frauenvereine* (BDF) angeschlossenen Dachorganisation der bürgerlichen Frauenbewegung in Baden. Dies belegt u. a. ein Veranstaltungshinweis, der Großwendt als Referentin und Teilnehmerin der Landestagung des *Badischen Verbandes für Frauenbestrebung* in Freiburg 1932 auswies.⁸

Wir können nur vermuten, daß eine solche Frau in der damaligen Zeit in einer leitenden Position der städtischen Verwaltung gerade von Seiten männlicher Kollegen nicht unbedingt gut gelitten war. Ihr Vorgesetzter, der Leiter des Fürsorgeamtes Dr. Franz Fichtl meldete nach der nationalsozialistischen Macht ergreifung jedenfalls Zweifel an, daß sich Großwendt „rückhaltlos für den nationalen Staat“ einsetzen werde.⁹ Ein mit dem

Vollzug des im April 1933 erlassenen Gesetzes zur *Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* beauftragter Ausschuß unter dem Vorsitz des nationalsozialistischen Oberbürgermeisters Friedrich Jäger befand zwar, daß aufgrund dieses Gesetzes zu „*einem Einschreiten*“ gegen die Jugendamtsleiterin kein Anlaß bestehe, schlug jedoch einen anderen Weg vor, sie loszuwerden. Es sei zu prüfen, ob Großwendt infolge einer Organisationsänderung entbehrlich sei. So beschloß der Stadtrat schließlich „... *im Interesse des jüngeren Nachwuchses in der Freimachung von Arbeitsplätzen*“ die vorzeitige Zuruhesetzung der zu diesem Zeitpunkt 52jährigen. Elisabeth Großwendt hatte zunächst offensichtlich unter Druck ihr Einverständnis hiermit erklärt. Am 16. Oktober 1933 widerrief sie diese Einverständniserklärung, jedoch ohne Erfolg. Ende März 1934 mußte sie aus dem Dienst als Leiterin des städtischen Jugendamtes ausscheiden.¹⁰ Diese zwangsweise Zuruhesetzung traf sie hart, hatte doch der Verlust der von ihr so geschätzten Arbeit auch erhebliche materielle Auswirkungen. Statt dem bisherigen Gehalt von 455 RM erhielt sie nun nur noch ein Ruhegehalt von 310 RM. Ihre Wohnung in der Jahnstraße konnte sie nicht mehr halten, und sie zog in eine kleinere im Dammerstock um.¹¹

Elisabeth Großwendt weigerte sich auch in den folgenden Jahren standhaft, den nationalsozialistischen Apparat in irgendeiner Weise zu unterstützen. Im März 1934 erklärte sie dem *Winterhilfswerk*, daß sie infolge ihrer Zuruhesetzung die Zahlung des bisher gespendeten Beitrags einstelle, da sie mit den ihr verbleibenden Mitteln andere bedürftige Personen unterstützen werde: „*Dabei stehen mir nach der Lage der Verhältnisse bedürftige Frauen am nächsten.*“ Und 1937 erwiderte

sie auf eine Aufforderung, der NSV beizutreten, daß sie kein Interesse daran habe, „... Volkswohlfahrt mittels der Partei auszuüben.“¹² Eine solch klare Absage an die nationalsozialistische (Wohlfahrts-)Politik war durchaus mutig. Die Tatsache, daß diese Äußerungen in Elisabeth Großwendts Personalakte gelangten, zeigt, daß ihr Handeln auch nach der Entlassung überwacht wurde.

1945, nach Beendigung des Krieges und der nationalsozialistischen Herrschaft, war diese unangepaßte Frau sofort zur Stelle, um am demokratischen Neuaufbau mitzuwirken. Im Juni bot sie dem städtischen Fürsorgeamt wieder ihre Mitarbeit an. Eben jener Dr. Franz Fichtl, der 1933 Großwendts „*nationale Zuverlässigkeit*“ aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Staatspartei bezweifelt hatte, der über die ganze Zeit des Nationalsozialismus Direktor des Fürsorgeamtes gewesen und noch immer im Amt war, behauptete nun: „*Die Verwaltungsoberinspektorin Großwendt ist bekanntlich nicht entlassen, sondern zur Ruhe gesetzt worden. Grund hierfür war nicht ihre Zugehörigkeit zur demokratischen Partei, sondern ihre Leistungen.*“¹³ Leider schloß sich auch der von den Franzosen kommissarisch eingesetzte Karlsruher Oberbürgermeister dieser Auffassung an und lehnte eine Wiedereinstellung endgültig ab. Während Elisabeth Großwendt erleben mußte, wie ihre politische Haltung und ihre beruflichen Leistungen abqualifiziert wurden, setzte sich die Verwaltung für eine Rehabilitierung des im März 1946 zunächst auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung aus dem städtischen Dienst entlassenen Dr. Fichtl ein. Noch wenige Monate vor seiner Zurruesetzung wurde er erneut zum Leiter der städtischen Wohlfahrtsverwaltung berufen, dies wohl vor allem, um seine Pension zu sichern.¹⁴

Doch trotz dieser ungeheuerlichen Vorgänge blieben Elisabeth Großwendts Engagement und ihr Wille, die Beteiligung der Frauen am Aufbau des neuen Staatswesens einzufordern, offensichtlich ungebrochen. Sie wurde im Frühjahr 1946 Redakteurin der BNN, verantwortlich für Jugend- und Frauenfragen.¹⁵ Bereits in der ersten Ausgabe der neuen Tageszeitung vom 1. März 1946 eröffnete sie eine Rubrik *„Die Frau hat das Wort“* mit einem Leitartikel *„Die Macht der Frau“*. Sie appellierte an die Verantwortung der Frau als *„Trägerin des Lebens“* für die Friedenssicherung und den Aufbau eines demokratischen Staates. Ihre zahlenmäßige Überlegenheit lege den Frauen große Macht in die Hand.¹⁶ In ihrer Argumentation folgte Großwendt ganz den Vorstellungen der alten bürgerlichen Frauenbewegung. Das *„weibliche Wesen“* sollte über die Familie hinaus in der Gesellschaft wirken und dadurch Aufwertung und politische Anerkennung erfahren. Als Redakteurin der BNN versuchte sie, den Frauen eine vom Nationalsozialismus nicht besetzte politische Tradition zu vermitteln. So sorgte sie 1946/47 für eine Artikelserie über die Geschichte der Frauenbewegung. Aber sie war auch für neue Ideen offen. Im Dezember 1948 propagierte sie beispielsweise die Einrichtung von Wohngemeinschaftshäusern, um die Situation der vielen in Folge des Krieges alleinlebenden Frauen mit und ohne Kinder zu verbessern. Die Idee war, ein *„Großwohnhaus (in der Art des 'Laubenhauses' im Karlsruher Dammerstock)“* mit verschiedenen Gemeinschaftseinrichtungen zu bauen. Gedacht war an *„größere Gemeinschaftsräume für Kinder verschiedenen Alters“*, wo diese professionell betreut werden sollten, eine Art Kantine für die Versorgung berufstätiger Mütter und deren Kinder, Nähstuben, ein Gemeinschaftshaus sowie Verkaufsläden in unmittelbarer Nähe.¹⁷ Ein solches Projekt wurde jedoch nie realisiert.

Elisabeth Großwendt ist es zu verdanken, daß die BNN in den ersten Jahren ihrer Existenz auch zu einem Diskussionsforum für weibliche Emanzipationsbestrebungen wurde. Doch ihr (frauen-)politisches Engagement erschöpfte sich nicht in der journalistischen Arbeit. Sie wurde wieder Mitglied der im Oktober 1945 gegründeten Demokratischen Partei, der späteren FDP, und nahm dort die Funktion der Schriftleiterin wahr.¹⁸ Ihre Kandidatur für diese Partei zum Gemeinderat war leider nicht erfolgreich, dennoch suchte sie als Mitglied des städtischen Fürsorgeausschuß Einfluß auf die kommunale Sozialpolitik zu nehmen.¹⁹ Eine Vertretung ihrer Partei im Ausschuß zur Entnazifizierung nahm sie jedoch nicht wahr.²⁰ Möglicherweise hatten sie die Vorgänge um ihre eigene Person und den Amtsleiter Dr. Fichtl am Sinn dieser Institution zweifeln lassen.

Wir wissen wenig über Großwendts Arbeit innerhalb der demokratischen Partei. Wie schon in der Weimarer Republik hat sie sicher die Tatsache, daß sich in dieser Partei traditionell die führenden Frauen der bürgerlichen Frauenbewegung organisierten, zu einem Wiedereintritt bewogen. Schließlich gehörte zu den Karlsruher Gründungsmitgliedern auch die ihr befreundete Luise Riegger (s. S. 93). Doch die Frage der politischen Partizipation von Frauen stand in jenen Monaten keineswegs auf der Tagesordnung der Parteien. Diese Erfahrung mag Großwendt mit bewogen haben, sich an der Schaffung eines Forums für die Interessen von Frauen über Parteigrenzen hinweg zu beteiligen. Im Frühsommer 1946 fanden sich auf Anregung Luise Rieggers ca. 15 Frauen zusammen, um zu beraten, in welcher Form die durch den Nationalsozialismus zerschlagene Frauenbewegung wiederbelebt werden könne, und

wie die Frauen im neu aufzubauenden Staat Einfluß gewinnen könnten.²¹ Die offizielle Gründung der überparteilichen *Karlsruher Frauengruppe* fand am 17. Oktober 1946 im großen Sitzungssaal der Postdirektion am Ettlinger-Tor-Platz statt. Großwendt veröffentlichte den Gründungsaufwurf in den BNN. Dort hieß es, die Gruppe wolle erreichen, daß „... die Frauen über die Familie hinaus gehört werden“ und die Männer zu der Einsicht gelangen, „... daß die Frau die selbstverständliche, notwendige, gleichberechtigte Mitarbeiterin“ beim Aufbau des Gemeinwesens sei.²³ Die *Karlsruher Frauengruppe* entfaltete in den ersten Nachkriegsjahren ein breites Spektrum politischer, sozialer und kultureller Aktivitäten. Angesichts der Notsituation der ersten Nachkriegszeit, des Nahrungs- und Wohnungsmangels, der großen Zahl auf sich alleine gestellter Frauen, wollte die Gruppe auch eine Anlaufstelle für ratsuchende Frauen sein, um sich dann durch Intervention bei den entsprechenden Behörden um Abhilfe zu bemühen. Elisabeth Großwendt hielt zu diesem Zweck einmal wöchentlich in den Räumen der „*Frauenschriftleitung*“ der BNN eine Sprechstunde der Frauengruppe ab.²⁴

Mit der Pensionierung Elisabeth Großwendt im Dezember 1949 wandelte sich die Berichterstattung der BNN zu Frauenfragen vom Forum für eine emanzipative Frauenpolitik zur Propagierung eines restaurativen Frauenbildes, ganz im Sinne der gesamtgesellschaftlich einsetzenden Restauration. Sicher folgte dieser Wandel einer allgemeinen historischen Entwicklung. Dennoch wird an der journalistischen Tätigkeit Großwendts in den ersten Nachkriegsjahren deutlich, was sich verändern kann, wenn politisch bewußte Frauen in einflußreiche, die öffentliche Meinung bestimmende Positionen gelangen.

Der Ruhestand bedeutete für Elisabeth Großwendt keinen völligen Rückzug aus dem politischen Leben. Sie war weiterhin in der Karlsruher Frauengruppe, die später im *Deutschen Frauenring* aufging, sowie in der Frauengruppe der FDP aktiv. Anlässlich ihres 75. Geburtstages bemerkte sie, sie mache sich noch immer ehrenamtlich nützlich.²⁵ Daneben malte sie, modellierte und fertigte Bilderbücher für Kinder. Martha Schwarz, die Elisabeth Großwendt in jenen Jahren kennenlernte und zeitweise im selben Haus wohnte, schildert in ihrer Erzählung „Die Stimme“ eindrucksvoll ihre Begegnung mit dieser außergewöhnlichen Frau: „... obwohl alle Einzelheiten dieses Gesichts ebenmäßig und in ihrem Gesamtbild so wirkungsvoll waren, niemand wäre auf den Gedanken gekommen, sie schön zu nennen [...] sie ließ sich einfach nicht einordnen in diese Beurteilungsweise.“ Am markantesten war jedoch ihre Stimme, „... in der sich mitteilte, was sie war – ein Mensch wie ein Baum ...“²⁶ Der Gedanke an Krankheit und Leiden waren mit dieser starken Frau nicht zu verbinden. Doch Elisabeth Großwendt verstarb am 16. Februar 1960 an den Folgen einer schweren Krankheit in Brettach, nahe Heilbronn, im Hause einer Freundin. Würdigten die BNN sie in ihrem Nachruf noch als eine der „bekanntesten und profiliertesten Frauen“ Karlsruhes,²⁷ geriet sie in den folgenden Jahrzehnten fast in Vergessenheit. Erst im Rahmen der Arbeiten zur Karlsruher Frauengeschichte erhielten Leben und Wirken dieser „weiblichen Bahnbrecherin“²⁸ ihren Platz in der Stadtgeschichte.

¹ BNN 25. 5. 1946.

² Auch im Folgenden BNN 6.1.1948.

³ Vgl. StAK 1/H.-Reg./2896.

⁴ Vgl. auch im Folgenden StAK 1/POA 1/1011.

⁵ Auch im Folgenden StAK 1/POA 1/1011: Bewerbungsschreiben vom 19. November 1919.

⁶ Zur Tätigkeit Elisabeth Großwendts im Karlsruher Jugendamt vgl. Susanne Asche, Barbara Guttman, Olivia Hochstrasser, Sigrid Schambach, Lisa Sterr: *Karlsruher Frauen 1715-1945. Eine Stadtgeschichte*. Karlsruhe 1992 (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd.15), S. 307-310.

⁷ StAK 1/POA 1/1011.

⁸ Vgl. Archiv Deutscher Akademikerinnenbund Karlsruhe, Fasz.1, 1927-1933.

⁹ StAK 1/POA 1/1011: Dr. Franz Fichtl an den Bürgermeister, 14. Juli 1933. Vgl. hierzu auch S. Asche u. a. (wie Anm. 6), S. 327 ff.

¹⁰ Vgl. auch im Folgenden StAK 1/POA 1/1011.

¹¹ Vgl. 1/POA 1/1011; schriftliche Auskunft Georg Himmelheber, München, vom 9. 4. 1996 sowie Adreßbuch der Stadt Karlsruhe 1932/33 ff.

¹² 1/POA 1/1011.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Vgl. StAK 1/POA 1/2828 und Protokoll der Stadtrats-Sitzung vom 27. November 1951. Interessanterweise setzt die Personalakte Fichtls erst 1947 ein. Über seine Amtszeit 1933-1945 sind keinerlei Unterlagen erhalten.

¹⁵ Ihre Artikel zeichnete sie, wenn nicht mit dem ganzen Namen, mit den Kürzeln Elgro., E. G., Eg., oder E. Gw.

¹⁶ BNN 1.3.1946.

¹⁷ BNN 4.12.1948.

¹⁸ Vgl. StAK 1/H.-Reg./A 853.

¹⁹ Vgl. StAK 1/H.-Reg./2827.

²⁰ Vgl. StAK 1/Bez. Verw. Amt/100.

²¹ Vgl. StAK 8/StS 13/824: Ansprache Kathinka Himmelheber vor dem Karlsruher Lyceumclub, Sommer 1951.

²² Die Geschichte der *Karlsruher Frauengruppe* wird eine ausführliche Darstellung in der von der Autorin verfaßten Studie über die politische Partizipation Karlsruher Frauen in der Nachkriegszeit finden, die voraussichtlich 1999 in der Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe erscheinen wird.

²³ Auch im Folgenden BNN 12.10.1946.

²⁴ Vgl. BNN 8.1.1948.

²⁵ StAK 7/NI Riegger/64 und StAK 1/POA 1/2828.

²⁶ Marta Schwarz: *Die Stimme. Erzählungen und Gedichte*. Eggingen 1994, S. 17 f.

²⁷ BNN 19.2.1960.

²⁸ Ebenda.



Gertrud Hammann

Im Grunde sind es doch die Verbindungen mit den Menschen, die man als 'Höhepunkte des Lebens' bezeichnen kann.¹

Gertrud Hammann kehrte 1949 als Landesfürsorgerin beim Evangelischen Oberkirchenrat in ihre Geburtsstadt Karlsruhe zurück. 1955 übernahm sie die Geschäftsführung des Frauenwerkes der Evangelischen Landeskirche in Baden. In dieser Funktion prägte und gestaltete sie insbesondere die sozialen und gesellschaftsorientierten Arbeitszweige der Frauenarbeit. Das Kriegsende hatte sie 1945 in Montpellier erlebt. Von der nationalsozialistischen Rassepolitik außer Landes getrieben, verbrachte sie zehn Jahre ihres Lebens in Frankreich. Die Tatsache, einen jüdischen Vater zu haben, hatte ihr das Leben in Deutschland unmöglich gemacht.

Gertrud Hammann wurde am 28. Februar 1910 in Karlsruhe geboren. Eine Eheschließung ihrer evangelischen Mutter Philippine Hammann, die von Beruf Modistin war, mit ihrem Vater Hugo Friedmann, dem Inhaber einer Heizungs- und Installationsfirma in Mannheim, war nicht möglich, da dieser einer streng orthodoxen jüdischen Familie entstammte. Im Alter von 13 Monaten kam Gertrud Hammann zu einer Pflegefamilie nach Heidelberg und „... fand in diesem harmonischen Familienkreis für immer ein Heim.“² Nach dem Abschluß der Volksschule und ihrer Konfirmation 1924 unternahm sie einen Versuch der Annäherung an ihre leibliche Mutter, der jedoch fehlschlug. Philippine Hammann hatte sich inzwischen in Bremen als Modistin selbständig gemacht. Die Tochter zog zu

ihr und besuchte die Haushaltungsschule. Mutter und Tochter fanden keinen Weg zueinander, und Gertrud Hammann ging als Haustochter in ein evangelisches Pfarrhaus. 1929 kam sie dann nach Mannheim an das Mutterhaus für evangelische Kinderschwestern und Gemeindepflege, wo sie 1931 ihr Kindergärtnerinnen-Examen ablegte. Nach einer kurzen Probezeit in einem Landkindergarten an der Bergstraße übernahm sie am 3. November 1932 die Leitung des Gemeindekindergartens in Neumühl bei Kehl.

Als 1933 die Nationalsozialisten die Macht übernahmen, gehörte Gertrud Hammann, die sich bis dahin wenig um Politik gekümmert hatte, nicht zu deren Gegnern. Die sozialen Versprechungen der neuen Machthaber – Beseitigung von Inflation und Arbeitslosigkeit, Unterstützung kinderreicher Familien – fand sie durchaus begrüßenswert. Doch die verstärkt einsetzende antisemitische Propaganda setzte bei Gertrud Hammann eine Auseinandersetzung mit ihrer jüdischen Herkunft, aber auch mit Antisemitismen der christlichen Kirche in Gang. Später schrieb sie über jene Zeit: *„Dazu [zu dieser Auseinandersetzung] trugen NS-Zeitungen und Schriften bei, die mich lehrten, was das jüdische Volk für ein abscheuungswürdiges Volk, minderwertig und betrügerisch, sei. So manche freie Stunde und Sonntage verbrachte ich damit, die verzerrten Auslegungen der jüdischen Geschichte im AT [Alten Testament] diesen Zeitungen zu entnehmen. Ich war derart betroffen, daß ich selber glaubte, zugeben zu müssen, daß es eine Strafe Gottes ist, zu dieser Rasse zu gehören. Was mich aber über lange Zeit hinaus noch mehr bedrückte, war, daß ich als getaufter Christ, in meiner Kindheit, in den Jugendjahren, in der evangelischen Jugendbewegung gestanden, soviel von Gottes Güte*

und Allmacht gehört und gelesen habe, von dem Herrn, der alle Menschen annimmt, [...] wie konnte mich die vorgenannte Lektüre für einige Zeit so umwerfen! Ja, es ging soweit, daß ich jede Predigt im Gottesdienst abtastete, ob nicht auch im kirchlichen Raum der Jude als Mensch abgewertet wird.“³

In Neumühl war Gertrud Hammanns jüdische Herkunft nicht bekannt, und so konnte sie zunächst ihre Arbeit im Kindergarten und mit der evangelischen Jugend unbehelligt und von der Gemeinde allseits geschätzt fortsetzen. Als Anfang 1934 das Evangelische Jugendwerk in die Hitlerjugend überführt wurde, beschloß man in Neumühl, als *Singkreis* im Rahmen der örtlichen Kirchengemeinde weiterzumachen. So war es dann ihre Tätigkeit als evangelische Jugendleiterin und nicht ihre Herkunft, die Gertrud Hammann zuerst in Konflikt mit dem nationalsozialistischen Staat brachte. Nach einer Wanderung des *Singkreises* auf die Hornisgrinde, wo unter ihrer Mitwirkung ein Gottesdienst gefeiert wurde, wurde Gertrud Hammann von der Gestapo zu einem Verhör vorgeladen. Den Vorwurf, staatsfeindliche Reden gehalten zu haben, konnte sie jedoch entkräften.

Eines Tages im Sommer 1937 teilte ihr dann der Bürgermeister, dem der Kindergarten unterstand, mit, daß sie sofort ihren Dienst zu beenden und den Kindergarten zu schließen habe. Die Anweisung hierzu war von der Kreisleitung in Kehl gekommen, da „*jüdisch versippte Leute zur Erziehung der deutschen Jugend nicht fähig seien.*“⁴ Damit wurde einem Erlaß des Reichserziehungsministers vom 2. Juli 1937 entsprochen, der die Beschäftigung von Juden und „*jüdischen Mischlingen*“ im Erziehungsbereich verbot.⁵ Gertrud Hammann muß denunziert

worden sein, denn ihre Vormundschaftsakten waren im Februar 1919 vernichtet worden, und die später weitergeführten Akten erhielten keinerlei Hinweis auf ihren Vater und somit auf ihre jüdische Herkunft.⁶ In der Gemeinde Neumühl ließ man die beliebte Kinderschwester keineswegs gerne ziehen. Sie wurde im geschmückten Landauer an die Bahn gebracht und Bürgermeister Jakob Gilg sandte ihr einen Brief nach, in dem er seine ablehnende Haltung zu ihrer Entlassung, die er auf Anweisung der Kreisleitung hatte vollziehen müssen, verschlüsselt zu übermitteln suchte. Ganz offen versicherte er jedoch, daß „*die gesamte Einwohnerschaft*“ ihren Wegzug „*recht schmerzlich*“ bedauere, und er dankte ihr nochmals für ihre Arbeit „*zum Wohle der Gemeinde*“.⁷ Die Solidarität eines großen Teils der Einwohnerschaft Neumühls mit ihrer entlassenen Kindergärtnerin demonstrierten vier Wochen später die Frauen der Gemeinde. Der Frauenverein nutzte seinen Jahresausflug, um Gertrud Hammann zu besuchen, die zunächst ins Schwesternhaus nach Mannheim zurückgekehrt und dort als „Büroschwester“ tätig war. Etwa fünfzig Neumühler Frauen machten gemeinsam mit ihr einen Ausflug zum Heidelberger Schloß, wo zur Erinnerung ein Gruppenfoto angefertigt und ihr zum Abschluß ein Geschenk überreicht wurde. Doch auch hier war offensichtlich wieder Denunziation im Spiel. Kurze Zeit später wurde Gertrud Hammann erneut zu einem Verhör bei der Gestapo vorgeladen und in der nationalsozialistischen Zeitung *Der Stürmer* erschien das am Heidelberger Schloß gefertigte Foto mit der Unterschrift: „*Artvergessene deutsche Weiber besuchen eine Jüdin und lassen sich mit ihr fotografieren.*“⁸ Unter der Überschrift „*Ein sonderbarer Frauenverein*“ wurde das Handeln der Neumühler Frauen angeprangert. Während die Nationalsozialisten des

Ortes sich freuten, daß nach der Entlassung Gertrud Hammanns „... endlich der Weg für eine N.S.-Kindergärtnerin frei war“, seien die Frauen des Neumühler Frauenvereins „(der dem Roten Kreuz angeschlossen ist)“ schwer gekränkt: „Unter reichlichem Tränenfluß wurde die Jüdin von den Vorstandsfrauen zur Bahn geleitet. Das unglaublichste aber kommt noch. Diese sonderbaren deutschen Frauen boykottieren heute die N.S.-Kindergärtnerin, wo sie nur können. ... und jeder Kinderschüler bekommt das Bild der Jüdin geschickt.“⁹ Hiermit ist uns durch den Stürmer der Versuch einer Ortsgruppe des *Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz* überliefert, der national-sozialistischen Politik etwas entgegenzusetzen. Am 9. Dezember 1937 wurde der *Badische Landesfrauenverein vom Roten Kreuz* mit dem *Reichsgesetz über das DRK* offiziell aufgelöst.¹⁰ Von dieser Stelle aus läßt sich nicht sagen, welchen Weg die Neumühler Frauen nach dem Verbot gingen, sicher ist jedoch, daß Gertrud Hammann weiterhin Unterstützung aus Neumühl erhielt.

Zunächst begann sie, „von den Nürnberger Rassegesetzen zum Lehramt und Erziehung unfähig erklärt“,¹¹ beim Hessischen Diakonieverein in Darmstadt eine Ausbildung zur Krankenschwester. Ein ärztliches Gutachten des Gesundheitsamtes Mannheim über die Befähigung Gertrud Hammanns zur Aufnahme dieser Ausbildung belegt, in welchem Maß die Menschen in Deutschland vom nationalsozialistischen Rassenwahn ergriffen waren. Der zuständige Amtsarzt vermerkte auf die Frage, ob die Betreffende zum Beruf einer Schwester oder Fürsorgerin geeignet sei: „gesundheitlich ja, doch sieht sie sehr jüdisch aus.“¹² In Darmstadt erhielt sie fast wöchentlich Besuche von der Gestapo, woraufhin sich die anderen Schwestern

von ihr distanzierten. Die Oberin eröffnete ihr schließlich, daß Dozenten und Ärzte sie aus politischen Gründen für unzumutbar hielten. Sie brach die Ausbildung ab. Doch was sollte sie weiterhin tun, wie ihre Existenz sichern? Eine Arbeit in Fabrik oder Büro aufzunehmen, war ebenfalls nicht möglich, da ihr die *Deutsche Arbeitsfront* die dafür notwendige Mitgliedschaft verweigerte.¹³ Der Neumühler Ortspfarrer Frischmann vermittelte ihr schließlich eine Aufenthaltsmöglichkeit im Haus Bethesda, einem Kurhaus im Besitz der Rüschtikonener Bruderschaft bei Badenweiler. Polizeilich nicht gemeldet, ohne offizielle Arbeitserlaubnis, konnte dies kein Aufenthaltsort von längerer Dauer sein. Hier erreichten sie die Briefe ihres Vaters, der in Mannheim selbst in eine immer bedrängtere Lage geriet und ihr deshalb nur gelegentlich eine geringe materielle Unterstützung zukommen lassen konnte. Er riet ihr dringend, nach Frankreich zu emigrieren: „*Also immer Gottvertrauen, es gibt einen Ausweg.*“¹⁴

Diesen Ausweg fanden die „*stets treugebliebenen Gemeindemitglieder in Neumühl.*“¹⁵ Sie vermittelten ihr den Kontakt zur Oberin des elsässischen Diakonissenmutterhauses von Bischwiller, die ihr einen Eintritt in die Schwesternschaft anbot. Gertrud Hammanns Ablehnung sollte sich als richtig erweisen, wurde doch Bischwiller im Jahr darauf von den Deutschen besetzt. Die Oberin vermittelte sie weiter an eine ihr bekannte elsässische Familie in Montpellier im Süden Frankreichs, wo sie sich als Hilfe der gelähmten Hausfrau sowie Erzieherin und Deutschlehrerin der beiden Söhne betätigte. Eine Aufenthaltsgenehmigung erhielt sie nur durch den Nachweis, keiner bezahlten Arbeit, sondern Studien nachzugehen. Die Familie konnte ihr auch nicht mehr als ein Taschengeld von monatlich

100 Francs geben. Alleine für die Aufenthaltsgenehmigung mußte sie jedoch schon 200 Fr. bezahlen, 125 Fr. für den Transport ihres Gepäcks. So begann sie ihre Zeit in Frankreich mit finanziellen Sorgen, die sie während ihres gesamten Aufenthaltes begleiten sollten. Dennoch empfand sie eine gewisse Erleichterung. *„Das war eine schreckliche Zeit vor meinem Hiersein, die dauernde Angst.“*, schrieb sie nach ihrer Ankunft im August 1938 an ihre Pflegefamilie nach Heidelberg.¹⁶ Zunächst hatte sie Schwierigkeiten, die Sprache zu verstehen, aber ihr Wille zu lernen, war groß. Im Oktober 1938 begann sie am Konservatorium von Montpellier Gesang zu studieren. Doch es war ihr nur eine kurze Atempause gegönnt.

Im Mai 1940 wurden mit Beginn des Frankreichfeldzuges die in Frankreich lebenden Deutschen, darunter viele Juden, interniert (s. S. 22). Gertrud Hammann kam zunächst in das Lager Lodère, von wo aus sie nach einigen Wochen in das Camp de Gurs verlegt wurde. Ende Oktober 1940 trafen neue Transporte in Gurs ein: die am 22. und 23. Oktober in Baden und der Pfalz verhafteten Juden.¹⁷ Zunächst fehlte es für die neuangekommenen Deportierten an Stroh und Medikamenten. Wenige Tage nach ihrer Ankunft brach im Lager eine Ruhrepidemie aus, an deren Folgen viele der ohnehin geschwächten Lagerinsassen starben. Gertrud Hammann kümmerte sich um die Kinder, deren Mütter dazu nicht mehr die Kraft hatten. Gespräche mit den Menschen im Lager halfen ihr, gegen die Verzweiflung anzukämpfen, doch empfand sie als Christin jüdischer Herkunft auch immer wieder eine tiefe Einsamkeit: *„Es waren fast alles jüdische Frauen, die am Freitagabend zu Sabbatbeginn ihre mitgebrachten Lichter anzündeten und ihre Gebete verrichteten. Damals waren wir noch weit davon entfernt, gemeinsam Psalmen in deutscher*

*Sprache zu beten. So war ich auch hier als evangelischer Christ nicht an- und aufgenommen.*¹⁸ Im Dezember 1940 gelang es ihr schließlich, das Lager zu verlassen. Der Leiter des Konservatoriums von Montpellier, der Kommunist war, bürgte für sie.

Nach Wiederherstellung ihrer Gesundheit, die im Lager von Gurs gelitten hatte, nahm sie ihre Studien am Konservatorium wieder auf. Daneben begann sie an einem der Universität Montpellier angeschlossenen Institut für Ausländer Französisch zu lernen. Im April 1941 nahm sie eine Stelle als Gouvernante in der nahe gelegenen Hafenstadt Sète an, doch hatte sie dort keine Möglichkeit zu studieren und kehrte deshalb bald wieder nach Montpellier zurück. *„Mein Ziel war von nun an soviel als möglich zu lernen, um bereit zu sein, als Lehrerin in der deutschen Jugend zu arbeiten.“*¹⁹ Neben der existenzsichernden Arbeit als Haushaltshilfe bereitete sie sich auf das Examen an der Fakultät für Ausländer vor, das zum Eintritt in die Universität berechtigte. In den folgenden Jahren erwarb sie an der Fakultät für Literatur ein Diplom, das zum Unterrichten in französischer Sprache und Kultur befähigte und legte eine Reihe weiterer Prüfungen in Sprache, Literatur und Philologie ab. Schließlich erhielt sie ein Stipendium der Universität. Auch am Konservatorium erwarb sie eine Reihe von Zertifikaten. Da sie kein Abitur hatte, war es ihr jedoch nicht möglich ein abschließendes Universitätsdiplom zu erlangen. Ihr Drang zu lernen, war jedoch ungebrochen und so nahm sie am psychologisch-pädagogischen Institut der Universität Studien in Erziehungswissenschaft auf. Vielleicht haben sie ihr Wissensdurst, ihre Lernbegierde über die Einsamkeit hinweggetröstet und ihr das Überleben gesichert.

Das Kriegsende erlebte Gertrud Hammann in Montpellier. Erleichtert, daß die ständige Gefahr endlich vorüber war, empfand sie doch nicht die überschäumende Freude wie ihre französischen Kommilitonen, denn sie fühlte zugleich eine Verbundenheit mit Deutschland, aus dem sie hatte fliehen müssen. So war sie ständig hin- und hergerissen zwischen den Welten, Christentum – Judentum, Deutschland – Frankreich, nirgendwo ganz zugehörig. „*Ich komme mir so entwurzelt vor.*“, schrieb sie im Juli 1946 aus Paris an ihre Familie nach Heidelberg.²⁰ Sie war bei Kriegsende in Frankreich geblieben, um ihre pädagogischen Studien abzuschließen und absolvierte in einem Pariser Erziehungsheim ein Praktikum.

1947 kehrte Gertrud Hammann nach Deutschland zurück. Ihre Hoffnungen, als Sprachlehrerin tätig sein zu können, zerschlugen sich, da man ihr hier das französische Diplom nicht anerkannte. Sie, die zehn Jahre in Frankreich gelernt und studiert hatte, erhielt dafür keine Anerkennung und mußte erneute Studien und Prüfungen absolvieren. Im Frühjahr 1948 legte sie an der Evangelischen Sozialen Frauenschule in Freiburg das Staatsexamen ab. Zunächst nahm sie eine Tätigkeit als Fürsorgerin des Hilfswerks der evangelischen Landeskirche Baden in Offenburg auf, wo sie Flüchtlinge und Vertriebene betreute.

Gertrud Hammann wurde zwar offiziell als Verfolgte des Naziregimes anerkannt, eine materielle Wiedergutmachung wurde ihr jedoch verweigert. Neun Jahre Auslandsaufenthalt in größter Unsicherheit und Armut, sieben Monate Internierung in Gurs, der Verlust von Möbelstücken und Sachwerten, die sie in Neumühl zurücklassen mußte sowie zehn Jahre ausgefallener

Versicherungsleistungen waren die – materielle – Bilanz, die das nationalsozialistische Regime in ihrem Leben hinterlassen hat. Der bundesrepublikanische Staat hielt es nicht für angebracht, ihr hierfür wenigstens eine geringe materielle Entschädigung zukommen zu lassen. Das Landesamt für Wiedergutmachung Karlsruhe bezog sich alleine auf die Internierung in Gurs, die doch nicht durch die Nationalsozialisten sondern von den französischen Behörden veranlaßt worden sei. Hier habe es sich um „... *kriegsbedingte französische Sicherheitsakte gegenüber einer feindlichen Ausländerin*“ gehandelt. „*Derartige Maßnahmen entsprechen rechtsstaatlichen Begriffen und völkerrechtlich anerkannten Gepflogenheiten.*“²¹ Sie hat darauf nicht mit Verbitterung oder Resignation reagiert. Ihre Lebensgeschichte hatte sie gelehrt, auf eigenen Füßen zu stehen, sich durchzusetzen und vorwärts zu gehen.

Im März 1949 kam Gertrud Hammann als Landesfürsorgerin beim Evangelischen Oberkirchenrat in Baden nach Karlsruhe. Hier nahm sie sich auch der Wiederbelebung der evangelischen Jugendverbandsarbeit an und engagierte sich insbesondere in der Jugendarbeit an der Lutherkirche. Im Februar 1955 übernahm sie schließlich die Geschäftsführung der Frauenarbeit in der evangelischen Landeskirche Badens, die sie bis zu ihrer Pensionierung im Oktober 1971 ausübte. Arbeitsweise und Strukturen der evangelischen Frauenarbeit sind bis heute ganz wesentlich von Gertrud Hammann geprägt. Sie führte hier als einziges Werk der Landeskirche eine Teamleitung ein. Zwei Frauen, eine Sozialarbeiterin und eine Theologin, verantworten gemeinsam die Geschäftsführung. Die Arbeit der Müttergenesung, bis heute stärkster Arbeitsbereich der evangelischen Frauenarbeit in Baden, wurde unter ihrer Leitung wesentlich

ausgebaut.²² 1956 initiierte sie die Gründung des „*Evangelischen Dorfhelferinnenwerkes*“. Besonders nahm sie sich der Frauen über 60 Jahren an und richtete für sie Erholungskuren ein. Neben diesen sozialen Arbeitsbereichen war ihr auch das Mitwirken der Frauen in Kirche und Gesellschaft ein Anliegen. Sie führte staatsbürgerliche Tagungen für Frauen sowie Schulungen für weibliche Kirchenälteste durch. Mütter-schulungen, Freizeiten für Berufstätige und kunstgeschichtliche Freizeiten in Frankreich waren Aktivitäten, denen sie sich auch nach ihrer Pensionierung weiterhin widmete. Die lebhafteste, selbstbewußte und durchsetzungsfähige Frau verstarb am 12. Juni 1990 in Karlsruhe.

¹ Gertrud Hammann zit. nach Doris Eck. Im Zuge der Forschungsarbeiten der Verf. zur politischen Partizipation von Frauen in Karlsruhe nach 1945 überließ Frau Eck freundlicherweise dem Stadtarchiv Karlsruhe Unterlagen aus dem Nachlaß von Gertrud Hammann sowie einen biographischen Abriß. Die folgenden Informationen wurden, soweit nicht ausdrücklich anderweitig gekennzeichnet, diesen Unterlagen entnommen.

² Handgeschriebener Lebenslauf aus dem NL Gertrud Hammann (s. Anm. 1).

³ Zit. n. Jörg Thierfelder: Leben in gefährlicher Zeit. Gertrud Hammann im Dritten Reich, in: Erziehen im Glauben. Bernhard Mauerer zum 60. Geburtstag. Karlsruhe 1989 (=Beiträge päd. Arbeit, Sonderbd.), S. 87-98, hier S. 88.

⁴ Lebenslauf (wie Anm. 2).

⁵ Vgl. Thierfelder (wie Anm. 3), S. 90.

⁶ Vgl. Schreiben des Amtsgerichtes Mannheim vom 10.6.1947 im NL Gertrud Hammann (wie Anm. 1).

⁷ Schreiben Jakob Gilg, Bürgermeister von Neumühl, vom 7.7.1937 im NL Gertrud Hammann (wie Anm. 1).

⁸ Auch im Folgenden *Der Stürmer*, Jg. 15 (1937), Nr. 40.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Vgl. Susanne Asche, Barbara Guttmann, Olivia Hochstrasser, Sigrid Schambach, Lisa Sterr: *Karlsruher Frauen 1715-1945. Eine Stadtgeschichte*. Karlsruhe 1992 (=Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bad. 15), S. 328-332.

¹¹ Lebenslauf (wie Anm. 2).

¹² Ärztliches Gutachten des Staatl. Gesundheitsamtes Mannheim vom 5. Oktober 1937 im NL Gertrud Hammann (wie Anm. 1).

¹³ Vgl. Schreiben der Deutschen Arbeitsfront vom 23.11.1937 im NL Gertrud Hammann (wie Anm. 1).

¹⁴ Schreiben Hugo Friedmanns vom 19.3.1938; des weiteren vom 26.1.; 28.2.; 7.4. und 9.4.1938 im NL Gertrud Hammann (wie Anm. 1). Ob Hugo Friedmann selbst flüchten konnte und den Nationalsozialismus überlebte, war leider nicht mehr in Erfahrung zu bringen.

¹⁵ Lebenslauf (wie Anm. 2).

¹⁶ Schreiben Gertrud Hammanns vom 16.8.1938 im NL Gertrud Hammann (wie Anm. 1).

¹⁷ Vgl. Gurs gestern – Gurs heute. Dokumentation Jugendworkcamp Gurs 1996. Hrsg. v. Stadtjugendausschuß Karlsruhe. Karlsruhe 1997.

¹⁸ Gertrud Hammann, zit. n. J. Thierfelder (wie Anm. 3), S. 96.

¹⁹ Lebenslauf (wie Anm. 2).

²⁰ Schreiben Gertrud Hammanns vom 22.7.1946 im NL Gertrud Hammann (wie Anm. 1).

²¹ Bescheid des Landesamtes für Wiedergutmachung Karlsruhe vom 27.7.1960 im NL Gertrud Hammann (wie Anm. 1).

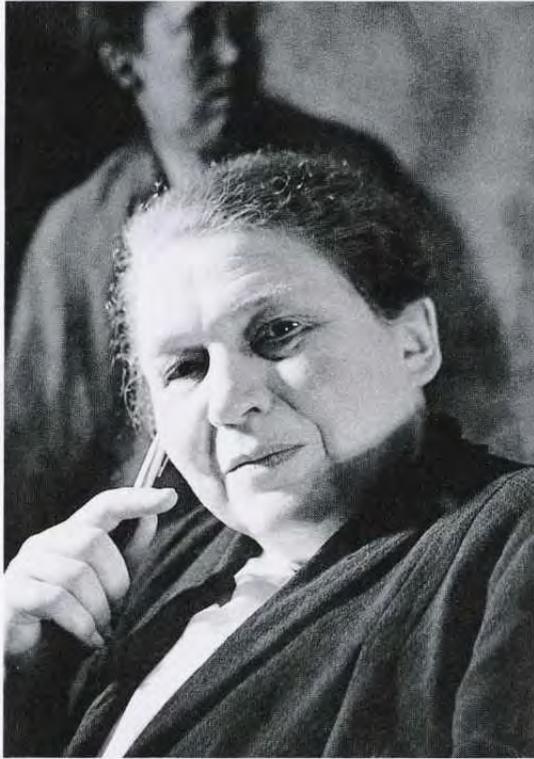
²² Vgl. auch im Folgenden 40 [Vierzig] Jahre evangelische Frauenarbeit in Baden 1916-1956. Ein Rechenschaftsbericht.

Kathinka Himmelheber

Vorwärtsgehen in die schwere Zukunft

Kathinka Himmelheber hatte im Frühjahr 1945 den festen Willen, am Neuaufbau mitzuarbeiten. *„Es sind so viele gute Kräfte da, es gibt so viele wertvolle, gescheite und tatkräftige Frauen, warum sollten sie keinen Einfluß gewinnen können?“*, schrieb sie an eine nach Israel emigrierte Freundin.¹ Es war ihr ein Anliegen, an die Tradition der deutschen Frauenbewegung vor 1933 anzuknüpfen und deren Programmatik den Erfordernissen der Gegenwart anzupassen. Sie wollte den Frauen Mut machen zum *„Vorwärtsgehen in die schwere Zukunft“*. So war es nur folgerichtig, daß sie 1946 zusammen mit anderen politisch aktiven Frauen wie Luise Riegger (s. S. 93) und Elisabeth Großwendt (s. S. 32) die *Karlsruher Frauengruppe* gründete, deren Erste Vorsitzende sie wurde.²

Kathinka Himmelheber war bereits in ihrer Jugend durch ein weltoffenes, demokratisch gesinntes Elternhaus geprägt worden. Sie wurde am 16. Mai 1898 als Tochter des Regierungsassessors Max Herrmann und seiner Ehefrau Marguerite Chevalley, einer französischen Schweizerin, in Karlsruhe geboren. Von 1905 bis 1917 besuchte sie die Viktoriaschule, ein privates „Töchter-Institut“. Wie etliche andere Frauen der Karlsruher Frauenbewegung absolvierte sie sodann das Lehrentseminar. Ihren eigentlichen Berufstraum verwirklichte sie jedoch nach dem Lehrerinnenexamen 1918 mit dem Eintritt als Anwärterin für den mittleren Bibliotheksdienst an der Technischen Hochschule. 1921 volontierte sie jeweils zwei Monate



an der Nationalbibliothek in Wien, der Universitätsbibliothek München und der Deutschen Bücherei Leipzig. Im Frühjahr 1926 heiratete Kathinka Herrmann den Architekten Bernhard Himmelheber. Er war ein Sohn eines der bekannten Möbelfabrikanten Gebrüder Himmelheber und übernahm später gemeinsam mit seinem Bruder diese Firma. Seine Mutter Luitgard Himmelheber war die Vorsitzende des Vereins *Frauenbildung – Frauenstudium* und gehörte 1919, als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), zu den ersten zehn weiblichen Stadtverordneten Karlsruhes.³ Kathinka Himmelheber schied nach ihrer Verheiratung aus dem Bibliotheksdienst aus. 1927 und 1929 gebar sie zwei Söhne.

In jenen Jahren verfolgte sie die politische Entwicklung in Deutschland mit Besorgnis. Da sie Hitlers *Mein Kampf* gelesen hatte, war sie sich über die Absichten der Nationalsozialisten nicht im Unklaren. Für sie war es durchaus vorhersehbar, daß die Nazis einen Krieg vom Zaun brechen würden. Ihr Sohn, Georg Himmelheber, erinnert sich, daß seine Eltern ihn und seinen Bruder, damals elf und neun Jahre alt, nach dem Novemberprogramm 1938 über das verbrecherische System und ihre innere Gegnerschaft dazu aufklärten.⁴ Kathinka Himmelheber erlebte den Abtransport einer ihrer besten Freundinnen, Else Kapp, und deren Mann nach Gurs. Else Kapp konnte jedoch später fliehen und nach Israel auswandern, von wo aus sie den Kontakt aufrecht erhielt.

Der Krieg brachte die Einberufung Bernhard Himmelhebers und die zeitweise Evakuierung Kathinka Himmelhebers und ihrer Söhne nach Tübingen. Bei einem Luftangriff am 3. September 1942 wurde die Möbelfabrik Himmelheber fast vollständig ver-

nichtet. Infolge des kriegsbedingten Personalmangels war Kathinka Himmelheber als Buchhalterin in die Firma eingetreten. Gegen Ende des Krieges, als beide Firmeninhaber zum Volkssturm eingezogen waren, führte sie die Geschäfte selbstständig weiter und brachte die Fabrik wieder in Gang.

Als Buchhalterin der Firma Gebr. Himmelheber und als Hausfrau und Mutter hatte Kathinka Himmelheber, wie die meisten Frauen, in jenen Monaten ein gewaltiges Arbeitspensum zu bewältigen. Dennoch war es ihr ein Anliegen, am demokratischen Neuaufbau mitzuwirken. Es war ihre Überzeugung, *„wenn Männer und Frauen gleichberechtigt und gemeinsam alle Fragen menschlichen Zusammenlebens zu lösen versuchen [...], dann ist es nicht nur freiwillige Aufgabe, sondern geradezu Pflicht aller Frauen, sich mit den Fragen des menschlichen Zusammenlebens, also mit Politik im weitesten Sinne, zu befassen.“*⁵ Im Frühsommer 1946 bereitete sie deshalb mit Luise Riegger, Elisabeth Großwendt und ca. zehn weiteren interessierten Frauen die Gründung einer überkonfessionellen und überparteilichen Frauenorganisation vor. Bei der Gründungsveranstaltung der Karlsruher Frauengruppe am 17. Oktober 1946 äußerte sie in ihrem Eröffnungsreferat die Überzeugung, *„... daß ein Fernbleiben vom öffentlichen Leben heute für die Frauen nicht mehr vertretbar ist.“*⁶

Solche überparteilichen Frauengruppen gründeten sich im Laufe der Jahre 1945/1946 in vielen deutschen Städten, zunächst unabhängig voneinander. Im April 1947 beschlossen dann bei einem Treffen in Heidelberg die in Nordbaden bestehenden Gruppen, sich zu einem Landesverband zusammenzuschließen. Es folgten bald überregionale Treffen. Kathinka

Himmelheber nahm für die *Karlsruher Frauengruppe* an sämtlichen wichtigen Frauenkongressen der ersten Nachkriegsjahre teil. Im Mai 1947 begegnete sie beim ersten interzonalen Frauentreffen in Bad Boll den bedeutenden Vertreterinnen der alten Frauenbewegung, Agnes von Zahn-Harnack, Marie Elisabeth Lüders und Dorothee von Velsen. Einen Monat später, im Juni 1947, kehrte sie tief beeindruckt vom Gründungskongreß des Frauenrings der britischen Besatzungszone in Bad Pyrmont zurück. Im Juli 1948 beteiligte sie sich an der Gründung der *Arbeitsgemeinschaft der überparteilichen Frauen-Organisationen in der U. S. Zone*. Dieser Dachverband sollte den Einfluß der Frauen in der Gesellschaft stärken und ihre Mitarbeit im öffentlichen Leben erleichtern. Zur Förderung des Friedensgedankens sollten internationale Kontakte mit Frauenorganisationen geknüpft werden. Kathinka Himmelheber war der Überzeugung, daß es „nach dem grauenhaften Morden in zwei Weltkriegen“ für die Frauen eine unbedingte Notwendigkeit geworden sei, dafür einzutreten, daß der Krieg als Mittel der Politik ausgeschaltet werde.⁷ Sie wurde in den Ausschuß *Völkerfrieden* der Arbeitsgemeinschaft gewählt.

Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland schlossen sich die verschiedenen überparteilichen Frauenorganisationen der drei Westzonen zum *Deutschen Frauenring* zusammen. Kathinka Himmelheber nahm für die Karlsruher Gruppe an der Gründungsversammlung vom 7. bis 10. Oktober 1949 in Bad Pyrmont teil. Die Frage der Friedenssicherung war ihr auch weiterhin ein wichtiges politisches Anliegen. Ihre Tätigkeit im Ausschuß *Völkerfrieden* sowie im *Deutschen Frauenring* brachte sie mit engagierten Kriegs- und Atomwaffengegnerinnen zusammen. Sie knüpfte Kontakte zu Dorothy Thompson von

der Organisation W.O.M.A.N (World Organisation of Mothers of All Nations) sowie mit der Physikerin Dr. Freda Wuesthoff, die die überparteiliche Frauenorganisation in der französischen Besetzungszone gegründet hatte und den überparteilichen Frauenring in Baden-Baden sowie dem gesamten Südbaden leitete⁸. Die indifferente Haltung, die jedoch viele der im Deutschen Frauenring organisierten Frauen der bürgerlichen Frauenbewegung in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung einnahmen, enttäuschte Kathinka Himmelheber. Sie zog sich zunehmend aus der Vorstandsarbeit der Frauengruppe zurück. Mit Freude und Engagement richtete sie in dieser Zeit jedoch innerhalb der Künstlerinnenvereinigung GEDOK in Karlsruhe die Abteilung *Kunstfreundinnen* ein.

In ihrer Jugend durch einen musikalischen Vater geprägt, wandte sie sich nach dem Tod ihres Ehemanns 1967 wieder vermehrt der Musik zu. Sie verfolgte die neuesten Entwicklungen der Musikkultur, besuchte regelmäßig die Donaueschinger Musiktage und pflegte Kontakte zu jungen Karlsruher Komponisten und Musikwissenschaftlern. Zeitgenossinnen ist sie als eine weltgewandte, kulturell bewanderte Dame in Erinnerung, in deren Haus namhafte Persönlichkeiten der Kunst- und Kulturszene verkehrten. Kathinka Himmelheber verstarb am 9. Dezember 1977 in Bad Bellingen.

¹ Auch im Folgenden Kathinka Himmelheber zur Gründung der Karlsruher Frauengruppe am 17. Oktober 1946, StAK 8/StS 13/823.

Im Zuge der Forschungsarbeiten d. Verf. zur politischen Partizipation von Frauen in Karlsruhe nach 1945 überließ Kathinka Himmelhebers Sohn Dr. Georg Himmelheber, München, freundlicherweise dem Stadtarchiv Karlsruhe Unterlagen aus dem Nachlaß seiner Mutter sowie einen biographischen Abriß. Die folgenden

Informationen wurden, soweit nicht ausdrücklich anderweitig gekennzeichnet, diesem entnommen.

² Die Geschichte der *Karlsruher Frauengruppe* wird eine ausführliche Darstellung in der von der Autorin verfaßten Studie über die politische Partizipation Karlsruher Frauen in der Nachkriegszeit finden, die voraussichtlich 1999 in der Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe erscheinen wird.

³ Vgl. Susanne Asche, Barbara Guttmann, Olivia Hochstrasser, Sigrid Schambach, Lisa Sterr: *Karlsruher Frauen 1715-1945. Eine Stadtgeschichte*. Karlsruhe 1992 (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bad. 15), S. 299.

⁴ StAK 8/StS 13/823.

⁵ Rede von Kathinka Himmelheber vor dem Karlsruher Lyceumclub, Sommer 1951. StAK 8/StS 13/824.

⁶ Auch im Folgenden ebenda.

⁷ Ebenda.

⁸ Vgl. *Die Welt der Frau*. Hrsg. v. Annemarie Weber. Stuttgart, Juli 1947 und März 1948.



Hanne Landgraf

„Man ist einfach gebraucht worden...“

Hanne Landgraf gehörte 1945 zu den „Frauen der ersten Stunde“, deren rasche Hilfe beim Wiederaufbau der städtischen Verwaltung nicht aktenkundig wurde, da sie ehrenamtlich erfolgte. Wenn wir einen Blick in die städtischen Akten jener Zeit werfen, so ist dort meist nur von Männern die Rede, die durch ihre sicher aufopferungsvolle, aber immerhin bezahlte Arbeit das zusammengebrochene städtische Gemeinwesen wieder in Gang brachten und somit das Überleben in den ersten Nachkriegswochen sicherten. Ohne die tatkräftige Unterstützung vieler Frauen wäre dies jedoch nicht möglich gewesen. Nach der Besetzung Karlsruhes durch die Franzosen wurde die Stadt in 16 Verwaltungsbezirke eingeteilt, die jeweils einem Bezirksvorsteher unterstellt waren. Verwaltungsleiter für den Bezirk Innenstadt-Ost wurde der Sozialdemokrat Karl Siebert, Hanne Landgrafs Vater.¹ Er bezog Anfang Mai² 1945 ein Büro im ehemaligen jüdischen Gemeindezentrum in der Kronenstraße. Hanne Landgraf half mit, die Räume in einen benutzbaren Zustand zu bringen und erledigte Schreibarbeiten.

„Es wurden KZ-Häftlinge und heimkehrende Soldaten betreut, Lebensmittelkarten ausgeteilt, Wohnungen vermittelt, Wohnungseinrichtungen und Kleider verteilt.“³ Viele Frauen wirkten in jenen Jahren des Aufbaus im Hintergrund, den Schritt in politische Entscheidungsgremien vollzogen jedoch die wenigsten. Zu ihnen gehörte Hanne Landgraf, die 1953 in den Stadtrat gewählt wurde. Sie selbst bemerkt dazu: *„Eigentlich kann ich*

*nichts dafür, daß ich in die Politik hineingeschliddert bin. Ich wurde in eine politische Familie hineingeboren.*⁴

Hanne Siebert wurde am 14. Oktober 1914 als erstes der insgesamt sechs Kinder des Schlossers Karl Siebert und seiner Frau Frieda geboren. Ihre Großeltern mütterlicherseits waren zur Zeit des Sozialistengesetzes aus Thüringen ausgewiesen worden. In der Karlsruher Südstadt fanden sie eine neue Heimat und bauten ein Haushaltswarengeschäft auf. Auch die Großeltern väterlicherseits waren Sozialisten. Die Eltern lernten sich im Arbeiterturnverein, den *Freien Turnern*, kennen. So wuchs Hanne mit ihren Geschwistern in einem von der sozialistischen Arbeiterbewegung geprägten Milieu auf.⁵ Als älteste war sie ihrer Mutter, die im großelterlichen Geschäft arbeitete, eine wichtige Stütze. Die Freizeit war knapp bemessen. Dennoch nahm der Arbeitersport im Leben der ganzen Familie, auch der Mutter, die beim ersten Frauenturnen aktiv mitwirkte, einen wichtigen Raum ein. Bereits im Alter von sechs Jahren turnte Hanne mit, später leitete sie selbst das Kinderturnen. 1931 übernahm die Familie Siebert die Kantine der *Freien Turner* und zog in den Hardtwald. 1929 hatte Hanne Siebert die Schule beendet, jedoch trotz guter Noten keine Lehrstelle gefunden. Sie arbeitete zunächst in verschiedenen Firmen als Aushilfskraft und belegte Kurse in Stenographie und Maschinenschreiben. Dies verhalf ihr schließlich zu einer Anstellung als Schreibkraft bei der Gewerkschaft.⁶

Die Auswirkungen des Verbots und der Verfolgung der Arbeiterbewegung nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 trafen die Familie Siebert empfindlich. Karl Siebert, der als Maschinenschlosser in der Hauptwerkstatt der

Reichsbahn arbeitete und stellvertretender Betriebsratsvorsitzender war, wurde mehrfach verhaftet und verlor seine Arbeit. Am 2. Mai 1933 besetzte die SA in ganz Deutschland Häuser und Betriebe der Freien Gewerkschaften. Hanne Siebert erlebte das in Karlsruhe: *„... es war furchtbar. Ich war die jüngste im ganzen Haus. Im ganzen Haus stand hinter jedem Stuhl ein SA-Mann, und dann solche dreckigen Rüpel!“*⁷ Im Juni erhielt sie ihre fristlose Entlassung wegen „politischer Unzuverlässigkeit“. Mit der Arbeitslosigkeit des Vaters und der ältesten Tochter war der Familie Siebert die materielle Existenzgrundlage genommen. Die Situation verschlimmerte sich noch, als im Zuge der „Gleichschaltung“ der Sportvereine die SA Sportplatz und Kantine der *Freien Turner* im Hardtwald beschlagnahmte und die achtköpfige Familie auch ihre Wohnung verlor. Einer der Turner wußte in allerletzter Minute Abhilfe, und man fand eine Wohnung in der Durlacher Straße. Es war eine schwierige Zeit, in der Hanne Siebert am eigenen Leib erfuhr, was Arbeitslosigkeit bedeutet: *„Da verarmt eine Familie bis auf die Knochen.“*⁸ Einen Mantel teilte sich ihre Mutter mit ihr und ihrer jüngeren Schwester. Die Findigkeit der Mutter, das im eigenen Garten angebaute Gemüse, die im Wald gesammelten Beeren und Pilze halfen, zu überleben. Trotz ständiger Bspitzelungen hielt das Netz der sozialdemokratischen Kontakte. Die Genossen besuchten sich weiterhin gegenseitig, führten politische Gespräche und unternahmen an den Wochenenden gemeinsame Ausflüge.

1936 fand Hanne Siebert schließlich eine Anstellung als Sekretärin beim Dentaldepot Emil Huber, wo sie bis zum Kriegsende arbeitete. Im Juli 1942 heiratete sie Rolf Landgraf, der seit 1939 als Soldat eingezogen war und erst 1948 aus der

Gefangenschaft zurückkehren sollte. Bei Kriegsende war sie schwanger und gebar Ende Juli 1945 eine Tochter. Zu diesem Zeitpunkt war sie bereits als Hilfe ihres Vaters bei der Bezirksverwaltungsstelle Innenstadt-Ost in der Kronenstraße tätig. „*Ich habe zu meinem Vater gesagt, daß ich eigentlich einmal frei haben müßte, andere Mütter bekämen Wöchnerinnenzeit. Ich bin jeden Tag mit in die Kronenstraße gegangen*“, erinnert sie sich.⁹ Die rasch mit dem Fahrrad herbeigeholte Hebamme Reifenberg und ein gerade wieder aus der Gefangenschaft zurückgekehrter Arzt standen ihr bei der Geburt bei. Da sie im selben Haus wie die Eltern wohnte und ihre Mutter das Kind versorgte, war es Hanne Landgraf möglich, weiterhin beim Aufbau der Stadt mitzuarbeiten. Motiviert hierzu haben sie die Erfahrungen von Not und Verfolgung, aber auch die Zugehörigkeit zu einem sozialdemokratisch geprägten Umfeld, in dem es selbstverständlich war, sich gesellschaftlich zu betätigen, um die Lage der arbeitenden Menschen zu verbessern.

Eines Tages kam Kunigunde Fischer, vor 1933 Stadtverordnete, Mitglied des badischen Landtags und Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Karlsruhe (s. S. 16), mit zwei anderen Frauen zum SPD-Mann und Bezirksverwalter Siebert, um die Wiedergründung der Arbeiterwohlfahrt (AWO) zu besprechen. Diese erfolgte im Februar 1946, zunächst, entsprechend dem Verlangen der Militärregierung, unter dem Namen *Sozialistische Volkswohlfahrt*. Den Vorsitz übernahm Karl Siebert, Fischer wurde zweite Vorsitzende. Hanne Landgraf, die zur ersten Versammlung gegangen war, ohne eine aktive Beteiligung im Sinn zu haben, wurde zur Kassiererin gewählt. 25 Jahre blieb sie ehrenamtliche Hauptkassiererin der AWO. Daneben war sie

Helferin, ab 1948 verantwortliche Organisatorin der Kindererholung im Waldheim, wo bis zu 500 durch Krieg und Hunger geschwächte Kinder zu betreuen waren. Bis Oktober 1949 leitete sie des weiteren die Ausgabestelle des Liebesgabendienstes Colis-Suisse des Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes Zürich, eine Schwesterorganisation der AWO.

Im März 1946 trat Hanne Landgraf in die SPD ein. *„Ich habe dabei nie daran gedacht, in die Politik zu gehen“*, sagt sie selbst.¹⁰ Doch sie wurde gleich 1946/47 Mitglied des neu konstituierten städtischen Jugendwohlfahrts- und des Schulausschusses. *„Die SPD hat gesagt, daß ich das machen kann, weil ich ja sowieso bei der AWO war.“*¹¹ Und da sie schon als Vertreterin in einem städtischen Gremium saß, beschloß die SPD 1947 ihre Kandidatur zum Stadtrat. *„Sie wollten für die Liste noch eine Frau.“*¹² Auf Platz 23 hatte sie jedoch wenig Chancen, gewählt zu werden. Dies kam ihr entgegen, denn sie wollte sich lieber auf ihre Tätigkeit bei der AWO konzentrieren. *„1953 konnte ich dann nicht mehr kneifen.“*, erinnert sie sich.¹³ Inzwischen hatte sie durch ihre AWO-Tätigkeit in der Stadt einen solchen Bekanntheitsgrad erreicht, daß sie auf Anhieb gewählt wurde.¹⁴ Auch im Gemeinderat galt ihr besonderer Einsatz sozialen Fragen. Einen ihrer ersten erfolgreichen Kämpfe focht sie hier um Zuschüsse für Kindergärten. Als Kassiererin der AWO wußte sie, welch großen Prozentsatz ihres Gesamtbudgets die Führung der Kindertagesstätte verschlang. Es war kein Geld da zur Eröffnung neuer Kindergärten, die dringend gebraucht wurden, da viele Frauen infolge des Krieges Witwen geworden waren und erwerbstätig sein mußten. Hanne Landgraf forderte, daß die AWO, deren Vermögen ja von den Nazis enteignet worden war, bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben von der Stadt

finanziell unterstützt werden solle. Sie erinnert sich, daß ihr Parteigenosse und späterer Oberbürgermeister Günter Klotz die Meinung vertreten habe, die Kinder sollten lieber ihren Müttern am Rockzipfel hängen, statt in den Kindergarten fortgegeben zu werden. Hanne Landgraf insistierte aber auf der sozialpädagogischen Aufgabe der Kindergärten und erreichte schließlich, daß sämtliche Wohlfahrtsorganisationen, die Kindergärten betrieben, hierfür städtische Zuschüsse erhielten. Dieser Erfolg war für sie eine sehr wichtige Erfahrung, bestätigte er doch, daß es richtig war, in die Politik zu gehen und die sozialpolitischen Weichenstellungen mit zu beeinflussen. Die im Stadtrat gesammelten Erfahrungen hält sie dann auch für eine wichtige Voraussetzung für eine über den lokalpolitischen Rahmen hinausgehende politische Arbeit, die sie bei heutigen Politikern oft vermißt: *„Ich wünsche mir eigentlich, daß jeder, der in den Landtag oder in den Bundestag will, unbedingt Gemeinderat sein sollte.“*¹⁵ Sie selbst wollte zunächst eigentlich nicht in den Landtag. Als die SPD 1964 auf der Suche nach einem Zweitkandidaten hinter Walter Wäldele an sie herantrat, war sie wenig begeistert. Die Arbeit im Stadtrat mache ihr so viel Spaß und die AWO so viel Arbeit, erklärte sie den Genossen, daß sie auf eine Landtagskandidatur gerne verzichte. Entsprechend einem Beschluß der SPD-Frauengruppe, schlug sie eine andere Frau zur Kandidatur vor. Das wollte die Partei nicht, dann lieber einen Mann, denn nur von Hanne Landgraf wußte man, daß sie viele Stimmen bringen würde. Schließlich entschloß sie sich in dem Vertrauen, daß sie das Ersatzmandat nicht wahrnehmen müsse, zu kandidieren. Nach einem Jahr wurde Walther Wäldele jedoch Erster Bürgermeister von Karlsruhe, und Hanne Landgraf zog als Nachrückerin in den Landtag ein. Die Jugend und Altenhilfe, Sport

sowie Politik für Behinderte wurden ihre landespolitischen Schwerpunkte. Heute erfüllt es sie mit großer Sorge, wenn im Zuge der gegenwärtigen Sparpolitik die mühsam erkämpften sozialen Errungenschaften wieder abgebaut werden. Von 1968 bis 1970 war sie die einzige Frau im baden-württembergischen Landtag. Zahlreiche Frauen- und Jugendorganisationen wollten sie deshalb als Rednerin haben. *„Ich hatte das Gefühl, das Bettuch an fünf Zipfeln zu halten.“*, bemerkt sie über jene Zeit.¹⁶

Gemäß eines Beschlusses ihrer Partei, der Doppelmandate ausschloß, hatte sie ihre Stadtratstätigkeit niederlegen müssen, was sie sehr bedauerte. Eine Fülle anderer Aktivitäten und Funktionen brachten sie manchmal an die Grenzen ihrer Kräfte. *„Ich hätte manchmal den Mut haben müssen, zu sagen: Ich kann nicht mehr. Aber man ist einfach gebraucht worden...“*, sagt sie heute.¹⁷ Als 1950 auf Initiative von Elly Heuss-Knapp das *Müttergenesungswerk* gegründet wurde, arbeitete Hanne Landgraf für die AWO zunächst im Ortsausschuß Karlsruhe, später im Bezirksausschuß Baden und ab 1953 im Landesausschuß Baden-Württemberg mit, dessen Vorsitz sie von 1970 bis 1982 übernahm. 1955 wurde sie Vorstandsmitglied des Vereins *Jugendschutz und Bewährungshilfe*, heute Verein für Jugendhilfe e. V., 1956 Mitglied des Verwaltungsrates des Landeswohlfahrtswerks Baden-Württemberg. Von 1954 bis 1969 übte sie das Amt einer Schöffin beim Bezirksjugendgericht aus. Innerhalb der AWO nahm sie zahlreiche Funktionen auf Orts-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene wahr, u. a. war sie 1971 bis 1981 Erste Vorsitzende des Kreisverbandes Karlsruhe. Für ihr umfassendes gesellschaftspolitisches Engagement wurde Hanne Landgraf mehrfach ausgezeichnet, u. a. mit der Marie-Juchacz-Plakette der AWO, der Elly-Heuss-Medaille, dem

Bundesverdienstkreuz erster und zweiter Klasse und der Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg. 1993 verlieh ihr die Stadt Karlsruhe die Ehrenbürgerwürde.

Hanne Landgraf ist froh, den Weg in die Politik beschritten und sozialpolitische Veränderungen erreicht zu haben. Sie bedauert jedoch, daß es nicht gelungen ist, mehr Frauen für die politische und soziale Arbeit zu gewinnen. So wurde nach ihrem Ausscheiden als Vorsitzende des Müttergenesungswerkes ein Mann ihr Nachfolger. Und die eigene Partei nominierte für ihre Nachfolge im Landtag 1976 lieber einen Mann, statt die von ihr favorisierte heutige Regierungspräsidentin Gerlinde Hämmerle.¹⁸ Wenn sich Hanne Landgraf auch weniger als Frauenpolitikerin, denn als Sozialpolitikerin sieht, war es ihr doch ein Anliegen, sozialdemokratische frauenpolitische Traditionen über die Generationen zu wahren. Kunigunde Fischer, eine der bekannten Frauen der badischen Sozialdemokratie des Kaiserreichs und Gründerin der sozialdemokratischen Frauengruppe Karlsruhes, war ihr großes Vorbild. Sie ermutigte und motivierte sie, politische Funktionen zu übernehmen. 1959 trat Hanne Landgraf mit der Übernahme der Leitung der Frauengruppe der SPD Karlsruhe auch frauenpolitisch in deren Fußstapfen. Ihr Ziel war es, Frauen politisch zu schulen, um ihre Zahl in Parteiämtern und politischen Mandaten zu erhöhen. Rückblickend auf diese Tätigkeit formulierte sie: *„Ich wünsche, daß die Gesamtpartei der Frauenarbeit etwas positiver gegenübersteht und nicht [...] von 'Kaffeekränzchen' spricht, obwohl dies noch lange nicht die schlechteste Kommunikationsform ist.“*¹⁹ Vielleicht hat sich hier inzwischen Dank der Beharrlichkeit von Frauen wie Hanne Landgraf einiges zum Besseren verändert.

¹ Vgl. StAK 1/Bez.Verw.Amt/90.

² Hanne Landgraf erinnert den 9. April 1945 als Datum, an dem ihr Vater ihr mitteilte, daß er nun Bezirksvorsteher sei (mündliche Auskunft vom 21.2.1995). Es muß sich jedoch um den 9. Mai 1945 gehandelt haben, an dem in einem Rundschreiben die Einrichtung der Bezirksverwaltungen bekanntgegeben wurde: StAK 1./H.-Reg./2894.

³ Zit. Hanne Landgraf, Stadträtin und Landtagsabgeordnete, in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1989-1993. Karlsruhe 1994, S. 218-221, hier S. 219.

⁴ Ebenda, S. 218.

⁵ Vgl. auch im Folgenden Hanne Landgraf, in: Erlebte Geschichte. Karlsruher Frauen berichten aus der Zeit des Nationalsozialismus. Hrsg. v. d. Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF). Karlsruhe 1983, S. 5-16.

⁶ Diese Ausführungen beziehen sich auf ein Gespräch, das die Verf. am 21. Februar 1995 mit Hanne Landgraf führte. Das Gesprächsprotokoll ist im Stadtarchiv Karlsruhe hinterlegt.

⁷ Hanne Landgraf (wie Anm. 5), S. 9, vgl. auch im Folgenden S.10 ff.

⁸ Ebenda.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Hanne Landgraf, Stadträtin (wie Anm. 3), S. 219.

¹¹ Mündliche Auskunft Hanne Landgraf vom 21.2.1995 (s. Anm. 6).

¹² Ebenda.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Vgl. StAK 1/H.-Reg./2896.

¹⁵ Mündliche Auskunft Hanne Landgraf vom 21.2.1995 (s. Anm. 6).

¹⁶ Hanne Landgraf, Stadträtin (wie Anm. 3), S. 221.

¹⁷ Mündliche Auskunft Hanne Landgraf vom 21.2.1995 (s. Anm. 6).

¹⁸ Vgl. Amtsblatt der Stadt Karlsruhe 14.10.1994.

¹⁹ Hanne Landgraf: Rückblick auf die Tätigkeit der ASF Karlsruhe ab dem Jahr 1959. Masch. Manuskript. o. J.



Toni Menzinger

Mut und Hilfe für einen neuen Anfang geben

Die ehemalige Kommunal- und Landespolitikerin Toni Menzinger ist den meisten Karlsruherinnen und Karlsruhern keine Unbekannte. Seit mehr als 65 Jahren ist sie in dieser Stadt und über deren Grenzen hinaus sozial- und kulturpolitisch engagiert. In die Politik ging sie, „um Menschen zu helfen, um Idealen zur Durchsetzung zu verhelfen und um die Demokratie zu stärken“.¹ Dabei verließ sie immer wieder das traditionell Frauen zugeschriebene politische Terrain. So hielt sie 1957 im Karlsruher Stadtrat als erste Frau die Haushaltsrede der CDU.

Toni Menzinger wurde am 17. März 1905 in Düsseldorf geboren und wuchs in einem rheinisch-katholischen Elternhaus auf. Bildung, Kultur und insbesondere Weltoffenheit waren ihr elterliches Erbe. Bereits 1909 organisierte ihr Vater einen deutsch-französischen Studentenaustausch, „... als Frankreich noch der 'Erbfeind' war“.² An den Jubel angesichts der abfahrenden Soldaten bei Kriegsausbruch 1914 kann sie sich noch gut erinnern. Doch der schlug bereits nach vier Wochen um, und im Lazarett, wohin sie ihre karitativ tätige Mutter begleitete, wurde sie bald mit den Schrecken des Krieges konfrontiert. Kurz vor Kriegsende fiel dann einer ihrer beiden Brüder im Alter von 22 Jahren. Beeinflusst durch den älteren Bruder, las sie nach Kriegsende die zeitgenössischen Schriften der Pazifisten und auch Sozialisten. Insbesondere die Anti-Kriegsliteratur, wie Erich Marie Remarques *Im Westen nichts Neues* und Ludwig Renns *Romane Krieg* und *Nachkrieg*, hat ihr weiteres Leben

stark beeinflußt. Nach Abitur und psychologischen Studien mit Praktikum in Kochel am See bei schwer erziehbaren Jugendlichen, das ihr wertvolle Erfahrungen sicherte, sollte von da an – und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg – die pädagogische Arbeit immer wieder im Mittelpunkt der Interessen der „begeisterten Lehrerin“³ stehen.

Noch in die Studienzeit, in das Jahr 1926, reichen die ersten Besuche der Rheinländerin in Karlsruhe zurück. 1931 heiratete sie den Kaufmann Willy Menzinger und siedelte nach Karlsruhe über. Diese Heirat führte sie in eine bekannte großbürgerliche Karlsruher Familie, und es wurde von der Schwiegertochter erwartet, daß sie sich karitativ engagierte. Sie wurde Mitglied der *Frauen-Vinzenz-Konferenz* der *St. Stefan-Pfarrrei*, die ein ehrenamtliches Betätigungsfeld im damaligen „Dörfle“ fand, wo viele kinderreiche Familien wohnten. Bald wurde Toni Menzinger Vorsitzende der *Frauen-Vinzenz-Konferenzen* Karlsruhes.

Die Arbeit in kirchlichen, nicht „gleichgeschalteten“ Gruppen war ihr auch in der Zeit des Nationalsozialismus ein wichtiges Anliegen. Um die Idee lebendig zu halten, gründete sie nach der nationalsozialistischen Machtübernahme eine *Jung-Elisabethen-Konferenz*. Diese Aktivitäten brachten sie unter die Aufsicht der Gestapo. Die folgenden Jahre waren für Toni Menzinger eine Gratwanderung, waren doch ihre drei Söhne und die Familie zu schützen. Dennoch blieb sie standhaft und entschloß sich, keiner national-sozialistischen Organisation beizutreten. Ihr Mann wurde 1942 NSDAP-Mitglied. 1937 zog die Familie Menzinger in ein Haus am Haydn-Platz, dessen Besitzer Jude war. Wie so viele, glaubte auch ihr Vermieter, als

Teilnehmer des Ersten Weltkrieges mit dem Eisernen Kreuz I. ausgezeichnet, vom Nazi-Terror verschont zu bleiben. Eine Emigration lehnte er bis zur Pogromnacht im November 1938 ab. Doch nun war es zu spät. Willy Menzinger beschaffte noch Container in Hamburg, aber die Flucht gelang nicht mehr. Bald schon erfolgte der Abtransport der badischen Juden nach Gurs. Toni Menzinger, die bereits 1925 Hitlers *Mein Kampf* gelesen hatte, war sich durchaus über die verbrecherischen Absichten des nationalsozialistischen Regimes im Klaren: „*Man hat das gewußt.*“⁴ Allerdings hatte sie keine Vorstellung davon, wie unmenschlich die Verfolgten in den Konzentrationslagern tatsächlich behandelt wurden, bis eines Tages ihr Bruder aus österreichischer Gestapo-Haft sowie ein Freund nach zwei Jahren aus dem Konzentrationslager Dachau zurückkehrten.

Das Kriegsende erlebte Toni Menzinger nicht in Karlsruhe. Gemeinsam mit ihren Kindern und der Schwiegermutter war sie nach dem Luftangriff vom 28. November 1944 aus der Stadt weggegangen. Als sie am 27. Mai 1945 in ihre völlig zerstörte Wohnung zurückkehrte, war klar, daß sie ihre Tätigkeit in kirchlichen Organisationen fortsetzen würde. Die während des Nationalsozialismus aufrechterhaltene *Elisabethen-Konferenz* bildete ein Reservoir von Kräften, die auch nach dem Krieg zusammenarbeiteten. Um den Menschen der Stadt „*Mut und Hilfe für einen neuen Anfang*“ zu geben, gründeten sie zunächst gemeinsam mit dem Jesuiten-Pater Fruhstorfer die *Katholische Arbeitsgemeinschaft*.⁵ Ziel war es, jungen Menschen durch kulturelle Arbeit bei der Suche nach einem ethischen Hintergrund und einem Weltbild behilflich zu sein. Aus der *Katholischen Arbeitsgemeinschaft* entwickelten sich u. a. mit Hilfe der Amerikaner ein Studentenwohnheim, das heutige *Albertus-Magnus-*

Haus in der Hirschstraße, die *Kunstgemeinde*, ein Filmclub und die Christliche Wohnungshilfe.⁶ „*Hier setzte sich der weibliche Pragmatismus durch. Ein Dach über'm Kopf ist das Wichtigste.*“⁷ Wie viele bereits vor 1933 aktive Frauen ihrer Generation sah Toni Menzinger es als vordringliche Aufgabe, die Not der Nachkriegszeit zu lindern. So leistete sie zunächst Frauen Hilfe, die in Folge des Krieges alleine mit ihren Kindern zurückgeblieben waren und wirkte an der Wiedereröffnung einer Nähstube von *St. Angela* im Dörfle mit. Außerdem hielt sie in der Pfarrei *Peter und Paul* Sprechstunden für Flüchtlinge und Vertriebene ab, um diesen bei der Beschaffung von Kleidung und Wohnraum behilflich zu sein.

Nachdem ihre Söhne aus den Kinderschuhen herausgewachsen waren, widmete sich die Pädagogin Toni Menzinger weiteren Aufgaben. Möglich wurde das alles nur, weil ihr Ehemann sie in diesen ehrenamtlichen Tätigkeiten ideell und materiell unterstützte. Sie erkannte, wie wichtig es war, daß Eltern auf ihre Aufgabe als Vater und Mutter vorbereitet wurden. Deshalb hielt sie, ausgehend von der Erzdiözese Freiburg, in Baden Elternabende sowie gemeinsam mit einem Arzt *Brautleutekurse* ab. Sie wurde zweite Vorsitzende der *Katholischen Elternschaft Deutschlands*. Sehr bald schlossen sich die deutschen Familienverbände über Konfessionen und Parteien hinweg zusammen und wurden Mitglied im Ausschuß *Parents et Maitres* der UNESCO. Toni Menzinger nahm diese Vertretung wahr und wurde 1974 Vizepräsidentin der Kommission *Parents et Maitres* im Rahmen der *Union Internationale Organismes Familiaux*.⁸

Aufgrund ihrer zahlreichen Aktivitäten und des Bekanntheitsgrades, den Toni Menzinger hierdurch erreicht hatte, trug ihr

die CDU zu den Stadtratswahlen 1953 eine Kandidatur an. Sie war zunächst nicht begeistert und fürchtete, dies könnte sie von ihrer eigentlichen Arbeit abhalten. Doch dann sagte sie sich: *„Die Würfel fallen oben.“*⁹ In der Wahrnehmung eines politischen Mandates sah sie eine Möglichkeit, ihrer sozialen und kulturellen Arbeit zu mehr Nachdruck zu verhelfen. So gab sie der Bitte der CDU nach, fand sich aber auf dem ziemlich aussichtslosen Platz elf der Liste wieder. Doch die Karlsruherinnen und Karlsruher wählten sie nach vorne auf Platz vier, und so zog sie im Herbst 1953 neben Anna Walch (s. S. 112) und Luise Naumann (s. S. 89) als dritte Frau für die CDU in den Stadtrat ein.¹⁰ Bis zu ihrem Ausscheiden 1980 widmete sie sich auch im Stadtrat vor allem der Sozial- und Schulpolitik. Im Vordergrund ihrer politischen Arbeit stand stets ihre persönliche Überzeugung. 1955 sprach sie sich gemeinsam mit nur fünf männlichen Gemeinderatskollegen als einzige Stadträtin gegen den Bau des Kernforschungszentrums aus. Sie verwies auf den Unsicherheitsfaktor, der bei allen Sicherheitsvorkehrungen noch bestehen bleibe: *„Das ist auch der Grund, weshalb ich nach meinem heutigen Wissen den Bau eines Reaktors nicht bejahen kann in solcher Nähe von dicht besiedelten Städten.“*¹¹ Toni Menzinger beschränkte sich nicht nur auf ihre parlamentarische Ablehnung, sie informierte in einem Flugblatt auch die Öffentlichkeit über ihre Bedenken. *„Aktivitäten, die weder bei meiner Fraktion noch bei OB Klotz Freude machten.“*¹²

Als 1970 Otto Dullenkopf zum Oberbürgermeister Karlsruhes gewählt wurde, kam Toni Menzinger für ihn in den Landtag. Wie es bei Frauen so oft geschieht, war sie als Zweitkandidatin aufgestellt worden. 1972 und 1976 wurde sie dann jedoch direkt gewählt, bis sie 1980 aus Altersgründen freiwillig ausschied.

Als Expertin für Fragen der Vorschulerziehung in der CDU-Landtagsfraktion prägte sie das Kindergartengesetz und das Erzieherinnen-Ausbildungsgesetz mit. Sie vertrat die CDU in zahlreichen Ausschüssen, u. a. im Sozial-, im Jugend- und Sportausschuß sowie Hochschulausschuß, aber auch im Petitions- und im Finanzausschuß. „*Mit ganzem Herzen*“ nahm sie die Aufgaben der stellvertretenden Vorsitzenden des kulturpolitischen Ausschusses wahr.¹³ Schließlich war sie Mitglied im Fraktionsvorstand der CDU als stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Am 2. Juni 1976 eröffnete sie als erste Alterspräsidentin die konstituierende Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg. Für ihre Verdienste in Politik und Gesellschaft wurde Toni Menzinger vielfach ausgezeichnet, u. a. mit dem Bundesverdienstkreuz, dem Großen Bundesverdienstkreuz und dem päpstlichen Orden „*Pro Ecclesia et Pontifice*“. 1993 wurde ihr die Ehrenbürgerwürde der Stadt Karlsruhe verliehen.

Toni Menzinger ging, wie die anderen in diesem Band Porträtierten, einen für eine Frau ihrer Generation eher außergewöhnlichen Weg. Die soziale und politische Arbeit wurde ihr zur Berufung. Sie ist der Meinung, daß Frauen sich in der Politik durch Wissen durchsetzen und die Männer durch ihr Können überzeugen müssen. Den Feminismus hält sie für „*einseitig*“, doch schätzt sie an Feministinnen ihre Wahrhaftigkeit sowie das Besinnen auf die eigene Kraft und eigene Ideale. Neugierde, im Sinne eines „*Hinter die Dinge schauen wollen*“, hält Toni Menzinger für eine wichtige weibliche Eigenschaft. Im Mittelpunkt ihrer politischen Bestrebungen standen stets die Kultur, die Bildung des Menschen. Kultur ist für sie jedoch stets eng mit dem sozialen Sektor verbunden, und so sieht sie ihr

kulturpolitisches Engagement als Ausgangspunkt für das sozialpolitische.

¹ Mündliche Auskunft Toni Menzinger vom 1.12.1994. Die folgenden Ausführungen beziehen sich, sofern nicht ausdrücklich anderweitig gekennzeichnet, auf ein Gespräch, das die Verf. am 1. Dezember 1994 mit Toni Menzinger führte und schriftlich festhielt.

² Ebenda.

³ Ebenda.

⁴ Ebenda.

⁵ Toni Menzinger. Stadträtin und Landtagsabgeordnete, in: Blick in die Geschichte. Karlsruher Stadthistorische Beiträge 1989-1993. Hrsg. v. d. Stadt Karlsruhe - Forum für Stadtgeschichte und Kultur. Karlsruhe 1994, S. 222.

⁶ Vgl. auch Toni Menzinger: Das Geheimnis des Père Duval, in: Vom Glück in Karlsruhe zu leben, Hrsg. von Doris Lott, Bd. 2. Karlsruhe 1995, S. 45 - 47.

⁷ Mündliche Auskunft Toni Menzinger vom 1.12.1994.

⁸ Vgl. Ina Hochreuther: Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919. Hrsg. v. Landtag Baden-Württemberg u. d. Landeszentrale f. pol. Bildung Baden-Württemberg. Stuttgart 1992, S. 145.

⁹ Mündliche Auskunft Toni Menzinger vom 1.12.1994.

¹⁰ Vgl. StAK 1/H.-Reg. 2896.

¹¹ StAK Stadtratsprotokoll vom 20.9.1955.

¹² Toni Menzinger (wie Anm. 5), S. 222.

¹³ Mündliche Auskunft Toni Menzinger vom 7.2.1996.

¹⁴ Auch im Folgenden ebenda.



Hertha Nachmann

Für sie war es selbstverständlich, wieder zurückzukommen

„Für die Familie Nachmann war es selbstverständlich, zurückzukommen: Sie waren Karlsruher, sie waren deutsch.“¹ So kehrte Hertha Nachmann mit ihrem Ehemann Otto sofort nach Kriegsende aus dem südfranzösischen Exil nach Karlsruhe zurück. Auch ihr Sohn Werner, der sich in Frankreich der Résistance angeschlossen hatte und Soldat in General de Gaulles Erster Französischer Armee wurde, kehrte in den Apriltagen 1945 als französischer Offizier in seine Heimatstadt zurück.² Diese Heimatverbundenheit war keineswegs selbstverständlich, hatten doch die wenigsten Deutschen versucht, der Verfolgung und Vernichtung von Millionen Juden etwas entgegenzusetzen. Über 450 jüdische Karlsruher Bürgerinnen und Bürger fanden während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Konzentrations- und Vernichtungslagern den Tod.³

Der nach Karlsruhe zurückgekehrten Familie Nachmann ist es mit zu verdanken, daß die jüdische Gemeinde wieder zum Leben erweckt wurde und jüdische Traditionen und Kultur auch in dieser Stadt nach dem Nationalsozialismus nicht gänzlich verschwanden. Bekannt sind Otto Nachmann⁴, als erster Vorsitzender des Oberrats der Israeliten in Baden und vor allem Werner Nachmann⁵, als Vorsteher der Jüdischen Gemeinde Karlsruhe ab 1961, als Nachfolger seines Vaters im Amt des Oberrats in Baden und insbesondere als späterer Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland. Wenig bekannt ist bislang das soziale und kulturelle Engagement Hertha Nach-

manns, die in den ersten Nachkriegsjahren einen beachtlichen Beitrag zur Wiederbelebung der Jüdischen Gemeinde Karlsruhes leistete.

Hertha Homburger wurde am 5. August 1900 als Tochter einer alteingesessenen Karlsruher Familie geboren.⁶ Ihre Familie mütterlicherseits hieß Stern und kam aus Würzburg, wo sie als Weinhändler tätig waren und den Hof belieferten. Sie heiratete den Kaufmann Otto Nachmann (1893-1962), der seit 1919 den elterlichen Betrieb in Durlach leitete, und gebar 1925 ihren Sohn Werner.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten konnten sich Hertha und Otto Nachmann zunächst nicht entschließen, Deutschland zu verlassen. Doch ihre Existenz in Karlsruhe wurde immer gefährdeter. Nach der Pogromnacht vom 9. November 1938 war ein Bleiben nicht mehr möglich. Mit Hilfe eines Führers flüchteten sie bei Lauterburg über die Grenze und wohnten zunächst bei Bekannten in den Vogesen. Bereits einige Wochen zuvor hatten sie ihren damals 13jährigen Sohn in Straßburg in einen Zug nach Paris gesetzt, wo er ein jüdisches humanistisches Gymnasium besuchte. Nach dem Einmarsch der Deutschen im Mai 1940 flohen Hertha und Werner Nachmann in das französische Alpengebiet. Dort blieben sie auch nach der Besetzung Südfrankreichs durch die deutschen Truppen. Mit Hilfe der Widerstandsbewegung gelang es ihnen, sich zu verstecken. Werner Nachmann blieb bis zur Befreiung Frankreichs mit gefälschten Papieren als einziger jüdischer Schüler in einem Gymnasium in Aix-en-Provence.⁷ Sein Vater Otto tat sich schwer in Frankreich und lernte nur sehr schlecht die Landessprache. Hertha Nachmann

konnte sich offenbar etwas besser einleben und Französisch erlernen. Dennoch wollte auch sie nach der Befreiung sofort nach Karlsruhe zurückkehren.⁸

Nach dem Ende der NS-Gewaltherrschaft waren einige wenige jüdische Familien in Karlsruhe. Die Frauen der jüdischen Gemeinde veranstalteten bald lose Zusammentreffen. Luise Kahn, die zum jüdischen Glauben übergetreten war, aber in der Terminologie der Nazis als „Nichtjüdin“ galt, hatte ihre Kinder Rudolf und Renate Kahn „freiwillig“ in die Deportation nach Gurs begleitet. 1943 gelang es ihnen, aus Gurs nach Karlsruhe zurückzukehren. Die letzten Kriegstage überlebten die gefährdeten Geschwister in einem Versteck am Turmberg.⁹ Frau Krauss kehrte aus dem Lager Theresienstadt zurück, des weiteren waren da Frau Gramlich, Lilo Zorn, Frau Mussel und Frau Berli. Außerdem kehrten die Familie Pistiner und Dr. Strauss zurück, nach 1955 kamen die Familie Alt aus Südamerika und Dr. Adler aus den USA zurück.¹⁰

Es waren nur wenige Gemeindemitglieder¹¹, und Hertha Nachmann bemühte sich, gerade auch die Frauen zusammenzuhalten. Das Wirken in der Gemeinde war für sie aufgrund der Familientradition selbstverständlich. Sie rief einen alten Brauch wieder ins Leben, den Kiddusch, d. h. samstags nach den Gottesdiensten setzt man sich zusammen und ißt eine Kleinigkeit. Später, ab 1955, wies sie ihre Schwiegertochter, die sie bei den Vorbereitungen hierzu unterstützte, in die Speisegesetze ein, u. a. die Trennung von Milch und Fleisch. Das Fleisch mußte in jenen Jahren aus Straßburg herbeigeholt werden, weil es in Karlsruhe kein koscheres Fleisch zu kaufen gab. Sehr wichtig waren für Hertha Nachmann die jüdischen

Feiertage. Das erste Pessach-Fest¹² nach ihrer Rückkehr feierte sie mit den wenigen Überlebenden der Gemeinde in ihrer damaligen Wohnung in der Durlacher Luststraße. Ab September 1946 konnten im früheren Gemeindehaus der Israelitischen Religionsgemeinschaft in der Herrenstraße 14 wieder regelmäßig freitags, samstags und an den jüdischen Feiertagen Gottesdienste abgehalten werden.¹³ Nun wurde an den Pessach-Festen die gesamte Gemeinde zu einem Mahl eingeladen. Hertha Nachmann organisierte und leitete die Zubereitung des Pessach-Mahls in ihrer eigenen Küche. Fünf bis sechs Frauen teilten sich die Zubereitung der einzelnen Gänge: zuerst gab es Fleischsuppe mit Matzen, dann Braten, Kartoffeln, Salat und am Ende Kompott. Schließlich mußte alles in die Herrenstraße transportiert werden. Ein solches Mahl wurde auch an Neujahr abgehalten. An Jom-Kippur, dem Versöhnungsfest, wurde das vorangegangene Fasten in der Synagoge gebrochen. Hertha Nachmann legte eigens dafür Heringe ein. Es wurde ein Schnäpschen dazu gereicht oder es gab Kaffee und Kuchen, damit man etwas Warmes zu sich nahm.

Des weiteren bekleidete Hertha Nachmann das ehrenvolle Amt der Totenwäsche. Wenn ein jüdischer Religionsangehöriger stirbt, wird er in ein Leichentuch gekleidet und in einen aus vier einfachen Brettern gezimmerten Sarg gebettet. Dieser Brauch gilt für alle gleich, *„ob er Rothschild heißt oder der ärmste Mann ist.“*¹⁴ Hertha Nachmann hat mit Hilfe anderer Frauen, u. a. Frau Kahn und Frau Zorn, die Totenwäsche der verstorbenen weiblichen Gemeindemitglieder durchgeführt.

Neben diesen im Gemeindeleben wichtigen Tätigkeiten hat sich Hertha Nachmann vor allem sozial engagiert. Für jeden, der in

diesen schwierigen Nachkriegsjahren mit einem Problem zu ihr kam, hat sie eine Lösung gefunden. Sie hat sich um Leute gekümmert, die durch Nationalsozialismus und Krieg entwurzelt waren und nicht mehr wußten, wo sie hingehörten. Sie organisierte für Hilfsbedürftige Essen, Kleidung oder Bargeld. *„Manchmal kamen freitagabends Leute und klingelten, dann hat sie ihnen zwanzig Mark gegeben. Sie war da sehr großzügig.“*¹⁵ Alte Leute und Kranke erfreute sie durch ihre Besuche. Den verschiedenen karitativen Einrichtungen der Stadt stand sie mit Rat und Tat zur Verfügung.

Darüber hinaus wurde sie Vorsitzende des Jüdischen Frauenvereins und übte diese Tätigkeit jahrzehntelang aus. Auch an der Gründung des Dachverbandes der Jüdischen Frauenvereine in Deutschland war sie beteiligt. Ihre Sohn, Werner Nachmann, der damalige Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, war damit nicht ganz einverstanden. Er war der Meinung, der Frauenverein solle seine Arbeit auf lokaler Ebene machen, benötige aber nicht den „Wasserkopf“ einer nationalen Organisation, sie erschien ihm überflüssig. Die Gründung des Jüdischen Frauenvereins auf deutscher Ebene erfolgte dennoch. Hertha Nachmann konzentrierte sich jedoch weiterhin auf die Arbeit vor Ort in Karlsruhe.

In Würdigung ihres großen Engagements wurde Hertha Nachmann anlässlich ihres 75. Geburtstages das Bundesverdienstkreuz verliehen.¹⁶ Bereits 1961 hatte sie ihren Ehemann verloren. Der Tod ihres Sohnes im Januar 1988 traf sie schwer. Ihre letzten Lebensjahre verbrachte sie im Stephanienstift. Hertha Nachmann verstarb im Frühjahr 1990.

¹ Mündliche Auskunft Evelyne Nachmann vom 9. Oktober 1996. Die folgenden Angaben zu Hertha Nachmann wurden, soweit nicht ausdrücklich anderweitig vermerkt, diesem protokollierten Gespräch entnommen.

² Vgl. Josef Werner: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich. 2. überarb. u. erw. Aufl. Karlsruhe 1990 (=Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd.), S. 353f.

³ Vgl. ebenda, Gedenktafel, S. 443-480.

⁴ Vgl. ebenda, S. 435-440.

⁵ Vgl. ebenda, S. 439, 441 f.

⁶ Vgl. Esther Ramon: Die Familie Homburger aus Karlsruhe, in: Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung. Hrsg. v. Heinz Schmitt unter Mitwirkung von Ernst Otto Bräunche und Manfred Koch. Karlsruhe 1988 (=Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 8), S. 465-468.

⁷ Vgl. auch im Folgenden J. Werner (wie Anm. 3), S. 243 u. 353 f.

⁸ Auch im Folgenden mündliche Auskunft Evelyne Nachmann vom 9.10.1996.

⁹ Vgl. J. Werner (wie Anm. 3), S. 353 u. 429 f.

¹⁰ Auch im Folgenden mündliche Auskunft Evelyne Nachmann vom 9.10.1996.

¹¹ Im Juni 1946 lebten in ganz Karlsruhe insgesamt 91 Juden. Vgl. Werner (wie Anm. 3), S. 436.

¹² Das Pessach-Fest beginnt am 14./15. Nisan (März/April) und dauert in Israel sieben, in der Diaspora acht Tage. Es wird zur Erinnerung an den Auszug Israels aus Ägypten gefeiert. Das Fest trägt auch den Namen *Fest der ungesäuerten Brote* (Matzen). Das christliche Abendmahl geht auf das Pessach-Fest zurück und auch das christliche Osterfest hängt historisch mit ihm zusammen.

¹³ Vgl. J. Werner (wie Anm. 3), S. 436 ff. 1951 wurde der Betsaal in der Herrenstraße erneuert und zur Synagoge umgewidmet. Erst am 4. Juli 1971 konnte eine neue Synagoge an der Knielinger Allee eingeweiht werden.

¹⁴ Mündliche Auskunft Evelyne Nachmann vom 9.10.1996.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Vgl. BNN 6.8.1975.

Luise Naumann

Ihre besondere Neigung gehörte dem Krankenhaus- und Schulwesen

Luise Naumann wurde erst 1953 zur Stadträtin in Karlsruhe gewählt. Kandidiert hatte sie aber bereits bei den Wahlen im Dezember 1947. Allerdings hatte ihre Partei, die CDU, sie damals – wie so oft bei Frauen damals üblich – auf einen wenig aussichtsreichen hinteren Listenplatz gesetzt.¹ Bis 1953 hatte die aktive Christdemokratin jedoch in der Stadt offensichtlich einen solchen Bekanntheitsgrad erreicht, daß man sich von ihrer Kandidatur Stimmen erhoffte und sie auf Platz vier der Liste setzte. Die Rechnung ging auf, und sie zog nach Anna Walch (s. S. 112) gemeinsam mit Toni Menzinger (s. S. 74) als dritte Frau für die CDU ins Stadtparlament ein. Bis 1965 übte sie diese Funktion aus, dann kandidierte sie aus familiären Gründen nicht wieder.

Luise Karolina Duppler wurde am 19. Mai 1901 in Karlsruhe geboren.² Während des Ersten Weltkrieges besuchte sie das 1893 gegründete erste deutsche Mädchengymnasium in Karlsruhe, um anschließend in Heidelberg acht Semester Medizin zu studieren. In dieser Zeit wurde sie Vorsitzende einer evangelischen Studentengruppe. Das Studium hat sie, vermutlich wegen ihrer Heirat mit dem erheblich älteren Ministerialrat Dr. Ing. Erich Naumann, jedoch nicht abgeschlossen. Sie gebar drei Söhne, die in schwierigen Zeiten großgezogen werden mußten. Da ihr Mann jüdischer Abstammung war, wurde er nach Erlaß der Nürnberger Gesetze 1935 von seinem Dienst als



Leiter der Abteilung *Salinen und Bergbau* im badischen Finanz und Wirtschaftsministerium zwangsweise zur Ruhe gesetzt. Zunächst erhielt er zwar noch privatwirtschaftliche Aufträge zur Anfertigung von Gutachten u. ä., doch konnte er diese Tätigkeit im Zuge der zunehmenden Verfolgung der Juden nicht aufrechterhalten.³ In den folgenden Jahren erarbeitete Luise Naumann den Lebensunterhalt für die Familie. Sie soll später nie über diese schwierige Zeit gesprochen haben. Doch die Erfahrungen und Vorsätze aus den Jahren der Nazidiktatur bewogen sie, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges politisch tätig zu werden.

Als aktives evangelisches Gemeindemitglied führte Luise Naumanns Weg in die neugegründete christliche Partei, die erstmals beide Konfessionen zu vereinen suchte. Eine Rolle mag dabei auch gespielt haben, daß ihr Mann und ihre Söhne wenige Monate nach Gründung der CDU in Karlsruhe dieser beitraten. Doch Luise Naumann ging durchaus eigenständige politische Wege. Sie betätigte sich in der CDU-Frauengruppe, deren Vorsitz sie 1948 übernahm. 1950 wurde sie schließlich Leiterin der Landesfrauengruppe der CDU in Nordbaden sowie Mitglied des Landesvorstandes der Partei. In späteren Jahren hatte sie dann das Amt einer stellvertretenden Landesvorsitzenden inne. Ihr hauptsächliches Betätigungsfeld entfaltete sie im sozialen Bereich. So war sie von Anfang an in der im Juli 1948 gemeinsam von der überparteilichen *Karlsruher Frauengruppe* (s. S. 40, Großwendt, Riegger, Himmelheber), den konfessionellen Frauenverbänden und dem Roten Kreuz in der Durlacher Allee 60 eingerichteten Notverkaufsstelle (s. S. 112) aktiv. Hier arbeitete sie eng mit ihrer Parteifreundin Anna Walch (s. S. 112) zusammen. Doch Kontakte entwickelten sich auch über die Parteigrenzen hinweg. Mit der ab 1956 für die FDP im Stadtrat

sitzenden Melitta Schöpf verband sie eine Freundschaft seit Kindheitstagen. Die SPD-Stadträtin Hanne Landgraf (s. S. 64) wußte Naumann als eine über Parteigrenzen hinweg um die Sache der Frauen verdiente Kollegin zu schätzen.⁴ Innerhalb ihrer Stadtratstätigkeit lag Luise Naumann vor allem die Arbeit im Krankenhausausschuß am Herzen. Fragen der modernen Hygiene, des Krankenhausbaus sowie der Müttergenesung beschäftigten sie ebenso wie die Sorge für die Krankenhausbediensteten. „*Es ist meine alte Liebe zur Medizin, die hier zum Durchbruch kommt*“,⁵ begründete sie dieses Engagement. Des weiteren betätigte sie sich im Beirat für die Höheren Schulen sowie im Verwaltungsrat der Musikhochschule.

Luise Naumann ging, wie die *Badischen Neuesten Nachrichten* (BNN) einmal bemerkten, nie auf die Barrikaden.⁶ Tatsächlich war sie wohl keine vehemente Verfechterin der Frauenemanzipation. Ihr Engagement wurzelte in einem traditionellen Politikverständnis, das weibliche Betätigungsfelder in erster Linie im Bereich des Sozialen sah. Dennoch übernahm sie als eine der ersten Frauen der Karlsruher CDU in (partei-)politischen Ämtern eine gewisse Vorreiterrolle. Sie war auch die erste Frau, die Ehrenmitglied des CDU-Kreisverbandes Karlsruhe wurde. 1969 wurde ihr für ihre kommunalpolitischen Verdienste das Bundesverdienstkreuz verliehen. Luise Naumann verstarb am 10. April 1974 in Göppingen.

¹ Vgl. auch im Folgenden StAK 1/H.-Reg./2896.

² Folgende biographische Angaben wurden, soweit nicht ausdrücklich anderweitig ausgewiesen, Beiträgen der BNN vom 14.7.1954, 18.5.1966, 19.4.1969, 19.5.1971 und 30.4.1974 entnommen.

³ Vgl. Josef Werner: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich. Karlsruhe 1988 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 9), S. 49.

⁴ Vgl. BNN 19.4.1969.

⁵ BNN 14.7.1954.

⁶ Vgl. BNN 18.5.1966.

Luise Riegger

Wir Frauen müssen Politik machen, sonst wird mit uns Politik gemacht.

Der Initiative Luise Rieggers ist die Wiederbelebung der Frauenbewegung in Karlsruhe nach dem Zweiten Weltkrieg zu verdanken. Im Frühsommer 1946 – trafen sich auf ihre Anregung ca. 15 Frauen, um zu beraten, in welcher Form die durch den Nationalsozialismus zerschlagene Frauenbewegung wieder ins Leben gerufen werden könne, und wie die Frauen im neu aufzubauenden Staat Einfluß gewinnen könnten.¹ Aus den Erfahrungen des Kaiserreichs und der Weimarer Republik eine Lehre ziehend, wollte man nun die Spaltung der Frauenbewegung in unterschiedliche politische Flügel überwinden. Zu diesem Zweck wurde am 17. Oktober 1946 die überparteiliche *Karlsruher Frauengruppe* gegründet. Für Luise Riegger war dieses Engagement eine logische Konsequenz und Fortsetzung ihres bisherigen Lebens und Wirkens.

Geboren am 7. Januar 1887, erlebte sie den Ersten Weltkrieg und das Ende des Kaiserreiches. Doch sie „eruldete“ den Lauf der Geschichte nicht, sondern versuchte stets, ihn aktiv mitzugestalten. *„Als Vierjährige habe ich schon erklärt, wenn die erste Frau in den Reichstag kommt, will ich dabei sein“*, erzählte sie später einmal. Die Familie Riegger war Anfang der 1890er Jahre von Kehl nach Karlsruhe gezogen, wo der Vater als Experte für das Gemeinderechnungswesen Regierungsrat im badischen Innenministerium wurde. Luise Riegger besuchte 1893 bis 1902 die höhere Mädchenschule. Dem in jener Zeit für



eine Frau noch ungewöhnlichen Wunsch, Juristin zu werden, verweigerten ihre Eltern jedoch die Zustimmung. So absolvierte sie eine zweijährige Frauenschule, besuchte im Anschluß daran für ein Jahr eine Haushaltungsschule in Frankreich, um schließlich von 1905 bis 1909 im elterlichen Haushalt mitzuarbeiten.³ Anlässlich einer Einladung der Großherzogin traf sie eine ehemalige Schulkameradin, die inzwischen das Lehrerinnenseminar besuchte. Ohne das Wissen ihrer Eltern meldete sie sich daraufhin am *Prinzessin-Wilhelm-Stift* an. „*Ein Haushalt braucht viele Hände, aber nur einen Kopf*“, bemerkte sie zu ihrem Entschluß, dem elterlichen Hauswesen den Rücken zu kehren und das Lehrerinnenstudium aufzunehmen.⁴

Durch gemeinsame Wanderungen mit den Eltern und ihren vier Brüdern war Luise Riegger den Ideen der Jugendbewegung aufgeschlossen, mit der sie 1910 durch die Mathematiklehrerin des Lehrerinnenseminars in Berührung kam. Die Familienausflüge nahmen ein jähes Ende, als sie und drei ihrer Brüder zur von dem Grötzingen Maler Otto Fikentscher und seiner Frau gegründeten Ortsgruppe des *Wandervogels* stießen. „*Das ging den Eltern gegen den Strich, aber sie ließen uns machen.*“⁵ Damit ließen sie ihrer Tochter einen Freiraum, der zu jener Zeit für ein Mädchen aus bürgerlichem Hause keineswegs selbstverständlich war. Da aber manch andere Eltern ihre Töchter nicht auf mehrtägige Fahrten mit einer aus Jungen und Mädchen gemischten Gruppe fahren lassen wollten, wurde Luise Riegger bald Führerin von reinen Mädchenfahrten, leitete jedoch auch weiterhin gemischte Gruppen der Zwölf- bis Vierzehnjährigen.

1913 mußte sie diese Tätigkeit in Karlsruhe vorerst beenden, da sie nach Ablegung des Lehrerinnenexamens ihre erste Stelle in Zell im Wiesental antrat. Es war in der damaligen Zeit das Los angehender Lehrerinnen und Lehrer, je nach Bedarf ständig versetzt zu werden. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden viele Lehrer einberufen und Luise Riegger stand alleine vor riesigen Klassen. Es folgten Versetzungen nach Wangen am Bodensee und Überlingen. 1915 unterrichtete sie dann in Mörsch, später in Ettlingen, bis sie 1917 schließlich an der Rüppurrer Riedschule angestellt wurde, wo sie bis zu ihrer Pensionierung als Konrektorin im Jahr 1952 bleiben sollte.

Während des Ersten Weltkrieges hatte sie begonnen, sich mit der Geschichte der Frauenbewegung zu beschäftigen. Als sie 1917 wieder nach Karlsruhe zurückkehrte, war aus der Jugendbewegten auch eine Frauenbewegte geworden. Von nun an sollte sie die Geschichte der örtlichen Frauenbewegung wesentlich mitprägen. Sie schloß sich der Frauenstimmrechtsbewegung an und knüpfte Kontakte zu Gertrud Bäumer und Helene Lange. 1931 wurde sie zur Vorsitzenden des *Badischen Verbandes für Frauenbestrebungen*, einem dem *Bund Deutscher Frauenvereine* (BDF) angehörender Dachverband der bürgerlichen Frauenbewegung in Baden, gewählt.⁶

Neben der Frauenbewegung galt jedoch auch weiterhin der Jugendbewegung ihr Interesse. Sie gehörte dem 1920 von älteren *Wandervögeln* gegründeten *Kronacher Bund* an, und auch hier fand ihr Engagement für das Anliegen der Frauen und Mädchen seinen Ausdruck. 1925 wurde sie auf Antrag der Frauen, gegen alle männlichen Widerstände als Sprecherin der weiblichen Mitglieder und damit als erste Frau in die Ältesten-

schaft des „Kronacher Bundes“ gewählt.⁷ 1921 war sie in Karlsruhe bei der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft aller örtlichen Jugendverbände, dem „Jugendring“, mitinitiativ.

Nun, da infolge der Revolution Frauen endlich das Wahlrecht erlangt hatten, wollte Luise Riegger diese neuen politischen Rechte auch nutzen und beim Aufbau eines demokratischen Staats mitwirken. Wie viele bürgerliche Frauenrechtlerinnen sah sie ihre politische Heimat im Liberalismus. Sie wurde 1918 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). 1922 zog sie als Stadtverordnete in das Karlsruher Rathaus ein und übte dieses Mandat bis 1930 aus.⁸

Das vielfältige Engagement dieser aufrechten Demokratin wurde durch den Nationalsozialismus unterbrochen. Im Juni 1933 mußte sie den Karlsruher Frauenverbänden mitteilen, daß nach der Auflösung des *Badischen Verbandes für Frauenbestrebungen* durch die Beauftragte der badischen Regierung und spätere Reichsfrauenführerin, Gertrud Scholtz-Klink, auch die Karlsruher Ortsgruppe des Verbandes aufgehört habe zu bestehen.⁹ Die folgenden Jahre verbrachte Luise Riegger, wie sie es selbst bezeichnete, in „passivem Widerstand“.¹⁰ „Sie haßte Grundsätze und Methoden der Nazis und jedermann wußte das.“, schrieb eine 1941 in die USA emigrierte Freundin.¹¹ Unannehmlichkeiten mit der Schulbehörde blieben nicht aus, und Luise Riegger durfte keinen Geschichtsunterricht mehr erteilen und nur noch in unteren Klassen unterrichten. Eine ihrer Nichten erinnert sich, daß sich ihre Tante „Luis“ Maßregelungen in der Schule notgedrungen gefügt habe, nicht aber ohne hinzuzufügen, daß sie dieses Regime nicht bejahe.¹² Auch ein ehemaliger Schüler berichtet, daß sie nur widerwillig die

Fahnenappelle absolvierte und immer deutlich gewesen sei, daß sie dem nationalsozialistischen Regime nicht gerade Sympathien entgegenbrachte.¹³ In eindeutigen Worten kritisierte sie die von den Nationalsozialisten eingeführte Jugend-erziehung, die sie „*anekelte*“.¹⁴ Die Kontakte zu ihren jüdischen Freunden hielt sie bis zu deren Emigration aufrecht und nahm deren Kinder mit auf Urlaubsreisen. Offensichtlich sah Luise Riegger in ihrer Position als Lehrerin auf Dauer jedoch keine Möglichkeit, sich einer Aufnahme in die *Nationalsozialistische Frauenschaft* zu widersetzen, einer Übernahme in die NSDAP trat sie aber erfolgreich entgegen.¹⁵

Infolge der Luftangriffe auf Karlsruhe wurde Luise Riegger 1944 mit ihrer gesamten Schulklasse in den Schwarzwald evakuiert. Nach ihrer Rückkehr nahm sie am 1. Oktober 1945 den Unterricht an der Rüppurrer Riedschule wieder auf. Bereits zwei Tage später wurde sie auf Anweisung der amerikanischen Militärregierung wegen ihrer Mitgliedschaft in der NS-Frauenschaft jedoch wieder entlassen. Dies empfand sie als eine maßlose Ungerechtigkeit, an der sie lange litt. Im Entnazifizierungsverfahren konnte sie zwar ihre Gegnerschaft und den passiven Widerstand zum nationalsozialistischen Regime glaubhaft machen, aufgrund ihrer formalen Mitgliedschaft wurde sie jedoch im April 1947 als Mitläuferin eingestuft.¹⁶ Da sie bereits Ende 1945 einen Offizier der Militärregierung von ihrer oppositionellen Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen System überzeugen konnte, erfolgte im Dezember 1945, kurz vor Weihnachten, ihre Wiedereinstellung als Lehrerin. Sie übernahm eine fünfte Klasse, die erste koedukative Klasse an der Riedschule, die sie bis zum Schulabschluß 1949 führte und in allen Fächern außer Musik unterrichtete.¹⁷ Den Schülerinnen/

Schülern erschien die neue Lehrerin zunächst sehr streng. Doch sie verstand es, sie für das Lernen zu begeistern und wurde von ihnen bald heiß verehrt. Gegenseitiger Respekt und eine gewisse Nähe kennzeichneten die entstehende Freundschaft zwischen Lehrerin und Schülerinnen/Schülern, die bis an das Lebensende Luise Rieggers dauern sollte. Sie ist ihnen als eine außergewöhnliche Lehrerin in Erinnerung geblieben, die immer ihren Weg gegangen sei und ihre Meinung vertreten habe, ohne opportunistisch zu sein. Luise Riegger, „*Erzieherin mit Leib und Seele*“¹⁸, verstand es, die infolge des Krieges entstandenen großen Lernlücken zu schließen und vermittelte ihnen weit über den Lehrplan hinausreichende Kenntnisse. So lehrte sie z. B. nach Unterrichtsschluß außerplanmäßig Englisch. Den Idealen und Erfahrungen aus der Jugendbewegung entsprechend, suchte sie die Solidarität unter den Schülerinnen/Schülern zu fördern: die mit guten Noten sollten denen mit schlechten helfen. Sie brachte Jugendliche mit sozialen und Lernproblemen, die heute wahrscheinlich in Sonderschulen landen würden, zu einem Schulabschluß. Schließlich unterstützte sie ihre Abschlußschülerinnen/-schüler bei den Bemühungen um eine Lehrstelle. Alle, auch die Mädchen – was in dieser Zeit keine Selbstverständlichkeit war –, absolvierten eine Berufsausbildung. Besonders wichtig war es Luise Riegger jedoch, demokratisches Denken und Handeln zu vermitteln. Hatten schon die Nazis versucht, dies zu unterbinden, indem sie ihr verboten, Geschichtsunterricht zu halten, setzte sie sich über das anfangs von der Militärregierung verhängte generelle Verbot des Geschichtsunterrichts hinweg. „*Heimlich*“ vermittelte sie ihrer Klasse historische Kenntnisse, ohne die sie eine demokratische Erziehung für mangelhaft hielt. Enttäuscht war sie darüber, daß keine/r ihrer Lieblingsschülerinnen/schüler,

ebensowenig wie ihre Nichten, selbst politisch aktiv wurde. Für ihre Schülerinnen/Schüler repräsentierte sie die „*Demokratin alten Schlags*“¹⁹, weit von der Politik der heutigen FDP entfernt.¹⁹

Wie bereits nach Ende des Ersten Weltkrieges war es Luise Riegger auch nach dem Zweiten Weltkrieg ein Anliegen, den demokratischen Neuaufbau aktiv mitzugestalten. „*Politik wird in jedem Fall gemacht. Wenn wir Frauen sie so durchgeführt sehen wollen, wie wir sie für richtig halten, müssen wir mitmachen; sonst wird mit uns Politik gemacht.*“²⁰, war ihre Überzeugung. Um den weiblichen Einfluß in Staat und Gesellschaft zu sichern, hielt sie eine überparteiliche und überkonfessionelle Zusammenarbeit aller Frauen für notwendig, doch bedeutete das für sie nicht, parteipolitisch abstinent zu sein. Da sie sich dem Liberalismus verpflichtet fühlte, gehörte sie 1945 nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft zum Karlsruher Gründerkreis der Demokratischen Partei, der späteren FDP, in Karlsruhe.²¹ Auch in der Parteiarbeit war es ihr jedoch stets wichtig, die Emanzipation der Frauen voranzutreiben. Sie führte u. a. den Vorsitz der FDP-Frauengruppe Karlsruhe sowie des im März 1954 konstituierten Bezirksfrauenausschusses der FDP Nordbaden. Daneben war sie Mitglied des Landesfrauenausschusses, zu dessen Ehrenvorsitzenden sie 1955 gewählt wurde, und nahm in dieser Funktion ein Mandat im Bundesfrauenausschuß der FDP wahr.²² Als es in den fünfziger Jahren um die rechtliche Umsetzung der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung ging, erinnerte sie die Bundestagsfraktion ihrer Partei an die historische Verbundenheit der Frauenrechtlerinnen mit dem Liberalismus und suchte sie im Sinne ihrer frauenpolitischen Traditionen auf ein Abstimmungsverhalten im Interesse der Frauen zu ver-

pflichten.²³ Vielleicht war es gerade dieses konsequente Eintreten für die Interessen von Frauen, das eine weitere politische Karriere Luise Rieggers innerhalb ihrer Partei verhinderte. Ihre ehemaligen Schülerinnen/Schüler nahmen die unkonventionelle, geradlinige Frau als „Exotin“ im politischen Spektrum wahr.²⁴ Zwar arbeitete sie für die FDP im städtischen Fürsorge-, Jugendwohlfahrts- und Schulausschuß mit, wo sie ihre vielfältigen Erfahrungen auf diesen Gebieten einbringen konnte, der Einzug in den Stadtrat gelang ihr jedoch erst 1964 als Nachrückerin.²⁵ Bei den Gemeinderatswahlen im Dezember 1947 hatte die sich zu diesem Zeitpunkt DVP nennende spätere FDP die erfahrene Kommunalpolitikerin auf dem wenig aussichtsreichen Rang 14 ihrer Wahlvorschlagsliste plaziert.²⁶ Dies sollte sich auch bei den folgenden Wahlen nicht ändern. Die kleineren Parteien, *„...die nur wenige Sitze erwarten können, haben Angst, daß Frauen ihnen Sitze wegnehmen. Sie wollen nur ihre Namen darauf als Zugkraft. Die Sitze wollen die Männer...“*, bemerkte Luise Riegger nach der Kommunalwahl von 1953.²⁷

Eine Verbündete im Kampf um mehr Frauenrechte innerhalb und außerhalb der Partei hatte Luise Riegger in Elisabeth Großwendt (s. S. 32). Die Freundschaft der beiden Frauen dürfte wohl bis in die zwanziger Jahre zurückreichen, als Großwendt das städtische Jugendamt leitete, Riegger den *Jugendring* mit gründete und beide in der bürgerlichen Frauenbewegung aktiv waren. Es war ihnen ein Anliegen, für die Rechte der Frauen einzutreten und politische Verantwortung zu tragen. Es waren wohl auch die nicht immer positiven Erfahrungen innerhalb der Partei, die ihnen einen Zusammenschluß von Frauen über die Parteigrenzen hinweg notwendig

erscheinen ließ. So gehörten sie 1946 zum Gründerinnenkreis der überparteilichen *Karlsruher Frauengruppe*.²⁸ Die neugegründete *Frauengruppe* wollte sich zunächst auf vier Aufgabenbereiche konzentrieren: Mitwirkung beim Wiederaufbau der Stadt, Mitarbeit in Flüchtlings-, Gesundheits- und anderen sozialen Fragen, Unterstützung in allen Frauenfragen und Hausfrauenangelegenheiten sowie insbesondere politische Schulung und Erziehung von Frauen und Mädchen in demokratischem Sinn.²⁹ In den unmittelbaren Nachkriegsjahren entwickelte sie ein breites Spektrum von Aktivitäten und zählte über 100 Mitglieder. Ihren Anspruch, die politische Spaltung der alten Frauenbewegung zu überwinden, konnte die *Frauengruppe* leider nie ganz einlösen. Zwar gehörten ihr anfangs einige Frauen aus kommunistischen Kreisen an, und hin und wieder nahmen auch Sozialdemokratinnen an ihren Veranstaltungen teil, getragen wurde sie jedoch überwiegend von Frauen, die aus der alten bürgerlichen Frauenbewegung kamen. Sie gehörten, wenn sie nicht parteilos waren, meist der FDP oder auch der CDU an. Die Geschichte dieser bedeutenden Karlsruher Frauenorganisation der Nachkriegszeit, die sich 1955 dem *Deutschen Frauenring* anschloß, ist untrennbar mit dem Namen Luise Riegger verbunden. Noch 1967, im Alter von 80 Jahren, war sie Vorsitzende dieser bis heute bestehenden Gruppe des Frauenrings.

Luise Riegger nahm auch nach ihrer Pensionierung regen Anteil am gesellschaftlichen und politischen Leben. Sie blieb aufgeschlossen und interessiert für die Belange der Frauen wie die der Jugend. Auf ihre Initiative geht die Einführung des Jungbürgerfestes zurück.³⁰ Mit der Aktion *Alt aber nicht einsam* schuf sie ein Forum für die Alten. Daneben saß sie im

Aufsichtsrat der Gartenstadt und war lange Jahre als ehrenamtliche Verwaltungsrichterin tätig. Für ihr politisches und soziales Wirken wurde sie mit dem Bundesverdienstkreuz, der Thomas-Dehler-Medaille der FDP, der Theodor-Heuss-Medaille und der Ehrenmedaille der Stadt Karlsruhe ausgezeichnet. Anlässlich ihres 95. Geburtstages verlieh die *Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen* ihrem Treffpunkt am Festplatz den Namen *Luise-Riegger-Haus*.³¹

Luise Riegger starb am 6. Februar 1985. Bis ins hohe Alter war sie beweglich geblieben – und das sowohl geistig als auch körperlich. So hatte sie noch mit 75 Jahren Radtouren nach Italien und Frankreich unternommen, getreu ihrem Wahlspruch „*Man muß bis an seine Grenzen gehen.*“³²

¹ Vgl. Ansprache Kathinka Himmelheber vor dem Karlsruher Lyceumclub, Sommer 1951, StAK 8/StS 13/824.

² BNN 18.1.1975.

³ Vgl. Ilse Brehmer, Karin Ehrich: Mütterlichkeit als Profession? Lebensläufe deutscher Pädagoginnen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Bd. 2: Kurzbiographien. Pfaffenweiler 1993, S. 213.

⁴ BNN 7.1.1977.

⁵ Zit. n. Sigrid Bias-Engels: Verantwortung für die Gemeinschaft. Luise Riegger (1887-1985), in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung, Bd. 16/1986-87, S. 323-326, hier S. 323, vgl. auch im Folgenden ebenda.

⁶ Vgl. Karlsruher Tagblatt 17.11.1931.

⁷ Vgl. Brehmer (wie Anm. 5), S. 213 f; Bias-Engels (wie Anm. 7), S. 325.

⁸ Vgl. Susanne Asche, Barbara Guttmann, Olivia Hochstrasser, Sigrid Schambach, Lisa Sterr; Karlsruher Frauen 1715-1945. Eine Stadtgeschichte. Karlsruhe 1992 (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs. Bd. 15), S. 300f.

⁹ Das Schreiben Luise Rieggers an die Vorsitzenden der Karlsruher Frauenverbände vom 2.6.1933 ist im Archiv des DAB Karlsruhe überliefert und liegt d. Verf. in Kopie vor.

¹⁰ GLA 465a/511414353.

¹¹ Auch im Folgenden Kopie eines Schreibens von Elsbeth C. Shellens an Fred Weissman, Selfhelp of Emigres from Central Europe, New York, vom 21.8.1946, GLA N Veit/626.

- ¹² Mündliche Auskunft Dr. Roswitha Baurmann vom 17.6.1996.
- ¹³ Mündliche Auskunft Werner Hettich vom 13.11.1996.
- ¹⁴ Aktennotiz August Furrer vom 26.9.1946, GLA N Veit/626.
- ¹⁵ Vgl. GLA 465a/51/4/4353 und Gesprächsprotokoll Luise Riegger vom 27.7.1984, StAK 8/StS 17/106.
- ¹⁶ Vgl. GLA465a/511414353.
- ¹⁷ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf ein Gespräch mit den ehemaligen Schülerinnen und Schülern dieser Klasse, Gisela Becker, Sonja Boldt, Gertrud Hettich, Werner Hettich, Blandina Linder, geführt am 13.11.1996.
- ¹⁸ Zit. Melitta Schöpf, BNN 25.9.1962.
- ¹⁹ Gespräch mit ehemaligen Schülerinnen und Schülern (wie Anm.17).
- ²⁰ Zit n. BNN 15.11.1947
- ²¹ Vgl. Josef Werner: Karlsruhe 1945. Unter Hakenkreuz, Trikolore und Sternbanner. Hrsg.: Stadt Karlsruhe, Stadtarchiv. 2. Aufl. Karlsruhe 1986, S. 288 ff. Günther Serfas: „Lieber Freiheit ohne Einheit als Einheit ohne Freiheit“. Der Neubeginn der Demokratischen Volkspartei in Württemberg-Baden 1945/46. Heidelberg 1986, S. 41.
- ²² Vgl. StAK 7/NL Riegger/36, 37, 39, 69. Im Zuge der Recherchen d. Verf. zur politischen Partizipation von Frauen in Karlsruhe 1945-1955 wurde dem Stadtarchiv durch Rita Fromm der politische Nachlaß Luise Rieggers freundlicherweise überlassen.
- ²³ Vgl. Schreiben Luise Riegger vom 26.1.1957: StAK 7/NI Riegger/39.
- ²⁴ Gespräch mit ehemaligen Schülerinnen und Schülern (wie Anm. 1).
- ²⁵ Vgl. StAK 1/H.-Reg./2885, 2887.
- ²⁶ Vgl. StAK 1/H.-Reg./2896.
- ²⁷ 7/NI Riegger/50
- ²⁸ Die Geschichte der *Karlsruher Frauengruppe* wird eine ausführliche Darstellung in der von der Autorin verfaßten Studie über die politische Partizipation Karlsruher Frauen in der Nachkriegszeit finden, die voraussichtlich 1999 in der Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe erscheinen wird.
- ²⁹ Vgl. BNN 12.10.1946.
- ³⁰ Vgl. Walther Wäldele: Von der Jungbürgerfeier zum Jungbrunnenfest. Aus dem Wirken einer beispielgebenden Frau, in: Vom Glück in Karlsruhe zu leben. Hrsg. v. Doris Lott. Karlsruhe 1993, S. 131 - 133.
- ³¹ Vgl. BNN 24.9.1962, 7.1.1967, 18.4.1973, 18.1.1975, 7.1.1982, 19.5.1983.
- ³² Zit. n. Roswitha Baurmann (wie Anm. 12).

Erna Scheffler

... unsere Erfolge sind durchaus geeignet, uns mit uns selbst zu imponieren

Erna Scheffler kam 1951 als erste Frau ans Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe. Zwölf Jahre lang sollte sie die einzige Frau inmitten des Kollegiums von zunächst 24 dann 20 Bundesverfassungsrichtern bleiben. Als Richterin am Ersten Senat des höchsten Deutschen Gerichtes hatte sie vor allem an den Entscheidungen zur Gleichberechtigung der Frau einen großen Anteil.

Geboren wurde Erna Friedenthal am 21. September 1893 in Breslau als Tochter eines jüdischen Vaters und einer protestantischen Mutter.¹ Sie war erst elf Jahre alt als der Vater, der Besitzer einer Ölmühle war, starb. Der Tod des Vaters ließ sie erfahren, wie schwierig es um die Jahrhundertwende war, sich als Frau zu behaupten, ohne dieselbe Rechtsstellung wie die Männer zu haben. Zu sehen, wie ihre junge Mutter von Vormund und Testamentvollstrecker in Abhängigkeit gehalten wurde, wurde für sie zum Schlüsselerlebnis und wohl prägend für ihren weiteren Lebensweg. Sie beschloß, selbständig zu werden und studierte nach dem Abitur Jura in Heidelberg, München, Berlin und Breslau. 1914 schloß sie das Studium mit der Promotion ab. 1916, als sie geheiratet hatte, versetzte sie die Tatsache, daß die Bank sich nun nicht mehr mit ihrer eigenen Unterschrift begnügte, sondern die Zustimmung ihres Mannes verlangte, wenn sie über ihr eigenes Konto verfügen wollte, in helle Empörung.² Auch der Staatsdienst war Juristin-



nen damals verschlossen. Erna Scheffler sammelte ihre ersten Berufserfahrungen in einer Anwaltskanzlei. Während des Ersten Weltkrieges wurde sie in der deutschen Zivil-Verwaltung im besetzten Brüssel eingesetzt. Erst in der Weimarer Republik war es Frauen dann möglich, die juristischen Staatsprüfungen abzulegen. 1921 bestand sie die Referendar-, 1925 die Assessorprüfung. Bereits Mutter einer Tochter, eröffnete sie eine Anwaltspraxis in Berlin. 1928 erfolgte ihre Übernahme in den preußischen Justizdienst. Im Jahr 1934 wurde sie wegen ihrer jüdischen Abstammung als Amtsgerichtsrätin beim Amtsgericht Berlin-Mitte entlassen.

Nach Kriegsende 1945 baute Erna Scheffler das Landgericht in Berlin mit auf. Diese ersten Nachkriegsjahre als Landgerichtsdirektorin zählte sie zu ihren interessantesten als Richterin. Nach der Währungsreform folgte sie ihrem Mann, Georg Scheffler, der an das dortige Oberlandesgericht berufen wurde, nach Düsseldorf. Sie nahm Abschied von der Ziviljustiz und wandte sich dem öffentlichen Recht zu. Erna Scheffler wurde eine „Frau der ersten Stunde“ bei der neu eingerichteten Verwaltungsgerichtsbarkeit und bereits nach einem Jahr erfolgte ihre Berufung zur Verwaltungsdirektorin.

Es war ihre Auseinandersetzung mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau, die ihr den Weg ins Bundesverfassungsgericht ebnete. 1950 hielt sie beim Deutschen Juristentag in Frankfurt das vielbeachtete Hauptreferat zum Thema Gleichberechtigung. Sie wurde daraufhin in die Hauptdeputation des Deutschen Juristentages gewählt und 1951 erfolgte ihre Berufung zur Bundesverfassungsrichterin. In den folgenden Jahren wirkte sie an der rechtlichen Umsetzung des Artikel 3

Abs. 2 des Grundgesetzes – *Männer und Frauen sind gleichberechtigt* – maßgeblich mit. Sie war es, die im Juli 1959, in Vertretung des erkrankten Verfassungsgerichtspräsidenten, ein für die Gleichberechtigung der Frau entscheidendes Urteil verkündete. Der „Stichentscheid“, d. h. das letztliche Entscheidungsrecht, des Vaters bei Differenzen zwischen den Eltern in bezug auf die Kindererziehung wurde vom Bundesverfassungsgericht für ungesetzlich erklärt.

In ihrem Wirken für die Gleichberechtigung der Frauen wurde Erna Scheffler durch alle Frauenorganisationen unterstützt, die sich intensiv mit dieser Problematik auseinandersetzten. Enge Verbindungen unterhielt sie insbesondere zum *Deutschen Akademikerinnenbund* (DAB), in dem sie selbst aktiv mitarbeitete. Bei der Nürnberger Tagung des DAB im Juli 1951 hielt sie den Eröffnungsvortrag *Die Gleichberechtigung der Frau im neuen Recht*.³ Die im Dezember 1949 wiedergegründete Karlsruher Gruppe des DAB begrüßte sie im September 1951 an ihrem neuen Wirkungsort.⁴ Im November d. J. hielt Erna Scheffler dann das Hauptreferat bei einem vom Karlsruher DAB veranstalteten süddeutschen Akademikerinnen-Treffen. An der Arbeit der Karlsruher Gruppe nahm sie auch in den folgenden Jahren regen Anteil. Darüber hinaus gehörte sie dem 1950 gegründete *Verband berufstätiger Frauen* in Karlsruhe an.⁵ Hier trafen nicht nur Akademikerinnen, sondern berufstätige Frauen aus den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen zusammen. Nach ihrer Pensionierung im Jahr 1963 leitete Erna Scheffler sechs Jahre (1964-1970) die bundesweite Organisation des DAB. Dieser Tätigkeit Erna Schefflers verdankte Karlsruhe ein Kongreß-Ereignis von internationaler Bedeutung. Vom 8. bis 15. August 1968 tagte hier die *International*

Federation of University Women (IFUW), die ihr 50jähriges Bestehen feierte.

Erna Scheffler, die nach ihrer Pensionierung in Karlsruhe-Wolfartsweier lebte, widmete sich auch als Vorsitzende des DAB weiterhin ihrem zentralen Thema: der Gleichberechtigung der Frau. So reichte der Akademikerinnenbund unter ihrer Präsidentschaft beim Bundestag einen Gesetzentwurf zur Teilzeitarbeit für Beamtinnen ein. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen und die Selbständigkeit der Frau zu sichern, waren ihr stets ein wichtiges Anliegen: Es „... *hat uns wohl alle die Erfahrung gelehrt, daß – aller Wertschätzung der Hausfrauen- und Mutterleistung zum Trotz – nur eigene Berufsarbeit, eigenes marktwirtschaftliches Einkommen die Frau wirklich selbständig macht...*“⁶ Der Probleme, die das mit sich bringt, war sie sich durchaus bewußt, und bis in den Herbst 1972 hat sie in öffentlichen Vorträgen immer wieder auf die Mehrfachbelastung der berufstätigen Frauen und auf Möglichkeiten der Veränderung hingewiesen. Wenn wir heute ihre Texte lesen, erscheinen die Ansichten dieser Frau, die den etablierten Frauenverbänden angehörte, nicht so weit entfernt von denen der in jenen Jahren entstehenden autonomen Frauenbewegung, wenn sie auch in ihren Formulierungen nicht so radikal wirkte. „*Der Mann mißt sich selbst an seiner Leistung – vom Kopffäger bis zum Raumfahrer –, die Frau mißt sich an ihrem Sein als Frau und Mutter;... Aber es paßt heute nicht mehr. Angesichts der Technisierung reicht für den Mann im allgemeinen die berufliche Leistung heute nicht mehr. Er muß auch in der Familie dasein, nicht nur nebenherlaufen.*“ Und es reicht „*für die Frau nicht mehr ihr Dasein in der Familie, sie muß auch im Rahmen der größeren Gemeinschaft etwas*

leisten.“⁷ Damit nicht noch die nächste und übernächste Frauengeneration von „*Haushalt und Kindern aufgeessen werden*“, forderte sie einen Wandel der Geschlechterrollen und die Schaffung gesellschaftlicher Einrichtungen zur Kinderbetreuung, wie „*ausreichende und gute Tageskindergärten und Tageschulen*.“⁸ Es mag fast etwas entmutigend wirken, wenn wir bedenken, daß sich in den über 25 Jahren seit Erna Scheffler diese Ansichten formulierte, in dieser Richtung so wenig vorwärtsbewegt hat. Doch sie hielt es für wichtig, den Elan zu finden, „*auch in scheinbar rückläufigen Zeiten immer von neuem zu beginnen*.“⁹

Erna Scheffler hat in ihrem eigenen Lebensweg den Wandel der Rechtsstellung der Frau im 20. Jahrhundert mitvollzogen: von der rechtlichen Unmündigkeit der Ehefrau und beruflichen Zulassungsbeschränkungen für Frauen bis hin zur – zumindest auf dem Papier garantierten – völligen Gleichberechtigung. Frauen wie sie hatten einen erheblichen Anteil an diesem Fortschritt. Bei allen Schwierigkeiten und Rückschlägen, die bei der Umsetzung der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung in die Realität immer wieder zu verzeichnen sind, fand sie es wichtig, sich nicht entmutigen zu lassen und sich des bereits Erreichten zu versichern: „*... unsere Erfolge sind durchaus geeignet, uns mit uns selbst zu imponieren*.“¹⁰ Erna Scheffler verstarb am 22. Mai 1983 im Haus ihrer Tochter in London.¹¹

¹ Folgende biographische Angaben wurden entnommen: Erna Scheffler (1893-1983), in: *Frauen in Wissenschaft und Politik*. [Sammelband anlässlich des 60jährigen Bestehens des Deutschen Akademikerinnenbundes e. V.]. Hrsg. v. D. Frandsen, U. Huffmann, A. Kuhn. Düsseldorf 1987, S. 75-77 sowie BNN 21.9.1973 und 27.5.1983.

² Vgl. Erna Scheffler: Die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft im Wandel der Rechtsordnung seit 1918 (1970), in: Frauen in Wissenschaft und Politik (wie Anm. 1), S. 77-97, hier S. 79.

³ Vgl. Archiv DAB Karlsruhe, Fasz. 2 (1948) 1950-1953. Im Zuge der Forschungsarbeiten zur politischen Partizipation von Frauen in Karlsruhe nach 1945 überließ der DAB, Gruppe Karlsruhe, der Verf. freundlicherweise seine Verbandsunterlagen zur Einsicht.

⁴ Vgl. auch im Folgenden ebenda. Die Geschichte des DAB Karlsruhe wird eine ausführliche Darstellung in der von der Autorin verfaßten Studie über die politische Partizipation Karlsruher Frauen in der Nachkriegszeit finden, die voraussichtlich 1999 in der Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe erscheinen wird.

⁵ Der unter Leitung der Juristin Dr. Alice Haidinger gegründete *Verband berufstätiger Frauen* Karlsruhe wird ebenda Berücksichtigung finden.

⁶ E. Scheffler (wie Anm. 2), S. 92.

⁷ Ebenda, S. 93.

⁸ Ebenda, S. 93 f.

⁹ Ebenda, S. 94.

¹⁰ Ebenda S. 78.

¹¹ Vgl. ebenda, S. 77. Eine Todesanzeige des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, BNN 27.5.1983, nennt den 23. Mai als Todesdatum.



Anna Walch

... geradezu in die CDU hineingeboren

„Die Sozialarbeit hat es ihr angetan. Deshalb war sie auch 1945 gleich mit dabei, als es galt, durch mutiges Zupacken der Nachkriegsnot Herr zu werden.“¹ Mit diesen Worten würdigten die *Badischen Neuesten Nachrichten* 1954 Anna Walch. Die Frau, die der Not Herr werden wollte, war bereits nach dem Ersten Weltkrieg führend in der katholischen Frauenarbeit und Sozialfürsorge Karlsruhes tätig gewesen. 1925 veranstaltete sie in der St. Bernhardus-Pfarrei die ersten Basare für Wohltätigkeitszwecke. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Anna Walch in der Erholungsfürsorge für Kinder sowie in der Flüchtlingsfürsorge tätig. Als nach der Währungsreform im Juni 1948 viele Familien und alleinlebende Frauen infolge des Verlustes von Ersparnissen in finanzielle Schwierigkeiten gerieten, initiierte sie die Einrichtung einer Vermittlungsstelle für Notkäufe. Hiermit sollte den in Not Geratenen die Möglichkeit geboten werden, entweder Gegenstände zu verkaufen oder auch dringend Benötigtes günstig gebraucht zu erwerben. Die in der Durlacher Allee 60 errichtete Notverkaufsstelle wurde lange Jahre von Anna Walch geleitet und von der Karlsruher Frauengruppe (s. S. 93, Porträt Riegger) gemeinsam mit den konfessionellen Frauenverbänden und dem Roten Kreuz getragen.²

Als Anna Zimmermann am 20. November 1881 in Weiler, Kreis Sinsheim geboren, übersiedelte sie nach dem frühen Tod ihres Vaters mit Mutter und Geschwistern nach Karlsruhe. Sie erlern-

te einen kaufmännischen Beruf und hatte im Alter von 25 Jahren die Position einer Abteilungsleiterin in einem Karlsruher Kaufhaus inne. Nach nur fünf Ehejahren verlor sie im Ersten Weltkrieg ihren Mann. Der einzige Sohn fiel im Zweiten Weltkrieg. Diese schmerzhaften Verluste mögen mit eine Antriebsfeder für ihr sozialpolitisches Engagement gebildet haben.

Anna Walch wußte auch, daß die soziale Arbeit nur durch eine Verankerung in der Gemeindepolitik erfolgreich abgesichert sein würde. Folgerichtig führte sie ihr Weg in den Gemeinderat. Als katholische Sozialpolitikerin fand sie ihre politische Heimat in der CDU. „*Man holte mich einfach. Ich wurde geradezu in die CDU hineingeboren.*“³, bemerkte sie später selbst.³ Im Dezember 1947 wurde sie als erste CDU-Frau gemeinsam mit 13 männlichen Fraktionskollegen in den Stadtrat gewählt.⁴ Bereits 1946 war sie für ihre Partei in die Verfassungsgebende Nationalversammlung von Württemberg-Baden eingezogen.⁵ Ihr hauptsächliches Betätigungsfeld sah sie jedoch in der Kommunalpolitik, wo sie vor allem im Fürsorge-, Krankenhaus- und Wohnungs- und Schulgeldausschuß sowie im Ausschuß für Jugenderholung tätig war.⁶ Auch ihr frauenpolitisches Engagement betrachtete sie als eine soziale Frage, nicht als eine Frage der Gleichberechtigung. So forderte sie z. B. im März 1949 angesichts der Arbeitslosigkeit von Frauen die Stadt auf, sich um die Ansiedlung von Textilfirmen und die Schaffung von Heimarbeitsplätzen zu kümmern.⁷ Es ging ihr also nicht um die Eroberung neuer Arbeitsgebiete für Frauen, vielmehr hielt sie an einer traditionell geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung fest. Anna Walch stand in jener Tradition der katholischen Frauenarbeit, die „*Mutter- und Schwesternarbeit*“ in das Gemeinschaftsleben hineinragen wollte.⁸

Für ihr politisches und karitatives Wirken wurde sie anlässlich ihres 75. Geburtstages 1956 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Anna Walch starb am 17. März 1966 in Karlsruhe.

¹ BNN 10.7.1954.

² Vgl. BNN 17.7.1948, 11.2.1949, 20.11.1951 und 20.11.1956.

³ BNN 10.7.1954.

⁴ Vgl. StAK 1/H.-Reg. A 2896.

⁵ Vgl. Ina Hochreuther: Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919. Hrsg. v. Landtag Baden-Württemberg u. d. Landeszentrale f. pol. Bildung Baden-Württemberg. Stuttgart 1992, S.118.

⁶ Vgl. StAK 1/H.-Reg./1878, 2879, 2880.

⁷ Vgl. Stadtratsprotokoll vom 22. März 1949.

⁸ Auch im Folgenden BNN 20.11.1951.



Gisela Walter

Mit Freude und großem Wir-Gefühl den Wiederaufbau der katholischen Jugendarbeit gestaltet

Das Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft bedeutete für Gisela Walter Aufbruch, jedoch nicht Neuanfang.¹ Wie bereits in den Jahren vor 1945 war sie in der katholischen Jugendbewegung aktiv. Sie leitete eine Mädchengruppe von *St. Stephan*, später kam die Leitung einer Gruppe in Mühlburg, Peter und Paul, hinzu. 1951 wurde sie als Vertreterin der Katholischen Jugend in den Stadtjugendausschuß delegiert, wo sie 1952 die Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden übernahm.

Der katholische Glaube und die kirchliche Jugendarbeit hatten das Leben Gisela Walters, geb. Hauser, bereits seit ihrer Kindheit wesentlich geprägt. Sie wurde 1924 in Rastatt geboren. Ihr Vater, der Notar war, verstarb früh und so wuchs sie mit ihrer Mutter und einem Bruder auf. Sie besuchte zunächst die Volksschule in Rastatt. 1934 zog die Familie nach Karlsruhe um, wo sie vom folgenden Jahr an bis zum Kriegsbeginn 1939 das Fichte-Realgymnasium besuchte. 1940/1941 verbrachte sie in Bad Mergentheim und beendete dort die Schule mit dem „Einjährigen“, der Mittleren Reife. Nach erneuter Rückkehr nach Karlsruhe besuchte sie zunächst die Haushaltungsschule des Roten Kreuzes und absolvierte anschließend die Krankenpflegeschule des St. Vincentius-Krankenhauses, die sie 1944 mit dem Examen der „Großen Krankenpflege“ abschloß.

Das nationalsozialistische Regime suchte mit einer Vielzahl von Organisationen gerade auch auf Kinder und Jugendliche Einfluß zu nehmen. Obwohl Gisela Hauser im katholischen Glauben erzogen und in kirchlichen Kinder- und Jugendgruppen aktiv war, übte der *Bund Deutscher Mädel* – hier die Gruppe Jungmädels der 10- bis 14jährigen – (BDM), insbesondere die Fahrten, die veranstaltet wurden, zunächst eine gewisse Faszination auf sie aus. Wenn sie mit der Jungmädels-Gruppe des BDM auf Wochenendfahrten ging, machte ihre Mutter jedoch stets zur Bedingung, daß sie sonntagsmorgens den Gottesdienst besuche. So mußte sie vor den Fahrten immer fragen, ob es am Zielort auch eine Kirche gab. Das kostete jedesmal Überwindung. Meist waren sie dann in der ganzen Schar nur zwei Mädchen, die zum Gottesdienst gingen. Sie empfand die Mutter in ihrem Beharren als streng. Erst im Nachhinein bewunderte sie ihr konsequentes Verhalten gegenüber dem nationalsozialistischen Regime. Bald verlor der BDM auch für sie seine Anziehungskraft. Nach einem Bombenangriff 1942, bei dem das Haus, in dem sie wohnten, zerstört wurde, verließ die Familie für kurze Zeit Karlsruhe. Als sie zurückkehrte, wurde sie nicht mehr als BDM-Mitglied geführt, jedenfalls forderte sie keiner mehr zur Teilnahme auf. Im Mittelpunkt stand für sie nun die katholische Mädchenarbeit in *St. Stephan*. Sie waren eine eingeschworene Gruppe, und die Kontakte und gemeinsame Arbeit im kirchlichen Spektrum haben bis in die Gegenwart überdauert. Es war den kirchlichen Gruppen von den Nationalsozialisten nur erlaubt, eine „rein religiöse“ Arbeit zu machen, doch sie fanden Wege, die engen Bestimmungen zu umgehen. Das Bewußtsein, diesem Regime entgegenzustehen, war stets lebendig. Als ein Jesuitenpater für einige Tage an *St. Stephan* weilte und Vorträge hielt, stenographierten Gisela Hauser und

drei andere Mädchen seine Predigt mit. Noch in der gleichen Nacht transkribierten sie die Texte, die dann vom Pater selbst an „seine“ Soldaten an die Front verschickt wurden. Im Jahr 1941, so erinnerte sich Gisela Walter, skandierte die katholische Jugend nach einem sehr gut besuchten Gottesdienst mit Erzbischof Gröber in der kath. Stadtpfarrkirche St. Stephan vor dem danebenliegenden Pfarrhaus in der Erbprinzenstraße mit lauten Sprechchören: –*„Wir wollen unseren Bischof sehen“*, obwohl sich der Kirche gegenüber die von SS oder SA bewachte höchste Landesbehörde Badens, die Reichsstatthalterei, war. Wenn Gisela Hauser als junges Mädchen auch nicht direkt bedroht war, bekam sie doch mit, daß diese Opposition gefährlich war. So sehnte man das Ende des Nationalsozialismus herbei, um sich endlich wieder frei und nach außen gerichtet religiös betätigen zu können.

Das Kriegsende erlebte Gisela Hauser als Krankenschwester des St. Vincentius-Krankenhauses. Die Schwestertracht bot einen gewissen Schutz vor Übergriffen und ermutigte sie zu einem sicheren Auftreten. Dies war nötig, denn sie war alleine, die Mutter war nach Tauberbischofsheim evakuiert worden, der Bruder sollte erst 1954 aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehren. Sie empfand die Situation zwiespältig: Einerseits war sie froh, daß der Nationalsozialismus besiegt war, doch sie konnte den Siegern nicht *„um den Hals fallen“*, war doch da auch die Ungewißheit, was diese vorhatten. Die Franzosen, die am 4. April die Stadt besetzt hatten, ließen sie zunächst in der nach der totalen Zerstörung ihres Elternhauses zugewiesenen Wohnung in der Welfenstraße wohnen. Als Krankenschwester wurde ihr das Recht zugestanden, in dem ansonsten geräumten Wohnbezirk zu bleiben. Als Anfang Juni

1945 dann die Amerikaner kamen, „befreiten“ diese sie von der Wohnung und der gesamten Einrichtung.² Vier Jahre waren sie und ihre Mutter gezwungen, in einem kleinen Zimmer unter primitiven Verhältnissen zu hausen. Dies alles, ausgebombt zu sein, ohne Wohnung, ohne jegliches Hab und Gut dazustehen, hat sie lange nicht überwunden.

Dennoch, trotz aller Schwierigkeiten, hat sie das Kriegsende auch als Erleichterung, als Befreiung empfunden. Es herrschte unter den katholischen Jugendlichen eine Aufbruchstimmung und Begeisterung, etwas miteinander leisten zu können. Ganz entscheidend war das Bewußtsein, nun endlich die Jugendarbeit ohne Zwänge entfalten zu können. Man veranstaltete große Kundgebungen. Die Jugendgottesdienste in St. Stephan – bis auf den letzten Platz besetzt – waren von der Freude getragen, endlich wieder zusammen sein zu können. Das katholische Jugendbüro im sog. *Gesellenhüttchen* in der Sophienstraße 58, geführt von Dekanatsjugendseelsorger Dietrich Binder, erarbeitete Programmvorschläge für die einzelnen Gruppen und unterstützte deren Arbeit. Es wurden Lesekreise, Volkstanz-, Musikzirkel und Theater-Arbeitsgemeinschaften initiiert und für Jugendliche ab 18 Jahren Tanzabende mit Motto und Programm veranstaltet. Gemeindeabende und die großen Feste der Pfarreien wurden von der Jugend gestaltet. Höhepunkte stellten gemeinsame Fahrten und Lager dar. Jedes Jahr im September traf sich die gesamte katholische Jugend Karlsruhes auf dem Michelsberg bei Untergrombach. Es wurden politische und religiöse Themen diskutiert. Als Sieger des dort ausgetragenen Sängerkampfes gingen oft die Mädchen von St. Stephan hervor. Die Begeisterung dieser Jahre, die Freude am Frieden und an der

Möglichkeit, etwas aufzubauen, vermittelt sich noch heute in den Erzählungen Gisela Walters.

Nun konnte sie auch ihren lange gehegten Entschluß, Sozialarbeiterin zu werden, in die Tat umsetzen. Die Ausbildung zur Krankenschwester war eine Station auf dem Weg zum Berufsziel gewesen, das Engagement in der Jugendarbeit lieferte weitere wichtige Erfahrungen und Kenntnisse. Zunächst absolvierte sie im Katholischen Männerfürsorgeverein ein Vorpraktikum, um dann ab 1949 die Soziale Frauenschule in Freiburg zu besuchen. 1951 schloß sie diese Ausbildung mit einem Diplom als Gesundheits- und Jugend-Fürsorgerin ab. Danach nahm sie eine Tätigkeit beim Jugend- und Sozialamt der Stadt Karlsruhe auf. Im selben Jahr wurde sie für die katholische Jugend in den neu gegründeten Stadtjugendausschuß delegiert, dessen stellvertretenden Vorsitz sie im folgenden Jahr übernahm. Strukturen und Arbeitsweisen dieses von Männern dominierten Gremiums waren ihr zunächst etwas fremd, doch eröffnete ihr die Auseinandersetzung mit den anderen, ganz unterschiedlichen Jugendorganisationen neue Horizonte.

Im Mai 1955 heiratete sie Ludwig Walter. Bei der Geburt ihrer ersten Tochter 1956 war es für sie selbstverständlich, sich Kind und Familie zu widmen und die Berufstätigkeit als Fürsorgerin zunächst aufzugeben. In den folgenden Jahren gebar sie drei weitere Töchter.

1974 kam sie als ehrenamtliche Mitarbeiterin zum *Sozialdienst katholischer Frauen* (SKF), ein Frauen- und Fachverband im Deutschen Caritasverband, dessen stellvertretenden Vorsitz sie

1976 übernahm. Seit 1980 ist sie die Erste Vorsitzende dieses regen Vereins, der seine Beratungsstelle inzwischen in einem schönen alten Haus in der Wörthstraße führt. In dieser Tätigkeit kamen Gisela Walter ihr Wissen und ihre Erfahrungen aus ihrem Beruf als Sozialarbeiterin zugute.

¹ Die folgenden Ausführungen stützen sich auf zwei Gespräche, die d. Verf. am 6. Februar 1996 sowie am 30. Juli 1997 mit Gisela Walter führte sowie auf schriftliche Notizen, die Gisela Walter freundlicherweise d. Verf. überließ.

² Zit. Gisela Walter bei einer Veranstaltung zur Situation von Frauen bei Kriegsende am 11. April 1995.

**Frauenbeauftragte
der Stadt Karlsruhe
Rathaus am Marktplatz
76124 Karlsruhe**

Telefon 07 21/1 33 – 30 60, 30 61, 30 62

Termine nach Vereinbarung

Jede Frau kann sich über Benachteiligungen beschweren, bei der Durchsetzung ihrer Rechte Unterstützung suchen, Informationen und Auskünfte erhalten, Anregungen zur Verbesserung der Situation von Frauen in Karlsruhe geben.

Veröffentlichungen der Frauenbeauftragten der Stadt Karlsruhe:

Karlsruher Frauenhandbuch „Wer – Wo – Was“, Frauen-
gruppen, Frauenverbände, Beratungsstellen, Hrsg. Stadt
Karlsruhe, Frauenbeauftragte, 1990, 294 Seiten

„Auf den Spuren Karlsruher Frauen – ein historischer
Stadtrundgang“/Olivia Hochstrasser, Hrsg. Stadt Karlsruhe,
Frauenbeauftragte, 1994, 99 Seiten, Schutzgebühr 5,- DM

Mädchengerechte Spielplätze „Beteiligungsprojekt in
Oberreut“, Dokumentation, Hrsg. Stadt Karlsruhe,
Jugenddezernat und Frauenbeauftragte, 1995, 48 Seiten

„Tätigkeitsbericht der Frauenbeauftragten 1990 – 1995“,
Arbeitsfelder, Erfahrungen und Planungen, Hrsg. Stadt
Karlsruhe, Frauenbeauftragte, 1995

„Frauen erzählen – Karlsruher Frauenportraits“/Gun Strecker,
Hrsg. Stadt Karlsruhe, Frauenbeauftragte, 1996, 95 Seiten,
Schutzgebühr 5,- DM

„Frauen Macht Politik“, Dokumentation des Symposiums am
22. November 1996, Hrsg. Stadt Karlsruhe und Stadtarchiv,
121 Seiten

Weitere Veröffentlichungen sind im Büro der Frauenbeauf-
tragten erhältlich.

Stadtarchiv Karlsruhe
Markgrafenstraße 29
76124 Karlsruhe

Telefon 07 21/1 33 - 42 23, 42 24 und 42 25

Öffnungszeiten:

Montag - Mittwoch 8.30 - 15.30 Uhr

Donnerstag 8.30 - 18.00 Uhr

Freitag nach Vereinbarung

Jeder, der Interesse an der Stadtgeschichte hat, ist willkommen und kann die Archivalien einsehen. Für Gruppen können Führungstermine vereinbart werden.

Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs:

Band 10 Manfred Koch: Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, 1992, 356 Seiten

Band 15 Susanne Asche u.a.: Karlsruher Frauen 1715 – 1945. Eine Stadtgeschichte, 1992, 455 Seiten

Band 18 Erich Lacker: Zielort Karlsruhe. Die Luftangriffe auf Karlsruhe im Zweiten Weltkrieg, 1996, 232 Seiten

Forschungen und Quellen zu Stadtgeschichte:

Band 3 Jürgen Schuhladen-Krämer: Zwangsarbeit in Karlsruhe 1939 - 1945. Ein unbekanntes Kapitel Stadtgeschichte, 1997, 176 Seiten

Weitere Veröffentlichungen zur Stadtgeschichte:

100 Jahre Mädchengymnasium in Deutschland, Hrsg. Stadt Karlsruhe, 1993, 131 Seiten

Straßennamen in Karlsruhe, Hrsg. Stadt Karlsruhe, Karlsruher Beiträge Nr. 7, 1994, 216 Seiten

Auf dem Weg zur Großstadt. Karlsruhe in Plänen, Karten und Bildern 1834 – 1915. Ausstellungskatalog, hrsg. von Manfred Koch, 1997, 80 Seiten

Weitere Publikationen des Stadtarchivs sind im Buchhandel oder im Stadtarchiv erhältlich.

Wer waren in Karlsruhe die Frauen, die nach 1945 die Stadt wieder aufbauten? In diesem Buch werden 13 von ihnen vorgestellt, Politikerinnen, Juristinnen, Sozialarbeiterinnen und Vertreterinnen von Frauenorganisationen und konfessionellen Gruppen. Einige von ihnen waren Verfolgte des Nationalsozialismus, die hierher zurückkehrten. Andere überwinterten die NS-Zeit in der inneren Emigration. Alle beteiligten sich am Wiederaufbau einer demokratischen Kommune in Karlsruhe. Sie sind die „Mütter der gegenwärtigen Gesellschaft“, deren Erinnerungen und Leistungen in diesem Band präsentiert werden.

